



www.MinisterieVanPropaganda.org

OTTO GROTEWOHL

DREISSIG
JAHRE
SPÄTER

OTTO GROTEWOHL

DREISSIG
JAHRE
SPÄTER

DIE NOVEMBERREVOLUTION
UND DIE LEHREN DER GESCHICHTE
DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG



DIETZ VERLAG BERLIN 1951

VORWORT

1948 jährte sich nicht nur die verfehlte bürgerliche Revolution von 1848 zum hundertsten Male, sondern auch die Revolution von 1918 erlebt am 9. November 1948 die 30. Wiederkehr ihres Jahrestages. Auf der Waage der Geschichte wiegt der Revolutionsnovember 1918 ebenso leicht wie der Revolutionsmärz 1848. Beide haben nicht erreicht, das Gesicht Deutschlands im fortschrittlichen Sinne grundlegend zu verändern. So wenig die Revolution von 1848 die historische Aufgabe des deutschen Bürgertums erfüllte, so wenig vermochte auch die Revolution von 1918 die historische Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse zu erfüllen; auch sie blieb sehr bald in ihren Anfängen stecken und ist in ihren Erfolgen nicht über einige Reformen hinausgekommen, die bürgerlich-liberalistischen Zielsetzungen zwar alle Ehre machten, mit Sozialismus aber nicht das geringste zu tun hatten.

Während die Revolution von 1848 in der politischen Friedhofsruhe einer reaktionären, elenden Kleinstaaterei aufging und im Blut- und Eisenregiment Bismarcks verebbte, endete die Novemberrevolution 1918 als Zerrbild einer Demokratie im Koalitionsschacher der Weimarer Zeit und erstickte endgültig in der Gewaltdiktatur Hitlers. Fand die deutsche Bourgeoisie nach 1848 im aufkommenden Kapitalismus und Imperialismus für sich immerhin die Freiheit der Ausbeutung und des Verdienens, so blieben dem deutschen Proletariat nach 1918 nichts als die Massenarbeitslosigkeit, der Massenterror und schließlich der Massentod.

Die deutsche Bourgeoisie konnte auf ihre politischen Ansprüche weitgehend Verzicht leisten, weil sich ihre kalten und unbarmherzigen wirtschaftlichen Prinzipien der Kapitalakkumulation hemmungslos entfalten durften und sich außerdem der monarchistische Staat der Hohenzollern weitgehend mit den politischen Macht-

3., durchgesehene Auflage · 56.—105. Tausend

Copyright 1948 by Dietz Verlag GmbH, Berlin · Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten · Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf · Lizenznummer 341
Druck: Mitteldeutsche Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, Zweigbetrieb Köthen

interessen der Bourgeoisie identifizierte. Das war für die deutsche Arbeiterklasse im Staate von Weimar keineswegs der Fall. Nachdem sie durch Spaltung und Bruderkampf innerhalb ihrer politischen Parteien die eigene Kraft geschwächt und zugelassen hatte, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unter Abkehr von der alten sozialistischen Kampfsparole: Eroberung der politischen Macht, abwandte, um sich hoffnungslos und ausweglos immer tiefer im Gestrüpp der Koalitionspolitik zu verstricken, war das Schicksal der Novemberrevolution und der Arbeiterklasse besiegelt.

Als 1945 das „1000jährige Reich“ des Faschismus durch die Hammerschläge der Alliierten und besonders der Sowjetarmee zertrümmert wurde, ebnete sich für das deutsche Volk die Möglichkeit zu einem neuen demokratischen Weg für den Wiederaufbau Deutschlands. Damit ist auch die deutsche Arbeiterklasse nach ihrer Niederlage von 1933 und der darauffolgenden zwölfjährigen politischen Untergrundbewegung wieder auf der Bühne des politischen Lebens erschienen. Ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung ist in Verbindung mit den Bauern und allen anderen Werktätigen sowie den Intellektuellen in bisher nicht gekanntem Maße gestiegen. Wird die deutsche Arbeiterklasse die ihr gestellte geschichtliche Aufgabe zur Verwirklichung des Sozialismus lösen können und damit alle Werktätigen und schließlich das ganze Volk sozial, national und kulturell auf ein Niveau heben, das allen ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet? Das ist die Frage, vor der wir stehen und auf die hier Antwort gegeben werden soll.

Die Antwort hängt nicht unwesentlich davon ab, ob und in welchem Umfange die Anhänger der Sozialdemokratischen Partei begreifen lernen, daß ihr Platz an der Seite ihrer Klassengenossen und nicht an der ihrer Klassengegner ist. Kaum ein anderer Anlaß ist so wie die dreißigjährige Wiederkehr der Novemberrevolution von 1918 geeignet, der deutschen Arbeiterschaft wichtige und entscheidende Lehren für die Zukunft zu vermitteln.

Man muß den Mut haben, Fehler der Vergangenheit zu begreifen, zu verstehen und richtig zu analysieren. Eine Generation, die in der Arbeiterbewegung Bebels heranwuchs, später in den verschiedensten politischen Lagern der Arbeiterbewegung im ersten Weltkrieg, in der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik Akteur war, um schließlich durch eigenes schuldhaftes Verhalten in der schmachwürdigen Hitlerdiktatur Opfer zu werden, hat wahrlich Grund genug, ihren Irrweg in der Vergangenheit zu erkennen, um in der Gegenwart und für die Zukunft den rechten Weg zu finden. Möge jeder einzelne dabei der Worte eingedenk sein, die Nikolai Ostrowski in seinem Buche „Wie der Stahl gehärtet wurde“ niederschrieb: „Das Wertvollste, was der Mensch besitzt, ist das Leben. Es wird nur ein einziges Mal gegeben, und man soll es so benutzen, daß einen die zwecklos verlebten Jahre nicht bedrücken, daß einen die Schande einer niederträchtigen und kleinlichen Vergangenheit nicht brennt und daß man sterbend sagen kann: Mein ganzes Leben, meine ganze Kraft habe ich dem Herrlichsten in der Welt — dem Kampfe für die Befreiung der Menschheit gewidmet.“ Dabei wollen die nachfolgenden Seiten helfen. Sie sind aus einem Vortrag entstanden, den ich im Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 28. Juli 1948 gehalten habe, mit dem Versuch, vom Ausgangspunkt des persönlichen Erlebnisses zu einer geschichtlichen Gesamtschau zu gelangen.

Es liegt die Erwartung nahe, daß hier in gleicher Weise eine Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse von 1919 bis 1945 erfolgen müßte, wie sie bis zum Jahre 1918 erfolgt ist. Ich bin mir bewußt, daß die im 9. Kapitel behandelten Fehler und Schwächen der Weimarer Verfassung sich nur auf die konstruktiven Fehler des Weimarer Verfassungswerkes beziehen und daß die auf diesem Boden handelnden Personen und historischen Ereignisse keinerlei Berücksichtigung gefunden haben. Das Jahr 1949, als das 30. Gedenkjahr der Weimarer Verfassung, mag Anlaß sein, die Erfüllung dieser Aufgabe nachzuholen.

Dem am Zustandekommen dieser Arbeit beteiligten Aktiv der Parteihochschule Karl Marx danke ich an dieser Stelle ebenso wie den Genossen Erich Paterna und Dr. jur. Karl Polak. Möge diese Schrift zu ihrem Teil dazu beitragen, die deutsche Arbeiterschaft in Zukunft besser zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen, als es in der Vergangenheit der Fall war.

August 1948

Otto Grotewohl

EINLEITUNG

Die Notwendigkeit des Studiums der Revolution von 1918

Die gründliche Erforschung der deutschen Novemberrevolution von 1918, ihrer Ursachen, ihrer Aufgaben und ihrer Auswirkungen ist für die deutsche Arbeiterklasse eine zwingende Notwendigkeit. Nicht nur aus geschichtlichem Interesse, sondern vor allem auch, weil sie von größter aktueller politischer Bedeutung ist und ihr ernste Lehren für den weiteren Kampf vermittelt.

Die deutsche Arbeiterbewegung — und damit das gesamte deutsche Volk sind heute vor ähnliche Aufgaben gestellt wie im Jahre 1918. Ähnlich wie 1918 gilt es auch heute, in ganz Deutschland die fortschrittlichen Kräfte für die Erkenntnis und Durchführung der Aufgaben zu gewinnen. Es gilt, auch in Westdeutschland die Kriegsverbrecher zu enteignen, die kapitalistischen Monopole zu beseitigen, die Betriebe der Großindustrie in die Hand des Volkes zu legen, die Junkerklasse durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes zu entmachten und eine neue demokratische Verwaltung, Polizei, Justiz und Schule aufzubauen. Um diese großen Ziele zu verwirklichen, ist die deutsche Arbeiterklasse, ähnlich wie 1918, vor die unabweisbare Notwendigkeit gestellt, ein festes Bündnis mit der Bauernschaft, dem Mittelstand und der fortschrittlichen Intelligenz herzustellen.

Heute wie damals steht die Arbeiterklasse vor der Aufgabe, auf dem festen Boden des Marxismus die Einheit der Arbeiterbewegung zu verwirklichen. Heute wie damals steht die nationale Frage im Vordergrund: die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, durch ihren entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen Mächte im In- und Ausland das wirkliche Interesse der deutschen Nation zu wahren und

einen erneuten nationalen Mißbrauch des Volkes durch den Monopolkapitalismus zu verhüten. Das Entscheidende aber ist, daß heute wie damals bei weiten Kreisen in unserem Volk die Richtigkeit, Wichtigkeit und die Notwendigkeit dieser Aufgaben noch nicht eingesehen wird.

Die gründliche Erforschung der deutschen Novemberrevolution von 1918 ist auch deshalb notwendig, um die sozialistische Bewegung und die deutsche Arbeiterklasse vor großen Fehlern zu bewahren, die sich in der Vergangenheit verhängnisvoll ausgewirkt haben. Heute wie damals glauben nicht wenige Führer der Sozialdemokratie unter den Nachwirkungen früherer opportunistischer Irrungen, auf die marxistische Grundorientierung verzichten zu können, da diese angeblich „überholt“ sei. Sie versäumen und vernachlässigen das Studium des Marxismus und seine unerläßliche schöpferische Weiterentwicklung und Anwendung auf die besonderen Verhältnisse der Gegenwart. Das gilt sowohl für die Lehre vom Staat und vom Weg zum Sozialismus wie auch für die Frage der Anwendung revolutionärer Kampfmethoden.

Heute wie damals wird die Auffassung vertreten, daß die Überwindung von Not und Elend am schnellsten und leichtesten zu erreichen sei, wenn man die Hilfe der imperialistischen Westmächte in Anspruch nimmt, kritiklos in die Kampffront gegen die Sowjetunion einschwenkt und eine wüste Hetze und Verleumdung gegen die Sowjetunion entfacht. Heute wie damals wird schließlich von führenden Vertretern der Sozialdemokratie die Bedeutung einer formalen Demokratie überschätzt und dabei übersehen, daß, solange die Klassenverhältnisse nicht geändert, die Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft nicht gründlich umgestaltet sind, die Demokratie nur eine Tarnkappe für die alten reaktionären Mächte ist, die beiseitegeworfen wird, sobald Monopolkapitalisten und Junker die Zeit dafür reif halten.

Schließlich sei noch auf ein drittes Moment hingewiesen, das eine eingehende Betrachtung der deutschen Novemberrevolution von 1918 für uns heute so notwendig erscheinen läßt. Die bisherige Geschichtsbetrachtung der revolutionären Ereignisse des Jahres 1918 zeichnete

sich größtenteils durch eine abfällige und wegwerfende Beurteilung der revolutionären Leistungen aus. Selbst jene Persönlichkeiten, die in der Revolution von 1918 eine bedeutende Rolle gespielt haben, waren meist bestrebt, sich wegen ihrer Tätigkeit zu „rechtfertigen“ oder die Verantwortung auf andere abzulenken. Solche Darstellungen sind noch nicht zu einer objektiven geschichtlichen Wertung vorgedrungen und können daher nur als Zeitdokumente gewertet werden. Die bisherigen Geschichtsdarstellungen der Novemberrevolution von 1918 beschränkten sich durchweg im wesentlichen auf Darstellung einzelner Episoden, Beschreibungen wichtiger Tage und Ereignisse, wobei sie kaum über Erklärungen und Einzelheiten hinausgelangten und nur selten zu einer Analyse und Deutung der Gesamterscheinung vordrangen. So geben die bisherigen Geschichtsbetrachtungen eines so wichtigen Ereignisses der Geschichte unseres Volkes nur ein einseitiges, unzulängliches, falsches Bild, aus dem keine Lehre und keine Nutzenanwendung für die Zukunft gewonnen werden können.

Es muß daher der Versuch gemacht werden, eine wissenschaftliche Erforschung der Ursachen und Aufgaben des Verlaufs und der Bedeutung der Novemberrevolution von 1918 vorzunehmen, um eine Grundlage zu schaffen, die es möglich macht, aus jenen Tagen die Lehren für unseren Kampf in Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Er kann nur gelingen, wenn das Schwergewicht auf die Erhellung und Aufklärung jener Vorgänge gelegt wird, die dem November 1918 vorausgingen und die zum November 1918 führten. So gewichtig und verhängnisvoll die objektiven Tatsachen der ökonomischen, sozialen, politischen und militärischen Entwicklung für die Entscheidungen waren, die im November 1918 gefällt wurden, so irrig und unfruchtbar wäre es, den subjektiven Faktoren jeden entscheidenden Einfluß auf die Situation, auf die Bewältigung ihrer Probleme, auf den weiteren Verlauf abzuspochen. Es muß jedoch mit allem Nachdruck betont werden, daß ein wirkliches Verständnis der Wirksamkeit dieser subjektiven Faktoren, dieser Entscheidungen und Unterlassungen, dieser Fehler und Schwächen, Überspitzungen und Übertreibungen erst dann möglich wird, wenn man erfährt, aus welcher Vergangenheit jene handelnden oder nichthandelnden Arbeitermassen und Arbeiterführer

kamen. Man muß feststellen, welche Ströme sie gespeist haben, aus welchen ökonomischen und sozialen Wurzeln sie ihre Kraft gezogen haben, aus welcher politischen und geistigen Atmosphäre sie erleuchtet und befruchtet wurden.

Die Auswertung für den politischen Kampf der Gegenwart wird sich dann nicht darin erschöpfen, einer Nachahmung und Wiederholung der Fehler von 1918 vorzubeugen. Sie wird vielmehr die Möglichkeiten eröffnen, durch den entwicklungsgeschichtlich geschärften Blick auch die Fehlerquellen, die gefährdenden Strömungen in der heutigen Entwicklung zu erkennen und mit ihrer Unterbindung und Vernichtung eine Sicherheit und Gewähr zu schaffen, die für die Zukunft jede ernste Gefährdung des Vormarsches zum Sozialismus ausschließt.

I. KAPITEL

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zum Eintritt in die Epoche des Imperialismus

1. Der glanzvolle Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Eintritt in die Epoche des Imperialismus

Als der Kapitalismus um die Jahrhundertwende in die Periode der Herausbildung und Entfaltung des Imperialismus eintrat, konnte das deutsche Proletariat auf einen ruhmvollen Weg zurückblicken. Verhältnismäßig früh und unter besonders schwierigen Bedingungen hatte es seine Organisationen geschmiedet und überraschend schnell, bereits 1875, deren Einigung vollzogen. Mochte diese Einigung auch übereilt, ohne die erforderliche gründliche ideologische Klärung durchgeführt worden sein, mochten manche Reste und Nachwirkungen früherer unmarxistischer Denkweise der Lassalleaner noch nicht überwunden sein, so hatte sich die Sozialdemokratische Partei doch im Prinzip zu einer marxistischen Grundorientierung durchgerungen. Die deutsche Sozialdemokratie hatte in schwierigsten Situationen leuchtende Beispiele von unbeirrbarem Klassenbewußtsein, politischem Scharfblick, kluger marxistischer Taktik und kühnem, unbeugsamem Kampfesmut gegeben.

Die Ablehnung der Kriegskredite für den Kampf gegen das französische Volk im Jahre 1870, das Bekenntnis zur Solidarität mit den Helden der Pariser Kommune und der tapfere und erfolgreiche Kampf unter dem Bismarckschen Sozialistengesetz 1878—1890 hatten dem deutschen Proletariat und seinen Führern nicht nur hemmungslosen Haß und harte Verfolgung von seiten der Reaktion eingetragen, sondern auch die Bewunderung und Achtung des Proletariats der ganzen Welt und die lobende Anerkennung durch die Begründer des wissen-

schaftlichen Sozialismus. Karl Marx prophezeite, daß das Schwergewicht der europäischen Arbeiterbewegung sich von Frankreich nach Deutschland verlagern würde und *Friedrich Engels* bezeichnete die Partei der deutschen Arbeiterklasse als

„die stärkste, die disziplinierteste, die am raschesten anschwellende sozialistische Partei“¹.

Auch Lenin zollte der deutschen Arbeiterbewegung besonders hohes Lob:

„Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei nützte im Laufe ungefähr eines halben Jahrhunderts die bürgerliche Legalität vorbildlich aus, indem sie die besten proletarischen Organisationen, eine ausgezeichnete Presse schuf und das Klassenbewußtsein und die Geschlossenheit der sozialistischen Avantgarde auf die höchste Stufe hob, die unter dem Kapitalismus überhaupt möglich ist.“²

Tatsächlich war das deutsche Proletariat in der Ausnützung der legalen Möglichkeiten, in der Ausübung des Stimmrechts, der Beherrschung der parlamentarischen Taktik dem Proletariat der übrigen Nationen weit vorausgeeilt.

Bis 1878 waren die überhaupt in der Welt für sozialistische Parlamentskandidaten abgegebenen Stimmen fast ausschließlich in Deutschland gezählt worden.

1878 entfielen von

438 231 sozialistischen Stimmen in der Welt

437 158 auf Deutschland und noch

1890 betrogen die in Deutschland abgegebenen sozialistischen Stimmen

1 427 298 von

1 794 060 in der Welt.

Selbst 1905 marschierte die deutsche Sozialdemokratie mit

3 010 372 Stimmen von

¹ Friedrich Engels, Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 17.

² W. I. Lenin, „Zwei Welten“, siehe „Sozialdemokrat“ Nr. 18 vom 19. November 1910.

6 686 000 sozialistischen Stimmen in der Welt weit an der Spitze, gefolgt von den französischen Sozialisten mit 805 000 und den österreichischen Sozialisten mit 780 000 Stimmen.¹

2. Die Gefahren des Aufstiegs

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser glanzvolle Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung große Gefahren in sich schloß.

Der triumphale Aufschwung konnte leicht zur Überschätzung der Mittel führen, mit deren Hilfe er erzielt worden war, konnte den Blick für die Notwendigkeit trüben, die geschaffenen Organisationen theoretisch und praktisch auf die zu erwartenden revolutionären Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind vorzubereiten.

Die nicht unbeachtlichen Erfolge des legalen parlamentarischen Kampfes, darunter auch einige erzielte geringfügige soziale Verbesserungen schufen die Gefahr eines Rückfalles in die schon durch Lassalle geweckten, bereits für überwunden gehaltenen Illusionen über die Möglichkeit eines allmählichen „friedlichen Hinüberwachsens“ aus dem Kapitalismus in den Sozialismus. Abkehr vom Marxismus und Hinwendung zu einem leichtfertigen Opportunismus mußten die unausbleiblichen Folgen sein.

Einem scharfblickenden Dialektiker wie *Friedrich Engels* konnten diese Gefahren nicht verborgen bleiben. So warnt er schon 1891:

„Man redet sich und der Partei vor, ‚die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein‘, ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse, diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine, als ob sie in Deutschland nicht außerdem die Fesseln der noch halb absolutistischen und obendrein namenlos verworrenen politischen Ordnung zu sprengen habe...“

¹ Nach Sombart, „Sozialismus und soziale Bewegung“, Jena 1905, S. 142.

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen.

*Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind.*¹

Wären die sozialdemokratischen Führer dieser ersten Warnung eingedenk geblieben, dann hätte die Partei nicht den verhängnisvollen Irrweg und Abstieg bis zum Verrat vom 4. August 1914 und vom November 1918 anzutreten brauchen. Leider zeigte sich jedoch in der Novemberrevolution, wie tiefberechtigt die Warnung des weit-schauenden Historikers und Politikers Friedrich Engels gewesen war, und welchen Grad die politische Kurzsichtigkeit der sozialdemokratischen Führer angenommen haben mußte, die solchen Warnungen keine Bedeutung beimaßen.

Die bis zur höchsten Vollendung gesteigerte Beherrschung der Methode zur Ausnutzung der gebotenen legalen Möglichkeiten schien den sozialistischen Führern eine ausreichende Bürgschaft dafür zu bieten, daß auch in Zukunft auf dem gleichen Wege weitere Erfolge und Errungenschaften erreicht werden könnten.

Diese Auffassung hatte sich in den Köpfen weiter Kreise führender Arbeiterfunktionäre derart gefestigt, daß alle Warnungen in den Wind geschlagen wurden und der Wille zur Kritik und Selbstkritik verlorenging.

Diese Arbeiterführer wurden sich gar nicht dessen bewußt, daß ihre wachsende Siegesicherheit in Illusionismus umschlug, ihr Überlegenheitsgefühl in Überheblichkeit, ihr Emporwachsen über das soziale Niveau der Massen in Entfremdung von den Massen, ihre Geringschätzung der Klassenfeinde in bedenkliche Unterschätzung,

¹ Friedrich Engels, Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfs 1891. (In Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, Verlag Neuer Weg, Berlin 1946, S. 75/76.) Hervorhebungen vom Verfasser.

der Stolz auf die eigenen Leistungen und Fortschritte in Blindheit gegenüber den Wandlungen und Veränderungen im Lager der Reaktion. Diese Veränderungen waren jedoch von tiefeinschneidender Wirkung und weitreichenden Folgen gerade für die Entwicklung der Arbeiterklasse.

II. KAPITEL

Der Übergang zum Imperialismus und dessen Einwirkungen auf die deutsche Arbeiterbewegung

1. Der Übergang zum Imperialismus

Der Kapitalismus war in sein höchstes Stadium eingetreten. Der unaufhörlich tobende, ständig sich verschärfende Konkurrenzkampf unter den kapitalistischen Unternehmungen hatte dazu geführt, daß unausgesetzt mittlere und kleinere Unternehmungen von den finanziell Stärkeren erdrückt, vernichtet und aufgesogen wurden. Die Produktion und das Kapital ganzer Industriezweige wurden so in den Händen von immer weniger Kapitalisten konzentriert. Diese Tendenzen zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals hatten zur Entstehung und Erstarkung von Monopolen geführt, die in weiten Bereichen der Industrie, des Großhandels und der Finanzwirtschaft die freie Konkurrenz ausschalteten und die Masse der mittleren, kleinen und kleinsten Unternehmer in völlige Abhängigkeit zwangen. Durch vielfache personelle Verflechtung der bedeutendsten dieser Monopole in Industrie und Bankwesen bildete sich eine Finanzoligarchie heraus, die den staatlichen Machtapparat unter ihren maßgeblichen Einfluß brachte, ihn für ihre Profitinteressen ausnützte und unter Entfaltung eines ständig anwachsenden, riesigen Kapitalexportes immer größere und einträglichere Einflußsphären zu erobern und auszuplündern trachtete. In diesem Streben prallten die Monopolisten mit dem der Finanzoligarchien anderer Staaten zusammen oder gerieten in einen rasenden Wettlauf miteinander um Erlangung und Ausweitung von neuen Einflußsphären und Kolonien. Immer drohendere Konflikte

schufen die Gefahr eines allgemeinen Weltkrieges. Um 1900 hatten die kapitalistischen Großmächte die territoriale Aufteilung der Erde unter sich beendet.

Doch nach vollzogener Aufteilung der Welt tobte der Kampf um die Neuaufteilung mit noch heftigerem Ungestüm weiter, denn die Staaten, die infolge der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus in den verschiedenen Ländern zu spät die Arena des Wettstreites um die Welt betreten hatten oder die vorausgeeilten imperialistischen Räuber in ihrer Entwicklung überholten, wollten sich mit der getrüffenen Aufteilung nicht abfinden und forderten drohend und waffenklirrend auch für sich erweiterte Möglichkeiten der Ausbeutung und Ausplünderung der Welt.

Die freie Konkurrenz, die innerhalb des einzelnen Monopols selbst in gewisser Beziehung ausgeschaltet war, trat im Kampf um den Anteil am Monopolgewinn innerhalb des einzelnen Monopols und im Kampf der Monopole untereinander sowie in dem Ringen der von den Monopolen beherrschten imperialistischen Staaten um die Vorherrschaft in der Welt auf erhöhter Stufenleiter und verschärft neu in Erscheinung. Dabei zog sie ganze Völker und Kontinente in ihren verheerenden Strudel. Die aufs höchste gesteigerte Machtzusammenballung in den Monopolverbänden und ihr wachsender Einfluß auf Staatsführung und Gesetzgebung gestatteten den Monopolherren, für die Durchsetzung ihrer Profitinteressen und Expansionsbestrebungen, für die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen immer umfangreichere und grausamere Mittel anzuwenden. In dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus, dem Imperialismus, wurden somit die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche nicht beseitigt, sondern aufs höchste verschärft. Alle Hauptwidersprüche des Kapitalismus spitzten sich mehr und mehr zu: der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit; die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten; der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten einerseits und den unterdrückten Völkern der kolonialen und halbkolonialen Länder anderseits.

Der Imperialismus schuf durch die Zuspitzung dieser Widersprüche eine weltpolitische Situation, die nicht nur für die Millionen-

massen der Ausgebeuteten und Geknechteten in den imperialistischen Staaten und in den ausgeplünderten kolonialen und abhängigen Ländern immer verzweifelter und schließlich unerträglich, sondern auch dem Imperialismus selbst immer gefährlicher wurde.

Wenn überall in den imperialistischen Staaten — vor allem aber in dem junkerlich beeinflussten Deutschland — die Lasten, die sich aus dem fieberhaften Aufrüsten von Armee und Kriegsflotte ergaben, auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt, die direkten und besonders die indirekten Steuern rigoros erhöht, die Lebensmittelzölle in die Höhe getrieben, die Sozialausgaben gedrosselt wurden, wenn man in zunehmendem Maße die Streiks mit großen Polizeiaktionen, mit Einsatz von Militär, mit bewaffneten Streikbrecherbanden und mit Massenaussperrungen beantwortete, dann führte der Imperialismus durch diese Verschärfung des Klassenkampfes das Proletariat unausweichlich an die Revolution zum Sturz des Imperialismus heran.

Dieser Sturz wurde zur zwingenden Notwendigkeit, weil der Imperialismus auf Grund der dem Kapitalismus innewohnenden Gesetzmäßigkeit auf den wütenden Kampf zwischen den verschiedenen Finanzgruppen und imperialistischen Mächten um neue Rohstoffquellen und Absatzmärkte, um die Neuverteilung der bereits aufgeteilten Welt nicht verzichten konnte und darum die Menschheit unausweichlich in die Hölle des allgemeinen imperialistischen Weltkrieges stoßen mußte.

Die Verschärfung der Gegensätze unter den Imperialisten bedeutete aber zugleich ihre gegenseitige Schwächung und damit die Minderung der Kampfkraft und Geschlossenheit der imperialistischen Front gegenüber dem revolutionären Proletariat. Diese Schwächung der Position des Kapitalismus erfuhr noch eine weitere Steigerung durch die Revolutionierung der Hunderte von Millionen geknechteter und entrechteter Menschen in den kolonialen und halbkolonialen Völkern der Welt, die aus „Reserven des Imperialismus in Reserven der proletarischen Revolution“ (Stalin) verwandelt wurden.

Über das Ergebnis dieser Entwicklung sagt *Stalin*:

„Der Imperialismus führte nicht nur dazu, daß die Revolution praktisch unvermeidlich wurde, sondern auch dazu, daß für den unmittelbaren

Sturm auf die Festen des Kapitalismus günstige Bedingungen geschaffen wurden.“¹

Damit ist zugleich der historische Ort des Imperialismus innerhalb der Entwicklung des Kapitalismus bezeichnet.

„Es ist begreiflich, warum der Imperialismus *sterbender* Kapitalismus ist und den *Übergang* zum Sozialismus bildet: das *aus* dem Kapitalismus hervorstrebende Monopol ist *schon* das Sterben des Kapitalismus, der Beginn seines Überganges in den Sozialismus.“²

Wenn Lenin den Imperialismus als sterbenden Kapitalismus bezeichnete, so übersah er nicht die gewaltigen Machtentfaltungen der imperialistischen Staaten und die zeitweilig auch im Imperialismus mögliche Steigerung der Produktivkräfte.

Andererseits hat gerade Lenin eine Fülle unumstößlicher Beweise dafür erbracht, daß bereits vor dem ersten Weltkrieg der Imperialismus deutliche Fäulniserscheinungen aufwies. Unter der Herrschaft der Monopole entstand ein wachsendes Mißverhältnis zwischen der Produktion von Konsumgütern und Produktionsmitteln. Die Wirtschaft setzte sich immer gewissenloser über die Interessen der breiten Massen der Konsumenten hinweg. Technische Erfindungen, die sich günstig auf den sozialen und kulturellen Fortschritt hätten auswirken können, wurden unterdrückt und nicht ausgenutzt, weil sie die Profite der Monopolherren geschmälert hätten. Die Rüstungsindustrie nahm gigantische Ausmaße an, Technik und Wissenschaft wurden in steigendem Maße in ihren Dienst gezwungen. Im übrigen war der Monopolkapitalismus bestrebt, die Profite nicht in erster Linie aus der Produktionssteigerung zu erzielen, sondern aus Finanzoperationen, Transport- und Handelsgeschäften, Kapitalexport, Kolonialausbeutung und dergleichen. Die Folge war ein riesiges Anwachsen des Finanzkapitals und im Zusammenhang damit eine ständige Vermehrung der parasitären Schichten in den Völkern. Die Zahl der Rentner, die in keiner Weise an der Produktion beteiligt waren, stieg beträchtlich an. Die Personalbestände in den Banken und Handelsgesell-

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 13.

² W. I. Lenin, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 5.

schaften, im Staatsapparat wurden übermäßig aufgebläht. Während beispielsweise in Deutschland in der Zeit von 1882 bis 1907 die Gesamtbevölkerung um 40 Prozent wuchs, vermehrte sich in der gleichen Zeit die Zahl der im Handel Beschäftigten um 151,9 Prozent. Der Fäulnischarakter des Imperialismus zeigt sich auch darin, daß die Monopolisten im Zuge preispolitischer Maßnahmen oft zur weitgehenden Stilllegung von Produktionsstätten schritten, Riesenbestände von Produkten vernichteten und das Wachstum der Produktivkräfte künstlich eindämmten.

Es ist das große Verdienst Lenins, nachgewiesen zu haben, daß alle diese Erscheinungen nicht zufällig, nicht Ausfluß einer willkürlichen Politik imperialistischer Staatsmänner waren, sondern unvermeidbare Ergebnisse der dem Monopolkapitalismus wesensgemäßen Entwicklungsgesetze. Der Imperialismus konnte darum die Widersprüche des Kapitalismus nicht überwinden, er mußte sie verschärfen. Mit ihm brach nicht eine Epoche an, in der Krisen und Kriegsgefahr sich verringerten und eine friedliche Aufwärtsentwicklung sich anbahnte, sondern eine Zeit ständiger Zuspitzung der Klassegegensätze, kriegerischer Spannungen und Verwicklungen, eine Zeit unvermeidlich herannahender großer Klassenschlachten und weltumspannender imperialistischer Kriege. Diese Erkenntnisse Lenins blieben der deutschen Arbeiterbewegung lange verschlossen, sie geriet darum bereits zu einer Zeit in den Sumpf, als die russische Arbeiterbewegung sich schon auf der festen Straße ihres revolutionären Vormarsches befand.

2. Der Einfluß des Imperialismus auf die Lage der deutschen Arbeiterklasse

Die gewaltigen Kraftanstrengungen, zu denen der Monopolkapitalismus durch den übersteigerten Konkurrenzkampf gezwungen wurde, hatten zur Folge, daß vorübergehend auf manchen Gebieten die von den Monopolen entwickelten produktionshemmenden Tendenzen zurücktraten und die Möglichkeiten zur Steigerung der Produktivkräfte voll ausgenutzt wurden. Zu diesem Zwecke wurden vielfach von seiten der kapitalistischen Unternehmer die Reallöhne

deshalb erhöht und die Arbeitszeit verkürzt, um die Arbeiter höchstmöglich für die Steigerung der Produktion ausnutzen zu können. Diese Errungenschaften beziehungsweise Zugeständnisse führten dazu, daß viele Arbeiterführer und nicht wenige Arbeiter diese vorübergehende Besserung ihrer Lage für den Anfang einer Entwicklung ansahen, durch die die Härten der Ausbeutung schließlich endgültig verschwinden und der gewaltsame Sturz des Kapitalismus überflüssig werden würden. Sie übersahen, daß die Grundwidersprüche des Kapitalismus durch die Monopole nicht gelöst, vielmehr verschärft worden waren, daß die zeitweiligen sozialen Verbesserungen nur ermöglicht wurden, indem man die kapitalistische Ausbeutung in andere, bisher davon verschonte Länder trug, daß man damit aber neue, größere Krisen und Katastrophen vorbereitete und daß man auf diesem Wege unentrinnbar in einen allgemein imperialistischen Weltkrieg hineinrannte.

Viele Arbeiterführer übersahen, daß die zugestandenen Reallohn-erhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und Schulungseinrichtungen für den Arbeiter den einzigen Zweck hatten, fortan in der gleichen Zeitspanne nur um so höhere Leistungen gegenüber früher aus dem Arbeiter herauszupressen, daß die unrentable, extensive Ausbeutung nur durch eine weit rentablere, intensive ersetzt wurde, das heißt durch eine zunehmende, unerträglich werdende Hetze und Hast in den Betrieben. Übersteigerte Anspannung und Übermüdung, Nervosität, Häufung der Unfälle, erhöhte Erkrankungs- und Sterbeziffern waren die unausbleiblichen Folgen dieser Intensivierung der Ausbeutung. Sie leiteten eine neue Form der absoluten Verelendung des Proletariats ein, die sich auch darin zeigte, daß infolge der Zusammenballung in Industriezentren Leben und Gesundheit der Arbeiter durch Milieu- und Berufskrankheiten und ähnliche Erscheinungen in erschreckendem Maße gefährdet wurden.

Daneben setzte sich gerade in der anbrechenden imperialistischen Periode die relative Verelendung in stärkerem Maße durch. Gemessen an den Verbesserungen des Lebensstandards der Bourgeoisie, an der phantastischen Steigerung ihrer Reichtümer, ihrer Erlebnis-, Bildungs- und Genußmöglichkeiten, waren die Fortschritte in der Lebenshaltung des Proletariats mehr als kümmerlich.

3. Der Einfluß des Imperialismus auf die innere Struktur der Arbeiterklasse

Ebenso wie die materielle Lage wurde auch die soziale Struktur der Arbeiterklasse durch den Übergang zum Imperialismus weitgehend beeinflusst.

Hier sind es vor allem drei Faktoren, die in der Periode des aufkommenden Imperialismus eine hohe Bedeutung gewannen:

- a) der sich mehrende Zustrom kleinbürgerlicher Elemente ins Proletariat,
- b) die Herausarbeitung einer Arbeiteraristokratie, das heißt einer Schicht von privilegierten, besser bezahlten Arbeitern, die durch die Bourgeoisie korrumpiert und gegen die Masse der Arbeiterklasse ausgespielt werden,
- c) das Anwachsen der Zahl der Angestellten in den Organisationen der Arbeiterschaft und die Gefahr ihrer Loslösung von den Massen.

a) Das Einströmen bürgerlicher Elemente

Der Siegeszug der Monopole in der kapitalistischen Wirtschaft bewirkte, daß ständig zahlreiche mittlere und kleine Unternehmen vernichtet oder aufgesogen, viele ihrer Besitzer und Angestellten an den Bettelstab gebracht wurden. Diese ins Proletariat Hinabgeschleuderten und Deklassierten brachten ihre kleinbürgerlichen Vorurteile, ihre engstirnige Denkweise mit und verharteten meist noch lange in rückständigen, kleinbürgerlichen Ideologien. Sie empfanden ihre Lage nicht als Auswirkung eines gesellschaftlichen Prozesses, der sich mit historischer Gesetzmäßigkeit vollzieht, sondern als persönliches Pech, als einen zufällig ihnen begegneten Schicksalsschlag. Sie sehnten sich zurück nach der verlorenen bürgerlichen Existenz und erwarteten ihre soziale Aufwertung von Sofortmaßnahmen, sozialen Verbesserungen, Reformen und dergleichen. Sie erstrebten jedoch keine grundlegende Änderung des gesellschaftlichen Systems. Noch völlig befangen im

kleinbürgerlichen egozentrischen Denken, vermochten sie noch nicht die große gesellschaftliche Aufgabe des Proletariats zu erkennen.

Sie stellten, wie *Lenin* sagt, die „Rekruten“ der Arbeiterbewegung dar, die erst einer gründlichen „Ausbildung“ im Klassenbewußtsein bedürfen.¹

Das galt auch für die Mittelschichten, die in der imperialistischen Epoche immer wieder neu geschaffen werden, die beispielsweise als Filialleiter, Besitzer von erforderlichen neuen Reparatur- und Ergänzungsbetrieben, in der Heimarbeit und im Handel scheinbar selbständige oder doch gehobene Existenzen fanden und sehr schnell bürgerliche Denk- und Lebensweise annahmen.

Gewiß hat es nicht an warnenden Stimmen gefehlt. Schon *Karl Marx* und *Friedrich Engels* hatten sich wiederholt gegen die leichtfertige, allzu entgegenkommende und nachsichtige Behandlung der in der Partei sich breitmachenden Spießler und Kleinbürger gewandt. Es sei nur auf den Zirkularbrief vom September 1879 hingewiesen, wo sie mit aller Deutlichkeit die Verderblichkeit des kleinbürgerlichen Einflusses aufzeigten und seine Ausmerzung forderten.

„Es sind die Repräsentanten des Kleinbürgertums, die sich anmelden, voll Angst, das Proletariat, durch seine revolutionäre Lage gedrängt, möge ‚zu weit gehen‘.“²

„Das kleinbürgerliche Element in der Partei bekommt mehr und mehr Oberwasser. Der Name von Marx soll möglichst unterdrückt werden. Wenn das so vorangeht, so gibt es eine Spaltung in der Partei, darauf kannst Du Dich verlassen.“³

„Wenn solche Leute aus andern Klassen sich der proletarischen Bewegung anschließen, so ist die erste Forderung, daß sie keine Reste von bürgerlichen, kleinbürgerlichen etc. Vorurteilen mitbringen, sondern sich die proletarische Anschauungsweise unumwunden aneignen. Jene Herren aber, wie nachgewiesen, stecken über und über voll bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorstellungen... Gerät aber solchen Leuten gar

¹ Vgl. W. I. Lenin, „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“, in „Marx — Engels — Marxismus“, Moskau 1947, S. 215.

² Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Moskau/Leningrad 1933, S. 202.

³ Ebenda, S. 391.

die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit der proletarischen Schneid ist's am Ende.

Was uns betrifft, so steht uns nach unsrer ganzen Vergangenheit nur ein Weg offen. Wir haben seit fast 40 Jahren den Klassenkampf als nächste treibende Macht der Geschichte, und speziell den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat als den großen Hebel der modernen sozialen Umwälzung hervorgehoben; wir können also unmöglich mit Leuten zusammenehen, die diesen Klassenkampf aus der Bewegung streichen wollen.“¹

Auch später haben verantwortungsbewußte Führer gegen die Ausbreitung kleinbürgerlicher Einflüsse, gegen die Verspießerung ihre Stimme erhoben.

So August Bebel, der 1903 auf dem Parteitag in Dresden die reformistische Einstellung und das anmaßende Auftreten mancher aus Konjunkturgründen zur Partei gestoßenen Akademiker und der „ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen, Leute, die eben jetzt einen gewissen Abschluß ihrer Lebenslage sehen“, in scharfen Worten geißelte und gegen die Vertuschung, die Überbrückung der Gegensätze zwischen Proletariat und bürgerlicher Gesellschaft wettete.

b) Die Herausbildung einer Arbeiteraristokratie

Indessen hätte dieses Einströmen bürgerlicher Elemente und damit zugleich bürgerlicher Ideologien ins Proletariat durch allmähliche Umschmelzung inmitten einer geschlossenen, klassenbewußten, politisch und ideologisch richtig geführten Arbeiterschaft und durch zielbewußte Einwirkung ohne Schädigung bleiben können.

Die Geschlossenheit des Proletariats wurde jedoch gerade durch die Einwirkungen des Monopolkapitalismus stärkstens gelockert. Hatte die Überschätzung der auf die Augenblicksinteressen gerichteten Politik schon dazu geführt, daß viele Arbeiter sich durch vorübergehende und nur begrenzt positive Auswirkungen des Imperialismus blenden ließen und darüber die ganze Gefährlichkeit dieses Systems

¹ Karl Marx und Friedrich Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. II, Moskau 1950, S. 455/456.

übersahen, mit ihm liebäugelten, Frieden schlossen und von ihm alles Heil erhofften, so gewann der Imperialismus durch die planvolle Heranzüchtung einer Arbeiteraristokratie eine weitere, nicht unbeträchtliche Zahl von Arbeitern für sich, die den von Marx gewiesenen revolutionären Weg verließen und zu verlässlichen Stützen, Verteidigern und Lobrednern des Monopolkapitalismus wurden.

„Der Imperialismus“, so führte *Lenin* aus, „hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten.“¹

Und in seinem Brief an die amerikanischen und europäischen Arbeiter sagt *Lenin*:

„... in allen zivilisierten fortgeschrittenen Ländern raubt die Bourgeoisie — auf dem Wege entweder der kolonialen Unterdrückung oder des Herausziehens finanzieller ‚Vorteile‘ aus formell unabhängigen schwachen Völkern — eine Bevölkerung aus, die die Bevölkerung ‚ihres‘ Landes um ein Vielfaches übertrifft. Daher die ökonomische Möglichkeit der ‚Extraprofite‘ für die imperialistische Bourgeoisie und der Verwendung von einem Teil dieses Extraprofits zur Bestechung einer gewissen Oberschicht des Proletariats, um sie in reformistisches, opportunistisches, die Revolution fürchtendes Kleinbürgertum zu verwandeln.“²

Diese Bestechung einer kleinen Schicht von Arbeitern erfolgte bald in plumpen, bald in höchst raffinierten, kaum erkennbaren, dann aber um so wirkungsvolleren Formen. Geeignete Objekte in der Arbeiterschaft erhielten als angeblich qualifiziertere Facharbeiter, als Aufseher, Vorarbeiter, Lagerverwalter, Kontrolleure und ähnliche, höhere Einkommen und günstigere Arbeitsbedingungen. Es ist erwiesen, daß die so Begünstigten in der Mehrzahl der Fälle sich allmählich der bürgerlichen Lebenshaltung und Denkweise anpaßten, sich mehr und mehr von der proletarischen Klassengrundlage entfernten, die Sorge um die Erhaltung und Verbesserung ihrer Posten, um die Versorgung ihrer Kinder höher schätzten als die Solidarität mit den Massen, als den Kampf um die soziale Befreiung der gesamten Arbeiterklasse. Die

¹ W. I. Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 113.

² W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIII, Moskau 1940, S. 644.

Aussicht opfervoller Kämpfe flößte ihnen vielmehr Furcht und Abneigung gegen revolutionäre Kampfmethoden ein. Sie waren nicht am Sturze der kapitalistischen Herrschaft interessiert, sondern wurden zu zuverlässigen Stützen, Verteidigern und Lobrednern des Monopolkapitalismus. Diese Schicht, von *Lenin* „Arbeiteraristokratie“ genannt, bildete die soziale Basis des Opportunismus, wurde zu einer Agentur der Bourgeoisie im Lager der Arbeiterklasse. Das deutsche Monopolkapital sparte darum nicht mit Mitteln, um durch die Züchtung einer solchen Arbeiteraristokratie die Front der Arbeiterschaft zu durchbrechen und in ihre Reihen den Samen der Zwietracht untereinander und des faulen Klassenfriedens mit den Kapitalisten zu säen.

c) Das Anwachsen der Bürokratie in den Arbeiterorganisationen

Diesem Bestreben kam die unausgesetzte Erweiterung des umfangreichen Verwaltungsapparates in der Sozialdemokratischen Partei, in den Gewerkschaften und den verschiedenen sozialen und kulturellen Organisationen entgegen. Hatte die uningeschränkte Gewinnung Tausender von klassenbewußten Arbeitern für die an der Verwirklichung der Ziele der Arbeiterschaft arbeitenden Organisationen deren Stoßkraft beträchtlich erhöht, so brachte auch hier die unablässige quantitative Vermehrung schließlich den qualitativen Umschlag.

Die ständige Vermehrung der neu einzustellenden hauptamtlichen Funktionäre in den genannten Organisationen gestattete nicht mehr eine so sorgfältige Auslese wie bisher, zwang vielmehr zum Rückgriff auf solche Bewerber, die hinsichtlich ihrer Verbundenheit mit dem Sozialismus, ihres Klassenbewußtseins nicht immer so qualifiziert waren, wie man es bis dahin forderte. In wachsender Zahl traten aus dem Bürgertum kommende Abgeordnete, Schriftsteller, Redakteure und andere Funktionäre hervor, die ihre antimarxistischen klassenfremden Auffassungen mitbrachten und die marxistische Bewegung oft nur als eine soziale Reformbewegung betrachteten.

Die mit dem Wachstum der Organisationen entstehende und sich mehrende Kompliziertheit der Verwaltung, der Kassenführung, des

Geschäftsverkehrs usw. hatte zur Folge, daß man bei der Auswahl der einzustellenden Kräfte oft mehr auf die formalen Fähigkeiten als auf die Parteiverbundenheit, auf die Vertrautheit mit dem Marxismus sah.

Die hohe Entlohnung führte in vielen Fällen bei weiterer Erhöhung nicht zu gesteigerter Arbeitsfreudigkeit und Hingabe an die Sache der Arbeiterschaft, sondern zu einer Lockerung der Verbundenheit mit den Massen.

Das veranlaßte *Bebel*, auf dem Parteitag in Dresden 1903 den Vorwurf zu erheben:

„Es ist rein zum Verwundern, aber es bleibt dabei, man hat an den entscheidenden Stellen die Fühlung verloren, das Verständnis verloren, man ist nicht mit der Parteiseele in Kontakt, man ist nicht imstande, aufzufassen, was da vorgeht.“¹

So erklärte sich auch die stürmische Zustimmung, die *August Bebel* fand, als er auf dem Magdeburger Parteitag 1910 ausrief:

„Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben, daß sie der Lage der Massen entfremdet sind... Die Parteigenossen müssen darüber wachen, daß die Parteiführer der Partei keinen Schaden zufügen. Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger.“²

Viele der durch die Arbeiterorganisationen Emporgehobenen gerieten durch die Übernahme bürgerlichen Lebensstils zu bürgerlichen Vorurteilen, entfremdeten sich den Massen und verletzten sie oft durch ihr Benehmen. Auch bei ihnen stellte sich, wie bei den Arbeiteraristokraten, die Sorge um Erhaltung und Ausbau der errungenen persönlichen Positionen ein. Sie wurden sich bewußt, daß sie bei etwaigen scharfen oder gar revolutionären Auseinandersetzungen mit dem Klassenfeind mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten. Deshalb scheuten oder verabscheuten sie den revolutionären Weg, plädierten für den Weg der Reformen, neigten zum Opportunismus, zu Kompromissen mit dem Klassenfeind, zur Revision, zur Preisgabe des Marxismus, zur Einstellung des Klassenkampfes. Diese Entwicklung trat nicht nur in der Partei, sondern auch besonders in den Gewerkschaften hervor.

¹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages von 1903, S. 311.

² Parteitagsprotokoll von 1910.

So wurden die Organisationen, je mehr sie in die Breite wuchsen und je schwerer das Bleigewicht ihres Verwaltungsapparates wurde, aus Hebeln des sozialen und politischen Fortschritts in gewissem Sinne zu Hemmschuhen. Indem die Parteiführung die Gefahren der Verbürgerlichung, der Entstehung einer Arbeiteraristokratie und der Loslösung gewisser Funktionäre von den Massen nicht in ihrer vollen Bedeutung erkannte und nicht energisch genug bekämpfte, bahnte sie indirekt dem Opportunismus und dem Revisionismus den Weg.

4. Der Einfluß auf die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung

Die ungeheure Verschärfung und Zuspitzung der Gegensätze durch die Herausbildung des Imperialismus verlangte von dem Proletariat eine Umstellung der Strategie und Taktik, die dem gewaltigen Machtanstieg des Klassenfeindes, seinen verstärkten, brutalen und raffinierten Unterdrückungsmethoden Rechnung getragen hätte. Jetzt mußte — ohne die parlamentarische Tätigkeit zu vernachlässigen — der Übergang zu großen Massenaktionen, Massenstreiks und Demonstrationen vorbereitet und entwickelt werden. Jetzt mußte die Arbeiterklasse in jeder Weise auf die herannahende revolutionäre Krise vorbereitet sein.

Es zeigte sich jedoch, ja, jetzt erst in voller Klarheit, wie die übersteigerte Hingabe an die parlamentarische Tätigkeit nicht nur Vorteile, sondern auch schwerwiegende, verhängnisvolle Nachteile in sich schloß. Sie führte nicht nur dazu, die Massenschulung und ideologische Klärung zu vernachlässigen, sondern auch dazu, diese Tätigkeit und die damit erzielten Erfolge gewaltig zu überschätzen. Der Stolz auf die parlamentarische Tätigkeit, auf die Beherrschung ihrer Methoden und die Freude an ihr hatten sich so tief eingenistet, daß man sich davon nicht mehr zu trennen vermochte und von der Ausbildung neuer Taktiken eine Vernachlässigung und Zurückstellung des legalen, demokratischen, parlamentarischen Kampfes befürchtete.

Die alte Tradition, die lange Erfahrung — in der relativ friedlichen Periode noch die unentbehrliche Grundlage und die sichere Ge-

währ für Erfolg und Fortschritt — legten sich jetzt, in der anbrechenden Periode der Kriegs- und Revolutionsvorbereitungen, lähmend und hemmend auf die Bewegung, trübten den besten und kühnsten Führern den Blick für die neuen Notwendigkeiten.

Diese Haltung, die dazu kommende Abneigung gegen den revolutionären Weg in weiten Schichten und besonders bei zahlreichen Führern der deutschen Arbeiterklasse und die völlige Verkennung des Wesens der neu anbrechenden imperialistischen Epoche sind die entscheidenden Ursachen für die widersprüchliche politische Taktik und das Fehlen einer marxistisch begründeten Strategie. So verkündeten viele dieser Führer zwar hohe Ziele, aber sie schufen keine Klarheit und Einigung über den neuen Weg, sie prophezeiten den bevorstehenden Zusammenbruch des Kapitalismus, unterließen aber jede Diskussion über die sich daraus ergebenden Aufgaben für das Proletariat, sie suchten die Verständigung mit dem Bürgertum, erkannten aber nicht die Notwendigkeit, ein Bündnis mit den Bauern herzustellen, sie wiesen eine erstaunliche Elastizität in der parlamentarischen Taktik auf, zugleich aber vermochten sie nicht die Taktik den neuen Verhältnissen anzupassen und neue Kampfformen zu entwickeln.

5. Der Einfluß des Imperialismus auf die Ideologie der Arbeiterklasse

Die undialektische Deutung der scheinbaren Prosperität in der Entwicklung des Monopolkapitalismus, die Verkennung des Wesens des Imperialismus, seiner Identität mit dem Monopolkapitalismus und die Blindheit gegenüber seinem Fäulnischarakter — ferner die zunehmende Verbürgerlichung durch den Zustrom entwurzelter kleinbürgerlicher Elemente, durch die entstehende Arbeiteraristokratie und die Parteibürokratie —, das waren nicht nur die Quellen opportunistischer Verseuchung der deutschen Sozialdemokratie, sondern vor allem auch die Wurzeln revisionistischer Ideologie.

Wenn der Revisionismus in Deutschland, trotz der gleichen Wurzeln wie in den übrigen europäischen Ländern, eine besonders starke

Ausbildung und Verbreitung fand, so ist der Grund nicht etwa darin zu suchen, daß sein bedeutendster Vertreter, Eduard Bernstein, eine „Theorie“ des Revisionismus von besonderer Wirkungskraft darbot, sondern in der erhöhten Empfänglichkeit des deutschen Proletariats (deren historische und soziologische Ursachen bereits aufgezeigt wurden), die durch folgende Einflüsse verstärkt wurde:

1. durch die Nachwirkungen Lassalleischer Ideen (mit ihrer Überschätzung des allgemeinen Wahlrechts, ihrer Verkennung der Rolle des Staates als Herrschaftsinstrument in den Händen der herrschenden Klassen und ihrer Illusion über das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus),
2. durch den geringen Widerstand, der in führenden Kreisen der Sozialdemokratie dem in Deutschland sehr stark hervortretenden Einfluß der bürgerlichen Wissenschaft entgegengesetzt wurde. Das kam besonders gegenüber den sogenannten „Kathedersozialisten“ — Roscher, Schmoller, Wagner und anderen — zum Ausdruck, deren Theorien um so verfänglicher und bestrickender erschienen, als sie die Notwendigkeit und Überlegenheit des Sozialismus in Worten anerkannten, ihn aber idealistisch und irrationalistisch begründeten und den Klassenkampf und die revolutionären Schlußfolgerungen ablehnten. Es waren besonders viele der zur Sozialdemokratie gestoßenen Intellektuellen, die sich durch diesen Pseudosozialismus beeindruckt ließen.
3. Vor allem aber war es die bereits erwähnte Mentalität in den führenden Partei- und Gewerkschaftskreisen, die das Anwachsen revisionistischer Tendenzen begünstigte.

Die historische Bedeutung der heftigen Auseinandersetzungen, die dem Auftreten Bernsteins und Vollmars, Davids und anderen folgten und die ihre Höhepunkte auf den Parteitagen in Hannover 1899 und in Dresden 1903 fanden, besteht hauptsächlich darin, daß sie die Größe der Gefahr signalisierten, die das Abirren von der marxistischen Grundorientierung in Theorie und Praxis heraufbeschworen hatte, daß sie jedoch zugleich die Unfähigkeit der Partei offenbarten, diese Gefahr zu beseitigen.

Die Größe der Gefahr lag nicht darin, daß neue, unabweisable, unwiderlegbare Argumente gegen den Marxismus ins Feld geführt wurden und dadurch die Einmütigkeit und Festigkeit der ideologischen Front erschüttert worden wären. Es waren die alten, abgeleiteten, von den Kleinbürgern und Spießern zu allen Zeiten mit gleichbleibender Naivität gegen den Marxismus vorgebrachten Einwände. Einwände, wie sie schon vor Jahrzehnten von Marx und Engels zerstört worden waren und wie sie dessen ungeachtet mit derselben Blödheit und Blindheit noch heute erhoben und im „Sozialistischen Jahrhundert“ als gewichtige Neuentdeckungen gepriesen werden.

Es war letzten Endes nichts als der Ausdruck dafür, daß es in der Epoche des Kapitalismus im Grunde nur zwei Ideologien gibt, die der Arbeiterklasse und die der Bourgeoisie. Der Revisionismus ist daher in seiner gesellschaftlichen Auswirkung letzten Endes nichts anderes als eine „sozialistisch“ getarnte Ideologie der Bourgeoisie.

Die marxistische Lehre von einer zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse würde — nach Meinung der Revisionisten — durch die Tatsachen widerlegt. In dem sich höher und höher organisierenden Kapitalismus würden Krisen und Katastrophen verschwinden, fände das Proletariat eine steigende Befriedigung seiner Bedürfnisse und ausreichende Möglichkeiten, auf dem Wege legaler, parlamentarischer Kleinarbeit sich mehr und mehr Freiheiten, Rechte und soziale Aufbesserungen zu erringen. Die Einstellung auf eine kommende große revolutionäre Auseinandersetzung sei töricht und schädlich, schrecke wertvolle, sozialistisch fühlende Bürgerliche ab, der Partei beizutreten, und führe zur Vernachlässigung der täglichen Kleinarbeit; auf die *Kleinarbeit*, auf die *Bewegung*, käme es in erster Linie an, nicht aber auf das Endziel der sozialistischen Bewegung.

So schrieb zum Beispiel der Ideologe des Revisionismus, *Eduard Bernstein*:

„Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung alles, und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, das heißt den sozialen Fortschritt, wie die politische und

wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses ‚Fortschritts‘.“¹

Der Marxismus übersehe — so meinten weiter die Revisionisten —, daß die Klassengegensätze sich abstumpften, er überschätze den Proletarier und unterschätze den Bürger. Die Arbeiterklasse sei noch nicht reif genug, um allein, ohne Hilfe von bürgerlichen Fachleuten, umfassende Aufgaben wie die Verwirklichung des Sozialismus durchführen zu können. Deshalb müsse man dem Bürgertum Konzessionen machen und die Unreife erst allmählich überwinden.

„Es könnte der deutschen Sozialdemokratie gar nichts Unglückseligeres passieren — erklärte *Vollmar* auf dem Stuttgarter Parteitag 1898 — als daß wir vorzeitig in die Lage kämen, die politische Macht zu übernehmen, denn wir würden nicht befähigt sein, sie ersprießlich zu gebrauchen und festzuhalten.“

Mit dem Mißtrauen gegenüber dem Proletariat, das mit diesen Worten auf dem Stuttgarter Parteitag ausgedrückt wird, verbanden die Revisionisten ein ziemlich weitgehendes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Bürgertums.

„Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich das Bürgertum — das deutsche nicht ausgenommen — im großen und ganzen nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch für noch ziemlich gesund halte“, erklärte *Bernstein* 1899 in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, S. 129.

Es ist also durchaus nicht originell, wenn man 1948 im „Sozialistischen Jahrhundert“, dem wissenschaftlichen Organ der Berliner Sozialdemokratie, folgendes lesen kann:

„Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus sind unterschätzt worden, soweit, daß echte soziale Impulse und humanitäre Erkenntnisse bei ihm als undenkbar erschienen. Und die Arbeiterklasse wurde überschätzt, sowohl als soziologische Funktion, wie in der revolutionären Rolle, die sie eines Tages zu spielen haben würde.“

Die genannte Zeitschrift bezeichnet jedoch solche „Geistesblitze“ als „wesentlichste Impulse für die Neubesinnung in Deutschland“.

¹ Bernstein, in der „Neuen Zeit“, 19. Januar 1898.

Es bedurfte keiner starken theoretischen Ausrüstung, um die Sinnwidrigkeit und Abwegigkeit der Bernsteinschen Argumente bloßzulegen. Die tatsächliche Entwicklung selbst und das immer brutalere Auftreten der Reaktion zeigten jedem sehenden Arbeiter, daß die Klassegegensätze sich verschärften.

III. KAPITEL

Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkriege

Die Größe der Gefahr des Revisionismus lag darin, daß Bernstein und seine Anhänger im Bunde standen mit jener mächtig anwachsenden Strömung in der Partei und in den Gewerkschaften, die ihren Antrieb aus den erwähnten Einwirkungen des Imperialismus auf die Arbeiterbewegung empfing. Hier standen nicht sehende Arbeiter, sondern durch bürgerliche Vorurteile geblendete, ihrer Klasse entfremdete, privilegierte Arbeiter und Funktionäre. In diesen Kreisen wurde der Revisionismus weniger diskutiert, dafür aber um so mehr praktiziert.

„Lieber Ede, so wat tut man — aber man sagt et nicht.“ Dieser briefliche Rat, den *Ignaz Auer* seinem Freunde Eduard Bernstein erteilte, enthüllte die wahre Lage, ihren Ernst und die Gründe für die Wirkungslosigkeit der schneidigen Attacken, die August Bebel, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin gegen die Revisionisten führten. Sie trafen nur die Wortführer des Revisionismus, nicht den Revisionismus selbst, und sie trafen die ersteren nicht vernichtend. Auf den Parteitagen faßte zwar die überwiegende Mehrheit der Delegierten Beschlüsse, die den Revisionismus ablehnten und seinen Verfechtern scharfe Zurechtweisungen erteilten, aber sie beschloß nicht ihren Ausschluß.

In dieser Nachgiebigkeit zeigte sich die Schwäche der Partei, die sich zwangsläufig aus dem tiefen Widerspruch ergab, dessen Aufhebung und Lösung der Anbruch der imperialistischen Epoche unabwendbar forderte, die Partei aber bisher versäumt hatte. Das war der

Widerspruch zwischen dem Festhalten an dem marxistischen Ziel — in Worten! — und dem Abweichen vom marxistischen Weg in den Taten. Aus ihm mußten sich bei den Auseinandersetzungen zwangsläufig fortgesetzt neue Widersprüche entwickeln. So richtete man die Angriffe auf Bernstein und seine Freunde, aber nicht auf die Strömungen, die diese Leute emporgetragen hatten.

Der tiefe Riß und Zwiespalt in der Partei wurde zwar richtig erkannt, aber nichts Entscheidendes zu seiner Überwindung getan. August Bebel, der unentwegte Vorkämpfer und Verteidiger der Einheit, sah, daß der Revisionismus die Einheit untergrub, daß seine Duldung sie zerstörte. Im Zorn darüber wettete er auf dem Dresdner Parteitag 1903 gegen die revisionistischen Spalter und gegen die, welche die tiefe Kluft nicht sahen.

Wie weitgehend die Revisionisten sich von der Grundhaltung der Partei entfernt hatten und wie scharf die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei bereits waren, geht aus den bekannten Worten *August Bebels* hervor:

„Man rede doch nicht von der Einheit und der Einigkeit in der Partei! ... Das ist nicht wahr, das bestreite ich auf das allerentschiedenste; nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als gerade jetzt, nie und zu keiner Zeit waren die Differenzen größer als jetzt! Das zu vertuschen und darüber abermals mit Zuckerwasser hinwegzukommen, das habe ich für meine Person herzlich satt!

Ich habe seit zwölf Jahren ... so viel hinunterzuschlucken gehabt und oftmals mich geärgert und bin immer wieder darauf hineingefallen, die Hand zu bieten zur Überbrückung der Gegensätze, bis ich mir endlich sagte: So gehts nicht mehr weiter!“¹

Den Ausweg aber sah *Bebel* nicht in dem Ausschluß der von der klassenmäßigen Orientierung Abgeirrten und in der etwa daraus sich ergebenden Trennung, sondern in einer gründlichen Aussprache.

„Jetzt müssen wir uns endlich einmal klar werden, reinen Tisch machen und uns mal gegenseitig so gründlich aussprechen, wie nur irgend möglich.“²

¹ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages von 1903, S. 309.

² Ebenda.

Wenn diese Aussprache auch an Heftigkeit nichts zu wünschen übrigließ, so brachte sie doch keine klare Entscheidung. Das lag daran, daß die Fragen, die Kern und Stern des wissenschaftlichen Sozialismus sind, die Fragen, die sich aus der marxistischen Staatstheorie ergeben, die des Staates und der proletarischen Diktatur, nicht erörtert wurden.

Man hatte keine Klarheit darüber geschaffen, wie der alte Staatsapparat als der starke Schutz der kapitalistischen Gesellschaft beseitigt, die Herrschaft des Proletariats begründet und befestigt werden sollten. Wie und auf welchem Wege, durch Anwendung welcher Mittel die Macht erobert und gebraucht werden sollte, darüber war nicht diskutiert worden, darüber enthielt die auf dem Parteitag angenommene Resolution kein Wort. Das aber war das Entscheidende! Denn auch die Revisionisten behaupteten heuchlerisch, auch sie seien für die „Eroberung der Macht“ durch die Arbeiterklasse. Sie verstanden jedoch darunter etwas völlig Entgegengesetztes, nämlich nur die alltägliche, unermüdlige, agitatorische, organisatorische und parlamentarische Kleinarbeit, das Feilschen und Fordern, Beraten und Abstimmen von Reformen und Reförmchen, von denen sie einen allmählichen langsamen Machtaufstieg erträumten. In diesem Sinne, nicht aber im revolutionären, faßten sie das „Erobern der politischen Macht“ auf.

So fiel es dann auch vielen Revisionisten nicht schwer, der Dresdner Resolution, die von der „Eroberung der Macht“ sprach, ihre Zustimmung zu geben. Sie wurde mit 258 gegen 11 Stimmen angenommen, und es hatte den Anschein, als sei damit der Revisionismus überwunden worden.

Das wirkliche Ergebnis all der Auseinandersetzungen war jedoch, daß nur der offene, der „theoretische Revisionismus“ zurückgewiesen, aber nichts Entscheidendes gegen den versteckten, praktischen Reformismus unternommen worden war, und daß nichts getan wurde, um dessen Quellen zu verstopfen. So ergab sich der merkwürdige Widerspruch, daß der Partei nicht die Stärke, sondern die Schwäche der theoretischen Angriffe des Revisionismus zum Unheil wurde. Weil die Angriffe zu schwach waren, darum erleichterten sie allzusehr die Abwehr, lösten keine ernsthafte Selbstbestimmung und Selbstkritik in

der Partei aus, enthüllten nicht die Schwächen der Partei und die Größe der anschwellenden revisionistischen Strömungen, verführten dazu, einen Scheinsieg für einen echten Sieg zu halten und dem nunmehr erst recht sich verstärkenden Eindringen und Anwachsen des Revisionismus tatenlos zuzusehen.

Die Belassung der namhaften Revisionisten in hochverantwortlichen Funktionärstellungen, ihre Delegation zu Parteitag, selbst zu den internationalen Sozialistenkongressen in Amsterdam 1904 und Stuttgart 1907, die Duldung der von ihnen entfalteteten Propaganda in den „Sozialistischen Monatsheften“ stärkten ihr Ansehen, erhöhten ihren Einfluß mehr, als die Parteitagsbeschlüsse, die mahnenden und beschwörenden Worte der „Alten Garde“ um August Bebel und die leidenschaftlichen, messerscharfen, geist- und glutvollen Artikel Rosa Luxemburgs ihn abdämmen konnten.

Die Bedeutung dieses Ausgangs des Streites liegt darin, daß der Augenblick verpaßt wurde, wo sich die Partei durch einen scharfen Trennungsstrich von Elementen hätte befreien können, die dem revolutionären Aufschwung der Partei und ihrer Umstellung auf die neuen Aufgaben entgegenstanden und den Weg zum 4. August 1914, zum November 1918 ebneten. Die 1903 versäumte Generalreinigung erwies sich in den folgenden Jahren als verhängnisvoll. Die Duldung von Elementen, die sich als grundsätzliche Antimarxisten bekannten und bewegten, mußte praktisch einer Aufspaltung der Partei gleichkommen. Darum hatte *Bebel* recht, als er 1903 dem Parteitag zurief:

„Er (der Revisionismus) zersplittert unsre Kräfte, er hemmt unsre Entwicklung, er zwingt uns zur Uneinigkeit, er zwingt uns zur gegenseitigen Bekämpfung, wo doch das Gegenteil eintreten sollte.“¹

Die Aufrechterhaltung der organisatorischen Einheit bedeutete darum nichts anderes, als daß formal geeint war, was real uneinig, unvereinbar war. Die Folge war, daß durch das Eindringen der Revisionisten und ihren wachsenden Einfluß nun auch die ganze Mitgliedschaft gespalten wurde.

¹ Ebenda, S. 320.

1. Die drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie

Die entschiedenen Gegner des Revisionismus und Opportunismus führten einen unnachsichtigen, konsequenten Kampf nicht nur gegen die Abirrungen vom Marxismus, sondern auch gegen die Versöhnungsbereitschaft, die die Mehrheit der Partei gegenüber den Revisionisten und Opportunisten bekundete. So entstanden drei Richtungen in der Partei:

a) Die Rechten, welche die Abkehr vom Marxismus vollzogen hatten und sich immer unverhüllter und herausfordernder gegen die Grundgedanken des Marxismus wandten. Bei den glänzenden und zunehmenden Attraktionen der Zentristen und der Linken zeigten sie zwar im Laufe der Jahre eine zunehmende Unsicherheit und nachlassende Energie in der Propagierung ihrer revisionistischen Ideen, dafür aber eine stetig wachsende Aktivität in der praktischen reformistischen Politik der Partei und besonders der Gewerkschaften. Sie waren es, die im Laufe der Zeit mehr und mehr dieser Politik das Gepräge gaben und damit wesentlichen Einfluß auf die Grundhaltung der Partei und der Gewerkschaften gewannen.

b) Die Zentristen stellten die führende Richtung dar. Sie bezeichneten sich selbst als „orthodoxe Marxisten“. Anfangs, besonders auf den Parteitag in Dresden 1903 und in Jena 1905, nahmen sie scharf Front gegen den Opportunismus. Später ließen sie sich mehr und mehr zu Zugeständnissen an die Gewerkschaftsführung und damit an den Revisionismus verleiten. Sie waren tief durchdrungen von dem Wert der Einheit der Arbeiterklasse. Die meisten von ihnen sahen jedoch nicht die Notwendigkeit, einheitlich auf dem Boden des Marxismus zu stehen und ihn in der Praxis konsequent anzuwenden. Sie faßten die Einheit lediglich formal auf, als bloßes Addieren, Versöhnen und Zusammenhalten selbst solcher Elemente, die längst eine sozialistische Grundhaltung aufgegeben hatten. Sie betrachteten es als ihre Pflicht, die auseinanderstrebenden „Rechten“ und „Linken“ um jeden Preis beisammenzuhalten, zwischen ihnen zu vermitteln und versöhnend zu wirken. Die Überbetonung dieser Absicht zwang sie zu immer mehr Abstrichen von der eigenen Auffassung, zur Unter-

schätzung der opportunistischen Gefahr und infolgedessen zur Inkonsequenz in der Bekämpfung des Revisionismus und Opportunismus.

Ein schwerer Mangel war ihre Überbewertung des legalen, besonders des parlamentarischen Kampfes, der sie zur Vernachlässigung der Erprobung und Anwendung revolutionärer Kampfmethoden, der Schulungsarbeit, der lebendigen Weiterbildung der Theorie führte. Sie verkannten das Wesen des Imperialismus und kamen damit auch zu falschen Schlußfolgerungen. Starres Festhalten am marxistischen Buchstaben und an früheren Auffassungen in der Partei — so an der falschen Auslegung der „Zusammenbruchstheorie“, an der Unterscheidung: Angriffs-, Verteidigungskrieg — erschwerte ihnen die Anwendung auf neue Verhältnisse. Der Zarismus erschien ihnen noch immer als Hauptgefahr. Daß dieser längst eine „Agentur des westeuropäischen Imperialismus“ (Stalin) geworden war, die Revolution im Leibe trug, gegen die er die Hilfe der westeuropäischen Reaktion erhoffte, das alles war ihnen verborgen geblieben. Gerade diese Auffassung aber trug in hohem Maße dazu bei, daß später, am 4. August 1914, die Situation falsch beurteilt und der daraufhin gefaßte verhängnisvolle Beschluß über die Bewilligung der Kriegskredite in so beschämender, irreführender Weise gebilligt wurde.

Gegenüber dieser Verkennung der Natur des Imperialismus, gegenüber der Duldung und Hätschelung von Bewunderern und Bejahern der imperialistischen Entwicklung war es besonders gefährlich, wenn die Zentristen sich in wortreichen Beteuerungen zu den Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels bekannten und den Klassenkampf bejahten. Indem sie die Revisionisten, die den Klassenkampf und den revolutionären Weg verneinten, in ihren Reihen duldeten, verneinten sie selber praktisch das, was sie in Worten forderten, mißachteten sie die ebenso unumstößliche wie bedeutungsvolle Wahrheit, die *Karl Marx* in einem Brief an Lassalles Nachfolger, v. Schweitzer, ausgesprochen hatte:

„Die Arbeiterklasse ist revolutionär oder sie ist nichts.“

Insofern erwiesen sich die meisten der Zentristen als verderblicher für die Entwicklung der Arbeiterklasse als die offenen Revisionisten,

bestätigten sie die Feststellung Lenins, daß „der Zentrismus die gefährlichste Abart des Opportunismus“ ist.

Man muß es jedoch als eine unmarxistische Vereinfachung bezeichnen, wenn man, wie es häufig geschieht, auch diejenigen sozialdemokratischen Politiker als typische Repräsentanten des Zentrismus betrachtet, die es zwar an der letzten Konsequenz im Kampfe gegen den Reformismus fehlen ließen, sich aber von den gekennzeichneten Zentristen unterschieden durch ihr unbeirrbares Festhalten an der marxistischen Grundorientierung, ihr aufrichtiges Eintreten für alle Formen des Klassenkampfes, besonders aber durch ihre innige Verbundenheit mit den proletarischen Massen, wodurch sie sich deren Liebe und Anerkennung erwarben und zu leuchtenden Vorbildern für das deutsche und internationale Proletariat wurden.

In diesem Zusammenhang verdient vor allem der Mann Erwähnung, der der deutschen Arbeiterbewegung den höchsten Ruhm eintragen hat, August Bebel. Aus dem Porträt, das *Lenin* von diesem Vorkämpfer des Proletariats entwarf, seien nur folgende Züge hervorgehoben:

„August Bebel, selbst ein Arbeiter, erlangte durch hartnäckigen Kampf die sozialistische Weltanschauung, stellte alle seine reichen Kräfte restlos in den Dienst der Ziele des Sozialismus, marschierte jahrzehntlang Hand in Hand mit dem wachsenden und sich entwickelnden deutschen Proletariat und wurde zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum talentiertesten Organisator und Taktiker, zum einflußreichsten Führer der internationalen Sozialdemokratie, die dem Reformismus und dem Opportunismus feindlich gegenüberstand...“

Die gigantische praktische Arbeit, die auf allen diesen Gebieten von Bebel als Parlamentarier, Agitator und Organisator geleistet wurde, ist unabsehbar. Gerade durch diese Arbeit hat sich Bebel die Stellung des unbestrittenen und allgemein anerkannten Führers der Partei erkämpft, der den Arbeitermassen am nächsten stand und von ihnen am meisten geliebt wurde.¹

c) *Die Linken*, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und andere, waren die konsequenten,

¹ Lenin/Stalin, „Über August Bebel“, Dietz Verlag, Berlin 1948, S. 6 und 12.

radikalen Kämpfer für die Reinhaltung und strikte Anwendung des Marxismus, gegen Reformismus und Opportunismus. Sie standen in Opposition sowohl zu den Zentristen wie zu den Rechten, vertraten entschieden den revolutionären Weg und übten schärfste Kritik an den Zentristen wegen ihrer Nachgiebigkeit gegenüber den Revisionisten.

Doch bestand bei den Linken keine einheitliche Auffassung über den Imperialismus, einzig waren sie sich nur darin, daß er die Endphase des Kapitalismus darstelle und daß der Zeitpunkt des Zusammenbruchs unmittelbar bevorstehe.

Darum vermochten auch die Linken der Partei nicht die erforderliche Ausrüstung zu geben, die sie für die Aufgaben in der imperialistischen Epoche benötigte. Auch sie wurden auf Bahnen gedrängt, die in die Ratlosigkeit des November 1918 führten. Von ihren Fehlern und Schwächen seien nur folgende erwähnt:

In der undialektischen, isolierten Deutung und Anwendung einzelner Teilgebiete des Marxismus gelangten sie zur Mißdeutung und Verzerrung marxistischer Gedankengänge. So entstand unter anderem ihre falsche Auffassung über die Bedeutung der Spontaneität. Ihr übertriebenes, unkritisches Vertrauen in die Unvermeidlichkeit spontaner Massenbewegungen führte sie zur Unterschätzung der Rolle der Partei, zur Vernachlässigung der Organisation, zur Unterlassung planmäßiger Vorbereitungen auf die bevorstehenden revolutionären Ereignisse.

Sie glaubten, die Zuspitzung der Klassegegensätze und der Zusammenbruch des Kapitalismus würden automatisch spontane Bewegungen auslösen. In der Erwartung dieser Bewegungen erkannten sie nicht die Notwendigkeit, eine „Partei neuen Typus“ zu schaffen, um die Bewegung der Massen planmäßig vorzubereiten und folgerichtig durchzuführen.

Die fehlerhafte Einschätzung des Imperialismus durch die Linken zeigte sich besonders darin, daß sie durch das Fortbestehen vormonopolistischer Betriebsformen neben dem Monopolismus diesen in seiner Bedeutung verkannten und die Existenz einer Arbeiteraristokratie nicht als eine im Imperialismus ökonomisch verwurzelte Erscheinung und als wachsende Gefahr betrachteten, sondern sie als beiläufige Nebenerscheinung

bewerteten, die weitgehend durch die Entwicklung von selbst erledigt werden würde und keiner besonders betonten Bekämpfung bedürfte.

Dazu trat die Inkonsequenz in der Bekämpfung des Revisionismus, die sich aus der Überbetonung des Prinzips einer rein formalen Parteidisziplin ergab. Ideologisch führten sie den schärfsten Kampf gegen die Rechten, gingen aber insofern konform mit den Zentristen, als sie den organisatorischen Bruch mit den Rechten vermieden.

2. Der unzulänglich geführte Kampf gegen die Opportunisten

Folgeschwer war auch, daß die Linken ebenso wie die Zentristen nicht begriffen, welche Bedeutung die nationalen und kolonialen Fragen für den proletarischen Befreiungskampf und den Sturz des Imperialismus gewinnen mußten. Diese Fragen traten aber, wie *Stalin* ausführt, in der Periode vor dem ersten Weltkrieg in den Vordergrund. Er schreibt:

„Im Interesse der Entfaltung der proletarischen Revolution und der Einkreisung des Imperialismus schlugen die Bolschewiki eine Politik vor, die Befreiungsbewegung der unterdrückten Nationen und der Kolonien auf der Grundlage der Selbstbestimmung der Nationen zu unterstützen; sie entwickelten das Schema der Einheitsfront zwischen der proletarischen Revolution der fortgeschrittenen Länder und der revolutionären Befreiungsbewegung der Völker der Kolonien und unterdrückten Länder. Die Opportunisten aller Länder ... fielen im Zusammenhang damit sofort über die Bolschewiki her ... Welches war damals die Stellung der linken Sozialdemokraten im Westen? Sie ... lehnten das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen in seiner marxistischen Auffassung (einschließlich der Lostrennung und der Bildung selbständiger Staaten) ab, wiesen die These von der großen revolutionären Bedeutung der Befreiungsbewegung der Kolonien und unterdrückten Länder zurück, wiesen die These von der Möglichkeit der Einheitsfront zwischen der proletarischen Revolution und der nationalen Befreiungsbewegung zurück und stellten diesen ganzen halbmarxistischen Mischmasch, der nichts als eine Unterschätzung der nationalen und kolonialen Frage ist, dem marxistischen Schema der Bolschewiki entgegen.“¹

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 430/431.

Nehmen wir hinzu die falsche Anschauung über die Bündnisfähigkeit der Bauern und die unzulänglichen Bemühungen um ihre Gewinnung, ferner die Uneinheitlichkeit und Unklarheit in der Auffassung über den Staat, die Diktatur des Proletariats, die Rolle der Gewalt in der Revolution und über die Durchführung des bewaffneten Aufstandes, so wird klar, daß auch die Linken organisatorisch und ideologisch nicht stark genug waren, um zu verhindern, daß die deutsche Arbeiterbewegung unter den herrschenden Einfluß der Opportunisten geriet und deshalb von der stolzen Höhe, die sie in der internationalen Arbeiterbewegung eingenommen hatte, allmählich herabsank, bis sie in die Burgfriedenspolitik und die reformistische Politik des November 1918 mündete. Die unbestreitbaren hohen Verdienste der Linken haben zweifellos dieses Abgleiten und diesen Absturz stark gehemmt und verzögert, aber nicht aufzuhalten vermocht. Dazu war ihr Einfluß zu gering, der der Rechten aber zu groß, ihre organisatorische Energie und Geschicklichkeit, gemessen an den zentristischen Parlamentariern und den revisionistischen Gewerkschaftlern, zu unentwickelt, dazu überwog die Glut und Leidenschaftlichkeit ihres Kampfwillens, ihrer Empörung, ihres Hasses allzuoft und allzusehr die Schärfe und Nüchternheit des Urteils. Es muß jedoch betont werden, daß die Linken in Rosa Luxemburg eine Kämpferin stellten, deren wissenschaftliche Qualität unter den Politikern in Westeuropa nicht ihresgleichen hatte und deren Hingabe an den Kampf ihr einen Platz in der Reihe der hervorragendsten Vertreter der internationalen Arbeiterbewegung sichert.

Bei allen Übertreibungen und Irrungen der Linken muß man ihnen zudem nachrühmen, daß sie bei ihrer Grundorientierung stets von dem Interesse der proletarischen Klasse ausgingen. Sie erkennen am klarsten die Gefahr des Opportunismus und führen einen hartnäckigen unentwegten Kampf gegen die Abirrungen vom Marxismus, gegen den Reformismus. Sie ziehen Lehren aus der russischen Revolution von 1905, propagieren die Verbindung der Lösung der Tagesaufgaben mit dem Kampf für das Endziel, sie verbinden den parlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Kampf, treten für den Generalstreik ein und

führen den schärfsten Kampf gegen den deutschen Militarismus, wobei besonders Karl Liebknecht im Vordergrund stand.

„Gewiß“, bemerkte *Stalin*, „die Linken in Deutschland hatten nicht nur ernste Fehler. Sie haben auch große und ernste revolutionäre Taten aufzuweisen. Ich denke dabei an eine ganze Reihe ihrer Verdienste und an ihr revolutionäres Auftreten in Fragen der inneren Politik und im besonderen des Wahlkampfes, in Fragen des parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampfes, des Generalstreiks, des Krieges, der Revolution von 1905 in Rußland usw.“¹

Wenn man also die deutsche Sozialdemokratie der Vorkriegszeit in ihrer Gesamtheit betrachtet, muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß sie kein einheitliches Ganzes darstellte, sondern aus marxistischen und opportunistischen Elementen, aus Freunden und Gegnern der Revolution, aus Anhängern und Gegnern der revolutionären Grundhaltung zusammengesetzt war, wobei die opportunistischen Elemente allmählich die Oberhand gewannen und die Parteiführung an sich rissen.

3. Die Frage des politischen Massenstreiks

Die Zerklüftung zeigte sich in ihrer ganzen Tiefe, als im Jahre 1905 der bewunderungswürdige, heldenhafte Kampf der revolutionären Arbeiter Rußlands in den Massen des deutschen Proletariats ein gewaltiges Echo weckte, sie zu begeisterten Solidaritätskundgebungen emporriß, und als die bereits stark vom Revisionismus angekränkelten Arbeiterführer diesen verheißungsvollen revolutionären Aufschwung, die aufflammende Streikbewegung nicht ausnützten, den Brand nicht schürten, die Aktionen nicht organisierten, sondern bremsen, beschwichtigten und besänftigten.

Unter dem Eindruck dieser gewaltig anschwellenden revolutionären Stimmung in den Massen gewann die gerade damals in der deutschen Sozialdemokratie zur Diskussion stehende Frage der Anwendung des politischen Massenstreiks höchste aktuelle Bedeutung. Ihre Behandlung auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 bewies aber,

¹ Ebenda, S. 431.

wie tief die Vertreter der Gewerkschaftsführung bereits von dem revisionistischen Gift durchtränkt, wie wenig sie von der tiefen Gärung in den Massen erfaßt waren, wie weit sie sich von ihnen entfernt hatten. Ihr Beschluß enthielt unter anderem die Sätze:

„Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten... er warnt die Arbeiterschaft, sich durch Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisationen abhalten zu lassen.“¹

Damit zeigten die verantwortlichen Führer, daß sie weder die welthistorische, noch die revolutionäre Situation begriffen. Zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wurde damals die sich anbietende revolutionäre Kraft und Kampffentschlossenheit des Proletariats von dessen eigenen Führern verschmäht, mißachtet, gedämpft, als „verwerflich“ und gefährlich bezeichnet.

Bedeutete der Parteitag in Dresden 1903 die Rettung des Revisionismus und die Sicherung seiner Wirkungsgrundlage, so brachte der Gewerkschaftskongreß in Köln 1905 seinen ersten Sieg. Es waren der in Dresden zwar geprügelte, aber nicht vernichtete Revisionismus und der Opportunismus, die jetzt in Köln triumphierten. Es zeigte sich also, daß die deutsche Arbeiterschaft, weil sie den Grundwiderspruch zwischen marxistischer Theorie und reformistischer Praxis nicht überwunden hatte, in immer neue, gefährlichere Widersprüche verwickelt wurde. Je mächtiger der revolutionäre Aufschwung der Massen wurde, desto friedlicher und reformfreudiger verhielt sich die Mehrzahl der Führenden.

Je mehr die Organisationen in die Breite wuchsen, desto mehr verloren sie an ideologischer Tiefe; ihre wachsende finanzielle Macht erhöhte nicht mehr, sondern verringerte die Kampfbereitschaft und lähmte die Entschlußkraft. Köln 1905 war Auswirkung von Dresden 1903 und war — wie sich zeigen wird — Vorbereitung und Vorwegnahme der schimpflichen Triumphe des Revisionismus und Opportunismus im August 1914 und im November 1918.

¹ Protokoll der Verhandlungen des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands, abgehalten zu Köln a. Rh. 1905, Berlin o. J., S. 30.

4. Die Stellung zur Kolonialfrage und zum imperialistischen Kriege

Die Gegensätze innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wurden auf die Spitze getrieben, als um 1905 in dem Ringen und Raufen um Einflußsphären im Fernen und Nahen Osten, besonders aber in der ersten großen Marokkokrise, das uferlose, zügellose, profithungrige und raubgierige Weltherrschaftsstreben der deutschen Monopolkapitalisten und ihrer Kumpane in voller Klarheit und Kraßheit hervortrat. Damit wurde die Partei gezwungen, zu dem großen Problem der Kolonialpolitik, des imperialistischen Krieges Stellung zu nehmen. Jetzt rächte es sich, daß man auf eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus zur Ergründung des Imperialismus, seiner ökonomischen Wurzeln und seiner Auswirkungen verzichtet hatte. Jetzt rächte sich vor allem, daß man die Revisionisten in der Partei belassen hatte. Aus ihren Reihen konnten deshalb „Theoretiker“ wie Bernstein, David, Schippel, Maurenbrecher und Hildebrand aufstehen und die imperialistischen Ansprüche Deutschlands als berechtigte Wahrnehmung der Lebensinteressen der Nation hinstellen und verteidigen.

Im Jahre 1907 entsandte man Bernstein und David, zwei Verteidiger des Imperialismus, zu dem internationalen Sozialistenkongreß nach Stuttgart. *Kautsky* berichtete über die Zusammensetzung der deutschen Delegation vor den Leipziger Arbeitern:

„Ihre Hälfte bestand aus Gewerkschaftlern, und der ‚rechte Flügel‘ der Partei erschien mit einer Ausdehnung, wie er sie tatsächlich in der Partei nicht besitzt.“

Das unwürdige, tief beschämende Eintreten dieser Delegation für die Kolonialpolitik des imperialistischen Deutschlands und für eine Kolonialpolitik überhaupt, die, wie sie behaupteten, eine „soziale und kulturelle Mission erfülle“, setzte das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie in der proletarischen Welt stark herab.

Das war kein Einzelfall. Ähnliche Erscheinungen folgten. Als Beispiel sei nur erwähnt, daß in der Zeit der zweiten Marokkokrise 1911 Molkenbuhr im Auftrage des Parteivorstandes der deutschen Sozial-

demokratie dem Internationalen Sozialistischen Büro mitteilte, die von diesem angeregte allgemeine internationale Kampagne gegen die durch den „Panthersprung“ heraufbeschworene Kriegsgefahr halte die deutsche Sozialdemokratie für unnötig und schädlich, denn sie würde den gerade beginnenden Wahlkampf zur Reichstagswahl stören.

Das Einschwenken der Rechten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie in eine Front mit den Imperialisten des eigenen Landes stieß anfangs selbst die Zentristen zurück. Allmählich ließen sich jedoch immer mehr von ihnen dazu verleiten, in Fragen, die nur Einzelerscheinungen des Imperialismus betrafen, eine ausgesprochen opportunistische Haltung einzunehmen. Das war der verhängnisvolle Weg, der schließlich zum 4. August 1914 führen sollte.

IV. KAPITEL

Der 4. August – der offene Bruch mit dem Marxismus und der internationalen Solidarität

1. Der Bruch mit dem Marxismus

Der 4. August — das war nicht nur die Ignorierung der feierlichen Erklärungen, die man noch vor wenigen Stunden abgegeben hatte, nicht nur die Verleugnung des Erfurter Programms und der internationalen Beschlüsse von Stuttgart, Kopenhagen und Basel, nicht nur die Preisgabe der gewaltigen, revolutionären Energien, die sich in breiten Massen des internationalen und des deutschen Proletariats darboten, es war die Herausforderung aller derjenigen, denen der Marxismus mehr als bloße Dekoration, als theoretische Spielerei war, denen er vielmehr höchstes Lebensziel und tiefste Lebensinheit bedeutete, denen er nicht angelerntes Wissen, sondern Lebensnotwendigkeit geworden war. Noch am 25. Juli 1914 hieß es im Manifest des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratischen Partei:

„Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Verbrüderung!“

Noch am 30. Juli 1914 schrieb der „Vorwärts“:

„Das sozialistische Proletariat lehnt jede Verantwortung für die Ereignisse ab, die eine bis zum Aberwitz verblendete herrschende Klasse heraufbeschwört.“

Am 31. Juli aber brachte der „Vorwärts“ und am 1. August die gesamte Parteipresse einen Artikel, in dem *Stampfer* schrieb:

„Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben ist, die vaterlandslosen Gesellen werden die Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen.“

Und in der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 standen die Sätze:

„Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel...“

Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“

Es sind später nicht wenige Versuche unternommen worden, die Wandlung in den Deklamationen der sozialdemokratischen Führer, den Wechsel in ihrer Stellung zum Krieg zu rechtfertigen. In Wirklichkeit handelte es sich weniger um eine Wandlung als um eine Demaskierung. Der 4. August war das Geständnis, daß man den Marxismus aufgegeben, die proletarische Denkweise gegen eine bürgerliche und die revolutionäre Haltung gegen eine opportunistische eingetauscht hatte.

2. Der 4. August 1914 —

die logische Folge früherer Schwächen und Fehler der Partei

Die Kriegskreditbewilligung am 4. August 1914 war die unvermeidliche Folge der vorher entstandenen und nicht überwundenen Fehler und Schwächen der Partei.

Weil Lenin und die russischen Bolschewiki in der Lage waren, aus richtiger dialektischer Betrachtung und aus unverfälschtem Klassen-

bewußtsein die Teilfragen, Verhalten zum Vaterland, zum Kriege, in das Licht der Zentralfrage der historischen Situation zu rücken, weil sie Wesen und Bedeutung des Imperialismus, Lage und Aufgabe des Proletariats richtig erfaßten, trafen sie bei Ausbruch des ersten Weltkrieges als einzige der Parteien der II. Internationale die richtige Entscheidung. Sie lehnten die Kriegskredite ab und verurteilten den Krieg, weil er von allen Seiten als ein imperialistischer Krieg erstrebt und vorbereitet worden war, als solcher geführt wurde und darum das Proletariat der ganzen Welt bedrohte. Darum hielten sie den Beschlüssen und Ideen der sozialistischen Internationale die Treue und eröffneten gegen den Imperialismus, in erster Linie gegen den des eigenen Landes, einen unerbittlichen Kampf, obgleich dieser fast ausschließlich nur unter Anwendung illegaler Methoden geführt werden konnte.

Weil in der deutschen Sozialdemokratie das Klassenbewußtsein durch kleinbürgerliche Einflüsse, durch Revisionismus und Opportunismus weitgehend getrübt und zerstört worden war, weil viele ihrer verantwortlichen Führer zu einer dialektischen Beurteilung der Erscheinungen Vaterland und Krieg nicht fähig waren, weil viele dieser führenden Sozialdemokraten sich von den klassenbewußt gebliebenen Arbeitern getrennt, sich aber versöhnlerisch der bürgerlichen Klasse genähert hatten, darum versagten sie in der Stunde der Entscheidung und Bewährung! Darum faßten sie am 3. August den verhängnisvollen Entschluß, am 4. August 1914 im Reichstag der Bewilligung der Kredite für den imperialistischen Krieg zuzustimmen.

Sie verrieten damit ihre Beschlüsse, ihre Klasse, die Internationale und erwiesen infolgedessen nicht ihrem Vaterland, sondern dem Feind des deutschen Volkes, dem Zerstörer des deutschen Vaterlandes, dem Imperialismus, ihre Hilfe.

Es handelt sich also nicht um einen unbegreiflichen, überraschenden, unvorhergesehenen Entschluß, der sich aus der überwältigenden „Größe“ der Stunde oder aus der Kleinheit der Beschließenden erklärt. Es ist die unabwendbare logische Folge der beschriebenen Entwicklung, die auf der breiten Ebene hochwirksamer, objektiver Faktoren entsprang und Nahrung fand, die aber ständig der Steuerung und Be-

günstigung durch ebenso bedeutungsvolle subjektive Faktoren ausgesetzt war.

Der 4. August war von einsichtigen und vorausschauenden Politikern geahnt und vorhergesagt worden. Oft und eindringlich genug hatten Männer, wie Friedrich Engels, August Bebel und die Linken, vor Fehlern gewarnt, deren Zusammenwirken das „unbegreifliche“ Versagen begreiflich macht und deren rechtzeitige Abstellung und Eindämmung es verhütet hätten.

So wurde der 4. August 1914 der schwärzeste Tag in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wie der Ausbruch des imperialistischen Krieges nur entlud, was sich als Sprengstoff in der Atmosphäre der internationalen Beziehungen durch die Gegensätze der Imperialisten seit Jahrzehnten angehäuft hatte, so kam auch in der deutschen Arbeiterbewegung der gefährliche Sprengstoff zur Entladung, der von Reformisten, Revisionisten und Opportunisten seit Vollmars und Bernsteins Auftreten unablässig und in wachsenden Ausmaßen in die deutsche Sozialdemokratie und in die Gewerkschaften hineingetragen worden war.

Insofern bedeutete auch der 4. August 1914 einen dialektischen Umschwung in der Politik der deutschen Sozialdemokratie. Was dem 4. August folgte, das war nicht mehr bloße Fortsetzung der bisher geübten opportunistischen Politik. Diese hatte sich doch nicht völlig von der Rücksicht auf das Klassenbewußtsein der Massen, von der Achtung der internationalen Beschlüsse zu befreien vermocht. Nur zögernd und zaghaft war sie den Weg der Unterstützung der Bourgeoisie gegangen, und sie hatte es noch für nötig gehalten, die Abwendung von einer grundsatztreuen marxistischen Politik durch hochtrabende revolutionäre Phrasen zu vertuschen und zu bemänteln. Jetzt warf die Mehrzahl der Partei- und Gewerkschaftsführer alle Rücksicht beiseite. Rückhaltlos bejahten sie die Politik der deutschen Imperialisten, bedingungslos schlossen sie mit diesen Erzreaktionären den Burgfrieden. Damit traten diese sozialdemokratischen Führer aus der Front des internationalen Proletariats heraus und stellten sich offen in die Front der deutschen Imperialisten, die nicht nur gegen ihre imperialistischen Nebenbuhler anrannten, sondern weiterhin wie

bisher — ja jetzt im Kriege noch rücksichtsloser — die Interessen des Proletariats mit Füßen traten. In den Reden der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer verdrängte jetzt die nationalistische Phrase die revolutionäre. Überschwengliche Lobredner wie Lensch, Cunow, Südekum und andere priesen die Burgfriedenspolitik als hohe politische Weisheit, feierten den 4. August als große nationale Tat.

3. Die Haltung der Massen am 4. August 1914

Es gehörte nicht nur eine beispiellose politische Einfalt und Kurzsichtigkeit, sondern auch eine unüberbietbare Fremdheit gegenüber dem gesunden Empfinden des klassenbewußten Proletariats und eine absolute Unfähigkeit zu dialektischer Erfassung der Entwicklungsgesetze dazu, um zu erwarten, daß die Massen des deutschen Proletariats und die unentwegten Marxisten unter ihren Führern die Burgfriedenspolitik auf die Dauer billigen und unterstützen würden.

Obwohl es nicht ausbleiben konnte, daß ein nicht geringer Teil auch der bitter enttäuschten und verratenen Massen ratlos und wankelmütig wurde und dem Trommelfeuer der alldeutschen Propaganda erlag, lehnte jedoch die überwiegende Mehrheit der klassenbewußten deutschen Arbeiter die von dem sozialdemokratischen Parteivorstand eingeschlagene Politik ab.

Es zeigte sich, daß diese Massen nicht, wie Stampfer und andere später behaupteten, jetzt „versagten“, weil auch sie in einer „jahrelangen Entwicklung auf dem Wege des Reformismus“ gewandelt waren. Es ist ein feiger Fluchtversuch aus der Verantwortung, wenn Stampfer schrieb:

„Der Entschluß, die Kriegskredite zu bewilligen, war das Ergebnis nicht einer augenblicklichen Panikstimmung, sondern einer jahrelangen Entwicklung, und die sich auf dem Weg des Reformismus befanden, waren nicht nur die Führer, es waren sozialdemokratische Massen selbst.“¹

¹ Friedrich Stampfer, „Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik“, Offenbach—Main 1947, S. 18.

Eine solche Abwälzung der Verantwortung der Führer auf die Schultern der Massen ist nicht nur eines Sozialisten unwürdig, sondern auch falsch. Wir sind es der Ehre der sozialdemokratischen Massen schuldig, hier festzustellen, daß sie entsprechend ihrer Tradition kampfbereit auf Weisungen des Parteivorstandes warteten.

Die Tatsachen bewiesen deutlich, daß die sozialdemokratischen Arbeiter für die Verweigerung der Kriegskredite, für eine revolutionäre Haltung und gegen die Politik der Parteiführung eingenommen waren. Mit Tränen der Erbitterung und Enttäuschung standen die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter vor den leeren und verräterischen Parolen ihrer Parteiführung. Zahlreiche zeitgenössische Berichte bestätigen dies.

Selbst *Paul Löbe*, der sich in seinen „Erinnerungen eines Reichstagspräsidenten“ mit Stolz zu den Veteranen des Revisionismus zählt, gibt zu, daß er selbst und die Partei in Breslau allgemein mit der Verweigerung der Kriegskredite und aus diesem Grunde mit polizeilichen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie gerechnet und sich deshalb auf illegalen Kampf vorbereitet hatten. Er erzählt in seinen Erinnerungen:

„Wir ordneten unsere Sachen, beseitigten Papiere, die andere belasten konnten, und sahen polizeilichem Besuch entgegen... Wir schmuggelten *kritische* Übersichten über die Kriegslage ein und verlangten einen baldigen Verständigungsfrieden. Da dies mit dem Verlangen *breiter* Bevölkerungskreise übereinstimmte, erhöhte sich das Ansehen des Blattes...“

Wir Breslauer standen in der Mehrzahl bei den Kriegsverweigerern, lösten aber deshalb unsere Zugehörigkeit zur alten Partei nicht, sondern verblieben in ihren Reihen trotz dieser Differenzen.“¹

4. Der 4. August 1914 —

der Tag der offenen Spaltung der Arbeiterbewegung

Als die vom Opportunismus durchsetzte Parteiführung den Burgfrieden mit den deutschen Monopolkapitalisten, mit Junkern und kaiserlicher Bürokratie schloß, schleuderte sie den entschiedenen

¹ „Sozialistisches Jahrhundert“, 2. Jahrg., Heft 5/6, Januar 1948, S. 72/73.

Marxisten in den eigenen Reihen die Kriegserklärung entgegen, schuf sie selbst gegen sich die Front, die um so mächtiger und schneller anwachsen mußte, je mehr sich die unausbleiblichen verheerenden Folgen des 4. August offenbarten, je tiefer sie in unentrinnbare Widersprüche stürzte.

Jetzt wurde auseinandergesprengt, was unvereinbar war und nur durch hohle Phraseologie, durch organisatorische Kniffe und Schliche beieinandergehalten worden war: proletarischer Klasseninstinkt — und kleinbürgerlicher Opportunismus, die unbeirrbar, unerschütterliche Treue zum Marxismus in Theorie und Praxis — und die revisionistische und reformistische Verleugnung des Marxismus, die unverbrüchliche Solidarität mit dem internationalen Proletariat — und die versöhnlerische Interessengemeinschaft mit dem sich „national“ gebärdenden Bürgertum. Der 4. August riß auseinander, was längst innerlich getrennt war. Gewiß, der Rahmen der Organisation war nur geborsten. Äußerlich, formal, blieb er erhalten, umfaßte vorläufig noch weiterhin auch diejenigen, die aus anerzogener Disziplin, aus Überzeugung von dem Wert der Einheit der Arbeiterklasse oder aus persönlicher Verbundenheit den offiziellen Austritt aus der Partei unterließen.

Die tiefste Bedeutung des 4. August 1914 lag demnach darin, daß er die beschämende, unhaltbare Situation der deutschen Arbeiterbewegung durch die Feststellung enthüllte, die zwischen den Zeilen der Fraktionserklärung im Reichstag unmißverständlich zu lesen ist: Es existiert in Deutschland keine revolutionäre, marxistische Partei. Es war deshalb eine Notwendigkeit, eine unabweisbare Pflicht, diese Partei zu schaffen. Da diese Partei nur aus den radikalen, revolutionären Elementen der Sozialdemokratie gebildet werden konnte, andererseits angesichts so entscheidender Aufgaben, wie sie der imperialistische Weltkrieg stellte, entschiedene Marxisten ohnehin nicht in einer Partei verbleiben konnten, die von Antimarxisten geleitet wurde, so wurde der 4. August Aufruf und Zwang zur Trennung. Darum mußten die revolutionären und opportunistischen Elemente auseinanderfallen, mußte auch, weil die Massen revolutionär eingestellt waren, die Kluft zwischen Führung und Massen sich vertiefen.

Der 4. August bedeutete also, daß die große historische Stunde für das deutsche Proletariat kampflos, unausgenutzt verstreichen mußte, weil die Partei, die die Avantgarde in dem aufgegebenen Entscheidungskampf mit dem Imperialismus hätte darstellen sollen, schwach und ratlos, ziel- und planlos, faktisch in sich gespalten, durch den Revisionismus und Opportunismus erweicht und entwaffnet, einem furchtbaren Feind gegenüberstand. Die Entscheidung war jedoch nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben und in drohende Nähe gerückt. Dazu aber hätte eine Partei gehört, die sich restlos von opportunistischen Elementen befreit und den Marxismus zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hätte.

V. KAPITEL

Die Zuspitzung zur vorrevolutionären Situation

1. Das Anwachsen der oppositionellen Haltung während des Krieges

Mit wachsender Entrüstung und immer schärferer Kritik verfolgten die breiten Massen der Werktätigen die Burgfriedenspolitik und ihre Auswirkungen. Der Beschluß der Gewerkschaften, alle Lohnkämpfe und Streikbewegungen für die Dauer des Krieges einzustellen, die Zustimmung zum Kriegshilfsdienstgesetz, die widerstandslose Hinnahme der zahllosen Maßnahmen von Behörden und Unternehmern, durch die die Löhne gesenkt, die Lebenshaltung verteuert, die Versorgung erschwert, die Arbeitsbedingungen verschlechtert und die Freizügigkeit aufgehoben, den Kapitalisten aber phantastische Kriegsgewinne und erhöhte Rechte gesichert wurden, konnten bei den Massen nur tiefste Mißbilligung und Empörung auslösen.

Bereits in der Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 8. März 1915 tritt der Abgeordnete *Wurm* im Namen der Opposition (Gruppe Ledebour) auf und warnt

„die Fraktion, den Bogen zu überspannen; in den Arbeitermassen wachse die Opposition gegen die Fraktionsmehrheit“¹.

Bald mußte auch *Kautsky* feststellen:

„Die Opposition gegen die Mehrheit ist im Wachsen, die Massen sind oppositionell.“²

Auch die Frauen bekundeten ihre Bereitschaft zum illegalen Kampf. So erschien am 30. November 1915 eine Deputation Berliner Genossinnen bei dem Vorstand der Sozialdemokratie und empfahl die Verbreitung unzensurierter Druckschriften und Flugblätter und die Abhaltung nichtgenehmigter Versammlungen, da dies bei dem großen Organisationsapparat zur Zeit leichter möglich sei als unter dem Sozialistengesetz. Es fehle dem Vorstand nicht an Mitteln und Wegen, sondern am Willen.

So bot sich auch jetzt noch für die sozialdemokratischen Führer eine Chance, die Schande des 4. August auszulöschen, indem die Massen ihnen direkt oder indirekt ihre revolutionären Energien, ihre wachsende Kampfbereitschaft darboten und der organisierenden Kraft, der zündenden Agitation, der planvollen Mobilisierung und der revolutionären Führung harreten.

Doch die führenden Kreise der Sozialdemokratie fanden nicht die Kraft zu solchem Entschluß. Zwar fanden sich auch in ihren Reihen bald mehr und mehr, die sich die Schwere der begangenen Fehler und ihre Auswirkungen auf die Arbeiterklasse eingestanden, sie begriffen jedoch nicht, daß diese Fehler die Folge der reformistischen und opportunistischen Grundeinstellung der Partei waren und daß die Fehler und ihre Folgen nur wiedergutmacht werden konnten, wenn man die Partei von Grund auf erneuerte, in ihrer Struktur, in ihrem Aufbau, in ihrem Charakter und in ihrer Ideologie, das heißt, wenn man die marxistische Grundorientierung in Theorie und Praxis wiederherstellte. So empfanden sie denn den heldenhaften Kampf Karl Liebknechts, sein stolzes, kühnes Bekenntnis zum Marxismus und zur Internationale am 2. Dezember 1914, seine Ablehnung der Kriegskredite und seine Verurteilung des Imperialismus und des imperialistischen

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIX, Wien—Berlin 1930, S. 11.

² „Die Neue Zeit“ vom 26. 11. 1915.

Krieges, wie Rudolf Lindau in seiner lesenswerten Broschüre „Probleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“¹ sagt, nicht als den ersten bedeutenden Schritt „zur Wiederherstellung der Einheit der [deutschen] Arbeiterklasse auf dem Boden des Marxismus“, sondern als gefährlichen Disziplinbruch, als tollkühne „Revolutionsromantik“, als Mangel an politischem Realismus, als „Rückfall in den Anarchismus“. Die Schar der einsichtigen und mutigen Politiker, die sich durch die heroische Tat Karl Liebknechts aus dem Sumpf der Burgfriedenspolitik emporreißen ließ, blieb trotz steten Anwachsens in der Minderheit.

Zwar entfalteten die Linken eine immer regere, umfangreichere und kühnere illegale Tätigkeit. Sie gründeten im Frühjahr 1915 die illegal arbeitende Gruppe „Internationale“, aus der am 1. Januar 1916 der „Spartakusbund“ entstand. Selbst in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wuchs die Opposition gegen die verräterische Burgfriedenspolitik. Am 24. März 1916 stimmten 18 Abgeordnete gegen die Reichshaushaltsrechnung und wurden darum von der opportunistischen Leitung aus der Fraktion ausgeschlossen. Daraufhin bildeten sie eine eigene Fraktion, die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Diese schritt im April 1917 zur Gründung einer eigenen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Doch infolge ideologischer Unklarheit und mangelnder revolutionärer Entschlossenheit gelang es auch dieser nicht, die Massen zu großangelegten Aktionen zu führen.

Zur Zeit der Novemberrevolution stellte der Spartakusbund keineswegs eine bolschewistische Partei dar. Es war eher eine ideologische Strömung, die zudem noch mit fehlerhaften Anschauungen belastet war. Wie gering die organisatorische Bedeutung des Spartakusbundes war, ergibt sich auch daraus, daß der Spartakusbund nicht einmal zu einer Fraktionsbildung in den Räten gelangt war. Die erste kommunistische Fraktion wurde erst im Februar 1919 im Berliner Arbeiter- und Soldatenrat geschaffen.

Die Zugehörigkeit der Spartakusanhänger zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatte den Prozeß der Umwandlung des

¹ Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 32.

Spartakusbundes in eine bolschewistische Partei gehemmt. Erst Ende November 1918 beschlossen die Spartakusanhänger, einen Kongreß zur Gründung einer neuen Partei einzuberufen. Der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands fand vom 29. bis 31. Dezember 1918 in Berlin statt. An den Arbeiten dieses Gründungsparteitages nahmen auch die Linksradikalen und die Vertreter anderer linker Gruppen teil, die während des Weltkrieges 1914/18 entstanden waren. Der Parteitag faßte den Beschluß über den Austritt des Spartakusbundes aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Der Parteitag erklärte den Kampf für die Räte-macht und für die Diktatur des Proletariats zur unmittelbaren Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse.

Die Beschlüsse des Gründungsparteitages ließen erkennen, daß die Rolle der Partei als der Avantgarde der Arbeiterklasse noch nicht volles Verständnis gefunden hatte. Die irrige Einschätzung der spontanen Massenbewegung, wie sie Rosa Luxemburg vertrat, fand in den Parteitagsbeschlüssen ihren Ausdruck. Die Spartakusanhänger hatten auch die Leninsche Lehre vom demokratischen Zentralismus noch nicht begriffen. Das kam schon darin zum Ausdruck, daß der Parteitag die organisatorische Selbständigkeit der örtlichen Organisationen festlegte. Auch über den Begriff der Diktatur des Proletariats herrschte keine völlige Klarheit. Die Bedeutung der Agrarfrage wurde vom Parteitag unterschätzt und auch eine unrichtige Auffassung zu ihr angenommen. Es wurde nichts über die Notwendigkeit gesagt, daß eine Bodenreform durchgeführt und den Landarbeitern und Kleinbauern Boden auf Kosten der Gutsbesitzer zugewiesen werden müßte. Auch hier zeigte sich die Verkennung der Notwendigkeit des Kampfes um die Verbündeten der Arbeiterklasse, die im besonderen Maße in den Theorien von Rosa Luxemburg zum Ausdruck kommt. Eine falsche Stellung bezog der Parteitag, indem er sich gegen die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften aussprach. Diese falsche Stellungnahme in der Gewerkschaftsfrage ist noch lange ein schweres Hindernis für die spätere Entwicklung der Kommunistischen Partei geblieben.

Trotz des Eintretens Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung faßte der Parteitag mit Stimmenmehrheit den unrichtigen Beschluß, die Wahlen zu boykottieren.

Trotz dieser offensichtlichen Mängel des Gründungsparteitages war der grundlegende Beschluß, die Gründung einer Kommunistischen Partei durchzuführen, von großer geschichtlicher Bedeutung.

2. Der Widerstand der führenden Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gegen den revolutionären Aufschwung

Es bedurfte erst der grausamen Auswirkungen des Krieges, der Hungerblockade, der revolutionären Ereignisse in Rußland, der heldenhaften Kämpfe der Bolschewiki und der abscheuerregenden Selbstentlarvung des deutschen Imperialismus in dem Gewaltfriedensdiktat von Brest-Litowsk, um in den Kreisen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der sich der von den Linken am 1. Januar 1916 gegründete Spartakusbund angeschlossen hatte, die Notwendigkeit zu begreifen, die immer riesigeren, spontan hervorbrechenden Massendemonstrationen zur Vorbereitung auf die unausweichlich letzte, entscheidende Auseinandersetzung zwischen dem Proletariat und dem Monopolkapitalismus auszuwerten. Wenn dies nicht oder nur wenig gelang, so waren die Ursachen: die Eisenfaust der Reaktion, die viele der Besten, unter ihnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, hinter Kerkermauern hielt, die Uneinigkeit, Unklarheit und die unzureichende, dazu oft fehlgeleitete Organisationstätigkeit der Unabhängigen und Spartakusleute. Nicht zuletzt spielte eine große Rolle die traditionelle Organisationstreue und Organisationsdisziplin, die gerade bei den älteren deutschen Arbeitern, die im Kriege in den Betrieben vorherrschten, die Loslösung von dem Einfluß der sozialdemokratischen Funktionäre, von der alten Partei und ihren Befehlen erschwerten, obgleich sie mit ihr und ihren Zielen und Grundsätzen, mit ihrer Kriegspolitik innerlich längst und völlig gebrochen hatten.

So kam es, daß auf die jetzt aufflammende und mächtig anschwellende Streikbewegung nicht die revolutionären Mitglieder des Spartakusbundes und des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den entscheidenden Einfluß gewannen, sondern die überlegenen Meister und routinierten Praktiker der Gewerkschaften und der Mehrheitssozialdemokratie.

Diese aber wandten sich den Massen nur zu, um ihre revolutionären Gärungen und Bewegungen zu dämpfen, bis die revolutionäre Welle, die sie nach ihren eigenen Geständnissen nicht gewollt und nicht herbeigesehnt, auch nicht entfacht und geschürt, dafür aber mit Fleiß verhindert hatten, über sie hinwegschlug.

Aus der Fülle der Zeugnisse darüber sei nur ein Zitat des Abgeordneten *Gothein* angeführt:

„Wer, wie ich, in jenen schweren Tagen als Mitglied des Ausschusses der Mehrheitspartei Tag für Tag mit ihren Führern zusammen war, kann bezeugen, welche unsagbare Mühe sich die Ebert und Scheidemann, die Landsberg und David, die Südekum und Noske gegeben haben, um die Revolution zu vermeiden. Wie sie Nacht für Nacht mit den Vertrauensmännern ihrer Partei zusammensaßen, um sie von der Revolution zurückzuhalten. Wie sie, nachdem Kaiser und Kronprinz unmöglich geworden waren, die Regentschaft unter dem Prinzen Max von Baden anstrebten. Sie waren sich bewußt, daß für das deutsche Volk eine verfassungsmäßige Fortbildung seiner Staatsform dem gewaltsamen revolutionären Umsturz unendlich vorzuziehen sein würde.“¹

Erst unter dem Zwang der Massen wurde diese Haltung aufgegeben. Treffend bemerkte *Hilferding* später:

„Die Mehrheitssozialisten haben bis zur zwölften Stunde der revolutionären Aktion widerstrebt. In der zwölften Stunde mußten sie sich ihr anschließen. Warum? Weil die proletarischen Massen sie zwangen.“²

So bewies die Führung der deutschen Sozialdemokratie auch durch ihre Haltung im Kriege, daß sie sich nicht berufen fühlte, die Partei als Vorhut des Proletariats in den Kampf um die Vernichtung der imperia-

¹ Abgeordneter Gothein im „8-Uhr-Abendblatt“, August 1922, zitiert in Fröhlich-Schreiner, „Die deutsche Sozialdemokratie“, Berlin 1928, S. 45/46.

² Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Wien 1925, Bd. II, S. 91.

listischen und die Errichtung der sozialistischen Welt zu führen. Aus einer gefürchteten Waffe gegen den Imperialismus hatte sie sich in eine verlässliche Stütze für ihn verwandelt. In dem Wahn, durch Vermeidung des Entscheidungskampfes, durch Burgfrieden mit den Kapitalisten und Kriegsbrandstiftern, durch Versöhnungsbereitschaft gegenüber den unversöhnlichen Ausbeutern der Arbeiterklasse blutige Kämpfe und hohe Opfer zu ersparen, verletzten die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Führung die Interessen der Arbeiterklasse auf das schwerste.

4. Die Frage des Übergangs zum Sozialismus

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften stärkten nicht nur die Front des deutschen Imperialismus nach außen, sondern auch gegen den „inneren Feind“, gegen die Arbeiterklasse. Denn der Burgfrieden bedeutete für den Imperialismus eine willkommene Rückendeckung gegenüber der Opposition in der Heimat und damit einen zusätzlichen Anreiz, die imperialistischen Eroberungsziele selbst im Kriege noch weiter ins Uferlose zu steigern.

Er bedeutete für die Arbeiterklasse, daß die Waffen, die sie sich in jahrzehntelanger treuer hingebender Arbeit unter höchsten Anstrengungen geschmiedet hatte, entschärft oder im Interesse und im Dienste der Kapitalistenklasse verwendet wurden. Die mächtigen Organisationen und die Parteipresse der Arbeiterklasse mit ihren finanziellen, agitatorischen und propagandistischen Möglichkeiten entfalteten keine Aufklärung über den wahren Charakter des Krieges, über den Imperialismus und die Notwendigkeit seines Sturzes, über die dazu erforderlichen Schritte, sondern rührten die Werbetrommel für die Politik des „Durchhaltens“, empfahlen und rechtfertigten das Abwürgen von Streiks, priesen die Vorteile des Burgfriedens und verteidigten nicht selten sogar das Recht auf Eroberungen.

So schrieb das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ im Jahre 1916:

„Die Politik des 4. August entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen. Sie sichert die Fernhaltung jeder feindlichen Invasion, sie schützt uns vor der Zerstückelung deutschen Gebietes und vor der Ver-

nichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie schützt uns vor dem Unglück eines unglücklichen Kriegsabschlusses, der uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsentschädigung belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete, als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Absatz unserer Erzeugnisse in anderen Ländern.“

Die tatsächlichen Auswirkungen der Politik des 4. August wurden dem Volke verschwiegen.

Erst 1922 zeigte sie der „Vorwärts“ auf:

„Der Burgfrieden während des Krieges hat Millionen Menschenleben gekostet. Nationale Leute haben dem Volk die Augen geblendet über seine eigene Kraft. Unter dem Schutze des heiligen Burgfriedens konnte man ungestraft das Volk auspowern und auswuchern.“¹

4. Die Frage des Übergangs zum Sozialismus

Als auch im Lager der Bourgeoisie die Überzeugung an Boden gewann, daß die Niederlage des deutschen Imperialismus seinen äußeren Feinden gegenüber unvermeidlich sei, und die Bemühungen einsetzten, den für den Burgfrieden gewonnenen inneren Feind durch weitergehende Konzessionen oder Versprechungen auf künftige soziale und politische Verbesserungen vor dem Abschnen aus der gemeinsamen Front zu bewahren, wurden auch diese plumpen Manöver nicht als Warn- und Alarmruf empfunden. Vielmehr unterstützten die „Theoretiker“ der Partei und der Gewerkschaften die Bourgeoisie in dem Versuch, der Gefahr vorzubeugen, daß bei dem zu erwartenden Sturz des politischen Systems auch der Sturz der kapitalistischen Gesellschaft gefordert und durchgesetzt werden könnte. In dieser Beziehung tat sich besonders *Karl Kautsky* hervor.

In seiner Schrift „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“, die im Frühjahr 1918 in Leipzig erschien, stellte er die These auf, zuerst müsse der Übergang vom Krieg zum Frieden bei

¹ In Fröhlich-Schreiner, „Die deutsche Sozialdemokratie“, S. 30.

gleichbleibender Produktionsweise durchgeführt werden, dann erst könne der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus beginnen. Zur Begründung dieser These wies er auf die großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hin, die sich in der Übergangszeit in noch höherem Maße als im Kriege allen etwaigen Sozialisierungsmaßnahmen in den Weg stellen müßten. Er folgerte jedoch daraus nicht nur Zurückstellung dieser Maßnahmen, sondern empfahl sogar den Verzicht auf die sofortige Machtergreifung. Der Gedanke, daß die Beendigung des Krieges unabweisbar diese Aufgabe dem Proletariat stellen würde, leuchtete ihm selbst 1918 noch nicht ein.

In der Zusammenfassung am Schluß des Buches erklärte er:

„Unter den Bedingungen der Übergangswirtschaft zur Herrschaft zu kommen, darf nicht das Ziel unserer Sehnsucht sein.“¹

Anstatt also die schwächste Stunde des Kapitalismus für seinen Sturz auszunutzen, sollte die Arbeiterklasse den Entscheidungskampf noch einmal vertagen.

Dieser Kardinalfehler in der Beurteilung der politischen Entwicklung enthüllte die ganze Tiefe der Kluft, die die führenden Sozialdemokraten von den Interessen ihrer Klasse, von dem Marxismus, von den eigenen früheren Beschlüssen getrennt hatte. Er zeigte, daß die sozialdemokratischen Führer aus dem 4. August und seinen Folgen nichts gelernt hatten, er ließ demnach befürchten, daß sie in der zur Entscheidung drängenden großen historischen Situation ebenso wie am 4. August versagen würden.

5. Der revolutionäre Aufschwung und die Massen

Es ist das unbestreitbare große geschichtliche Verdienst der Linken in der deutschen Sozialdemokratie, aus einer grundsätzlich richtigen Erkenntnis der räuberischen Natur des Imperialismus und des imperialistischen Charakters des 1. Weltkrieges die einzig richtige Schluß-

¹ Karl Kautsky, „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“, Leipzig 1918, S. 166.

folgerung gezogen und freimütig und kampftentschlossen vor aller Welt verkündet zu haben, nämlich: die Notwendigkeit, ja die Pflicht, im Sinne der Beschlüsse der Internationale die Verschärfung der durch den Krieg heraufbeschworenen allgemeinen Krise auszunutzen, um die Massen für den Sturz des Imperialismus ideologisch und organisatorisch auszurüsten. Sie erkannten nicht erst 1920 die schädlichen Folgen der Burgfriedenspolitik.

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ So rief *Karl Liebknecht* dem deutschen Volke in einem Flugblatt im Mai 1915 zu.

„Diesen Feind im eigenen Lande gilt's zu bekämpfen, zu bekämpfen im politischen Kampfe, zusammenwirkend mit dem Proletariat der anderen Länder, dessen Kampf gegen seine heimischen Imperialisten geht. Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk — nichts gemein haben wir mit den deutschen Tirpitzern und Falkenhayns, mit der deutschen Regierung der Unterdrückung, der sozialen Knechtung.

Nichts für diese, alles für das deutsche Volk!...“

Diese aufrüttelnden Worte waren Hiebe nicht nur gegen die Imperialisten, sondern auch gegen ihre Stützen unter den Sozialdemokraten. Mit diesen Worten zerstörte Liebknecht die Legende von einer „Vaterlandsverteidigung“, die angeblich im Bunde mit den Imperialisten, den schlimmsten Feinden und Verderbern des Vaterlandes, möglich sei. „Nichts für diese, alles für das deutsche Volk!“ Damit widerlegte Liebknecht zugleich die Verleumdung, daß der klassenbewußte Proletarier ein Feind des Vaterlandes sei, bewies er: Wahre, heiße Liebe zum eigenen Volk und unverbrüchliche, tiefe Solidarität mit dem internationalen Proletariat schließen nicht einander aus, sondern gehören untrennbar zusammen.

Nur vom Boden des Marxismus aus konnte Liebknecht diese Synthese finden, nur auf Grund inniger Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und eines hochentwickelten Klassenbewußtseins war sie im revolutionären Kampf zu vollziehen. Weil durch die seit Jahrzehnten geduldeten revisionistischen und reformistischen Strömungen in der Sozialdemokratie das Klassenbewußtsein getrübt und die marxistische Grundorientierung aufgegeben worden waren, erkannten anfangs nur wenige die Größe dieses revolutionären Kampfes. Bald aber wuchs ihre

Zahl. Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und andere sammelten sich unter dem Banner der Internationale und des Marxismus und führten im Spartakusbund einen schonungslosen, opferreichen Kampf gegen den Imperialismus.

Trotz dieser hohen Verdienste vermochten die Spartakusleute die von ihnen richtig erkannte Aufgabe aber nicht zu lösen. Die Ursache dafür lag zum großen Teil in ihren *Schwächen und Fehlern*. Sie vertrauten darauf, daß sich die allgemeine Krise derart zuspitzen würde, daß sich die Massen in spontanen revolutionären Bewegungen erheben würden, daß der Sturz des Kapitalismus dann rasch und unzweifelhaft gelingen würde. Sie überschätzten die organisatorische Reife und Kraft des Proletariats und glaubten, sie würden ausreichen, um die sich ergebenden Kämpfe und Aufgaben durchzuführen. Darum unterließen sie es, die Organisationen der Arbeiterklasse unter ihren Einfluß zu bringen und ihre Kampfbereitschaft zu stärken, so daß die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1918 bereits zu spät kam, um die hier aufgezeigten Mängel und Fehler der Spartakusleute in den kommenden revolutionären Vorgängen auszugleichen.

Im Gegensatz zu den Bolschewiki in Rußland beschränkten sich die Linken im Spartakusbund auf heftigste Opposition im großen Rahmen, leisteten aber nicht wie jene eine unablässige zähe Kleinarbeit in der organisatorischen Erfassung und ideologischen Aufklärung der Massen in den Betrieben und den Gewerkschaften, in der Gewinnung von Verbündeten unter den städtischen Mittelschichten und besonders unter den Bauern. Dies galt auch für viele der „Unabhängigen“. Auch ihnen gelang es darum nicht, entscheidenden Einfluß auf die Organisationen, die Massen und ihre ideologische Einstellung zu gewinnen.

Während auch die Marxisten in der deutschen Sozialdemokratie ebensowenig wie die sozialdemokratischen Parteien in der II. Internationale vermochten, die neugestellten Probleme der Arbeiterbewegung zu lösen, entwickelte Lenin die Theorie des Marxismus unter Auswertung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung weiter. Lenin entwickelte die Theorie des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, die Lehre von der Hegemonie des Prole-

tariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution und deren Überleitung in die sozialistische Revolution, die Lehre von der Diktatur des Proletariats als der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, die Lehre des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, die Theorie der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse in der Revolution und die Lehre von der Partei neuen Typus. Lenin und Stalin entwickelten die nationale Frage als Weltfrage der Befreiung der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien vom Joche des Imperialismus. Mit dieser Weiterentwicklung der marxistischen Theorie verbanden die Bolschewiki ihre praktische Anwendung auf die russische Arbeiterbewegung. Insbesondere entwickelten sie unter der Führung Lenins und Stalins in der Periode vom II. Parteitag 1903 in London bis zur Prager Konferenz 1912 die Partei neuen Typus, die Partei des Marxismus-Leninismus. Mit all dem wurde der Grundstein für den Sieg des russischen Proletariats im Bündnis mit den armen Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gelegt.

Besonders wuchs die revolutionäre Bewegung in Deutschland aber unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse in Rußland im Jahre 1917. In der Februarrevolution hatten die Arbeiter und Bauern den Zaren davongejagt und eine demokratische Republik errichtet. Die Bolschewiki, die den Beschlüssen der Internationale treu geblieben waren, verstanden es, unter der Führung Lenins und Stalins die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bauern zu gewinnen und 1917 durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die erste Arbeitermacht der Welt zu errichten. Damit wurde in der Geschichte der Menschheit eine neue Epoche eingeleitet, die Epoche des Sozialismus. Die revolutionäre Bewegung in allen Ländern der Welt hatte damit eine feste und zuverlässige Stütze erhalten. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht nicht nur darin, daß sie der großen Initiative eines einzelnen Landes bei der Durchbrechung des Systems des Imperialismus entsprang und die erste Heimstätte des Sozialismus im Ozean der imperialistischen Länder schuf, sondern auch darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution war und eine mächtige Basis für ihre Weiterentwicklung bildet. Dieses weltgeschichtliche Ereignis wirkte sich natürlich auch auf Deutschland aus.

Die Novemberrevolution

1. Die Lage beim Ausbruch der Novemberrevolution

Wenn wir uns die Frage vorlegen, welche geschichtliche Aufgabe im November 1918 vor der deutschen Arbeiterklasse stand, gilt es zunächst eine genaue und zureichende Einschätzung der Lage zu geben.

Die Situation im November 1918 war im hohen Maße revolutionär. Der erste Weltkrieg war für den deutschen Imperialismus in jeder Hinsicht verloren, militärisch, wirtschaftlich, politisch, moralisch und diplomatisch. Es bestand keine Aussicht mehr auf eine neue Konstellation der Kräfte oder auf Hilfe von außen. Die Liquidierung des Kriegszustandes war unaufschiebbar.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hatte den Beweis erbracht, daß auch der Eintritt in das höchste Stadium, in den Monopolkapitalismus, die ihm eigenen Widersprüche nicht zu lösen, sondern nur zu verschärfen vermochte, daß Monopolkapitalismus und Imperialismus verfaulender, sterbender Kapitalismus sind. Die Zuspitzung der Widersprüche erreichte ihren Höhepunkt. Es war ökonomisch eine revolutionäre Situation.

Die ökonomischen Existenzgrundlagen waren in schwere Verwirrung und Zerrüttung geraten, aber nicht völlig vernichtet. Durch den Rückgang der Bodenerträge bis auf 25 bis 30 Prozent, das Fehlen von Arbeitskräften, von Kunstdünger und Maschinen, durch den Lebensmittelwucher und die Anbausabotage der Großgrundbesitzer und Großbauern und schließlich die Unterbindung der Zufuhren ausländischer Nahrungsmittel und Rohstoffe waren die Ernährung und Versorgung der Bevölkerung bedroht. So war beispielsweise in Berlin die monatliche Zahl der Todesfälle weiblicher Personen seit Oktober 1915 von 1079 auf 3136 gestiegen, die Zahl der Todesfälle infolge Lungenkrankung von 205 auf 1752.

Die Klassenstruktur hatte sich grundlegend verändert. Weite Teile der Mittelschichten waren im Kriege proletarisiert worden oder in volle Abhängigkeit vom Monopolkapitalismus geraten. Diese Bevölkerungsschichten waren damals durchaus geneigt, sich mit der organisierten Arbeiterklasse zu verbünden. Die Sympathie gegenüber dem Proletariat, der Haß gegen Kriegsgewinnler, Junker und Bürokratie waren in weiten Kreisen der bürgerlichen Bevölkerung und der Bauernschaft im Wachsen begriffen. Damit war eine empfindliche Schwächung des Klassenfeindes des Proletariats und eine Stärkung seiner eigenen Kräfte eingetreten. Die überwältigende Mehrheit der proletarischen Massen war zu revolutionären Taten bereit.

Die Armee war in Auflösung oder doch bereits stark zersetzt, sympathisierte in weiten Teilen mit der Arbeiterschaft, verlangte Frieden, Freiheit und Brot. Die Situation war günstig. Selbst die Masse der Bauern war von tiefer Unzufriedenheit, ja stellenweise von revolutionärer Gärung erfaßt. Die Möglichkeit der Herstellung eines Bündnisses mit den Bauern sowie mit weiten Kreisen des Mittelstandes war somit gegeben.

Eine Erfüllung der Forderungen und Wünsche der überwältigenden Mehrheit des Volkes durch bürgerliche Maßnahmen war nicht mehr möglich. Die letzten Zugeständnisse in bezug auf Einführung des Parlamentarismus, in bezug auf soziale Verbesserungen vermochten keine Beruhigung, keine Lösung zu erzielen. Alle Maßnahmen, unter Beibehaltung des bisherigen gesellschaftlichen Systems die tiefgreifende Krise zu lösen, erwiesen sich als ungeeignet und erfolglos. Weitergehende, grundstürzende Änderungen waren notwendig geworden. Die Vollendung der 1848 nicht zu Ende geführten bürgerlichen Revolution, die Entmachtung der Junker und die Aufteilung des Großgrundbesitzes, die Herstellung einer wahren Demokratie durch Sicherung des Einflusses der Werktätigen in der Verwaltung, in der Polizei, der Armee, der Justiz, der Schule und die Abrechnung mit den Kriegstreibern, Kriegsgewinnlern und Kriegsverbrechern erschienen auch den Mittelschichten jetzt als das Gebot der Stunde.

Für diese Aufgaben waren jetzt nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch eine Mehrheit ihrer natürlichen Verbündeten zu gewinnen.

Wie wir gesehen haben, hatte die internationale Lage sich durch die Schaffung der Sowjetunion, des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, grundlegend gewandelt. Das immer stärker in Gärung geratende deutsche Volk, dem die völlige militärische Niederlage drohend vor Augen stand, sah sich nicht mehr einer geschlossenen, unerbittlichen Front imperialistischer Siegermächte gegenüber, sondern fand in der Sowjetmacht einen Staat, der allein gegen imperialistische Willkür Schutz und Hilfe bieten konnte. So mußte die russische Oktoberrevolution vielen Deutschen als ein Lichtblick erscheinen. Darüber hinaus bedeutete der Sieg der Bolschewiki eine ungeheure Steigerung des Kampfwillens der deutschen Arbeiterklasse, der nicht zuletzt im Anwachsen der Streikbewegung, die zunehmend politischen Charakter annahm, seinen Ausdruck fand.

Die Zahl der Streikenden betrug:

1915 = 12 000; 1916 = 124 000; 1917 = 651 000; 1918 = 1 304 000. Anfang 1917 brach der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet aus, dem Massenstreiks in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Halle (Leuna-Werke), Braunschweig, Hannover, Dresden usw. folgten. Der Höhepunkt der Streikbewegung war der große Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, der nicht nur den Widerstand gegen die Hungerrationen der Arbeiter ausdrückte, sondern auch eine scharfe Protestaktion gegen den vom deutschen Generalstab dem Sowjetvolk aufgezwungenen Gewaltfrieden von Brest-Litowsk war, und bei dem erstmalig Arbeiterräte gebildet wurden.

Im Verlauf der revolutionären Aktionen des Proletariats im Hinterland kam es an der Front ebenfalls zu Protestbewegungen, die ihren Ausdruck in Befehlsverweigerungen gegenüber den reaktionären Offizieren fanden. Anfang August 1917 brach in Wilhelmshaven eine Meuterei der Matrosen der Kriegsmarine aus. Die ersten Opfer der Revolution wurden die revolutionären Matrosen Max Reichpietsch und Albin Köbis, die zum Tode verurteilt und im September 1917 erschossen wurden.

2. Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse im November 1918

In dieser Situation konnte die historische Aufgabe des deutschen Proletariats nur in folgendem bestehen:

- a) Die Verbindung mit dem internationalen revolutionären Proletariat, besonders mit dem siegreichen Proletariat Sowjetrußlands, mußte hergestellt, gepflegt, ausgebaut und vertieft werden.
- b) Der Krieg mußte liquidiert werden.
- c) Es mußte die Herrschaft der Arbeiterklasse aufgerichtet und im Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften des Bauern- und Bürgertums, besonders mit der fortschrittlichen Intelligenz die sozialistische Entwicklung eingeleitet werden.
- d) Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, mußten die „reaktionären Gewalten“ in Armee, Flotte, Justiz, Polizei und Verwaltung entmachtet und die Kriegstreiber und Kriegsverbrecher bestraft werden.
- e) Die 1848/49 gescheiterte bürgerliche Revolution mußte durch Beseitigung des Junkereinflusses und Durchführung einer Bodenreform zu Ende geführt werden.
- f) Dazu mußten weiterhin das Eigentum an den Produktionsmitteln aufgehoben und Banken, Großbetriebe, Konzerne und Truste in das Eigentum des Volkes übergeführt werden.

Diese Aufgabe ergab sich nicht nur aus der historischen Situation, sondern auch folgerichtig aus den klar aufgezeigten programmatischen Darlegungen der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, besonders den Beschlüssen des Erfurter Programms und des Baseler Kongresses von 1912. Danach übernahm das Proletariat die Pflicht, „für eine rasche Beendigung (des Krieges) einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

Besonderer Wert hätte auf die engste Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit den Arbeiterklassen der anderen Länder und vor allem mit der von der kapitalistischen Herrschaft befreiten Sowjetunion gelegt werden müssen. Dem Bündnis mit den Kräften der internationalen Arbeiterbewegung hätte wiederum ein Bündnis der deutschen Arbeiterklasse mit den Bauern an die Seite gestellt werden müssen. Leider ist die Frage nach der Rolle der Bauernschaft nach der Novemberrevolution in Deutschland viel zu wenig beachtet worden. Es ist schon bezeichnend, daß sich weder in der sozialistischen noch in der bürgerlichen Geschichtsliteratur Material finden läßt, das auch nur eine elementare Vorstellung von der revolutionären Bewegung unter der Bauernschaft geben würde, und das ist nicht zufällig. Die deutsche Sozialdemokratie hatte die notwendige Arbeit unter der Bauernschaft nicht geleistet. Die deutsche Sozialdemokratische Partei, die zur Frage der Diktatur eine durchaus verschwommene, ja sogar ablehnende Haltung eingenommen hatte, stellte auch die Frage nach der Gewinnung der Verbündeten der Arbeiterklasse nicht. Weder die Landarbeiter noch die Bauern erhielten im Zuge der Novemberrevolution Land auf Kosten der Gutsbesitzer. Es war im Gegenteil so, daß den Großgrundbesitzern von sozialdemokratischen Führern ausdrücklich versichert wurde, daß das Eigentum geschützt werde und auch der Großgrundbesitz unantastbar sei.

Aber auch von den Unabhängigen Sozialdemokraten wurde die Frage der Beseitigung des Großgrundbesitzes nie gestellt. Und die Spartakusanhänger, die noch von den Auffassungen Rosa Luxemburgs über die spontane Bewegung breiter Volksmassen erfüllt waren, ignorierten die Bauernbewegung und leisteten keine Arbeit auf dem Lande. So kam es denn, daß die reaktionären Elemente ihre Tätigkeit unter der Bauernschaft fortsetzen konnten und ihren Einfluß auf dem Lande behielten.

In einigen Gegenden Deutschlands hatten die Bauern begonnen, Räte zu bilden und die Frage der Aufteilung des Großgrundbesitzes aufzuwerfen. So erhoben beispielsweise in Oberschwaben die Bauern die Forderung, daß ihnen die großen und zahlreichen Güter der Junker übergeben werden sollten. Diese Forderung wurde von den Ar-

beiter- und Bauernräten unterstützt. Auch die Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel und die revolutionären Organisationen in Hamburg forderten die Enteignung der Gutsbesitzer und die Nationalisierung der Güter. Bauernräte entstanden auch in einer Reihe von Bezirken Schlesiens, Hannovers und der süddeutschen Länder.

Die Revolution wurde vom Landproletariat und von den Bauern durchaus begrüßt. Die jahrzehntelange Unterdrückung durch das Junkertum hatte alle Voraussetzungen für die Herstellung einer gemeinsamen Kampfesführung des bäuerlichen Volksteils mit der Arbeiterklasse geschaffen. Landarbeiter und Bauern hatten das größte Interesse daran, daß die Herrschaft der Junker gebrochen und ihre vielfachen Vorrechte aufgehoben wurden. Die Aufteilung der großen Güter wäre von den Landarbeitern und landarmen Bauern begrüßt und mit allen Kräften unterstützt worden. Leider war es so, daß diese Grundlagen für die Entfaltung einer fortschrittlichen Bauernbewegung, die zu einem echten Bündnis der Bauernschaft mit der Arbeiterklasse hätte führen können, von den fortschrittlichen Elementen völlig unausgenutzt blieben. Die Bauernschaft erhielt von den revolutionären Kräften der Arbeiterklasse nicht nur keine Unterstützung, sondern die Führung der Sozialdemokratie tat alles, was die Entfaltung einer fortschrittlichen Bauernbewegung schon im Keime ersticken mußte.

VII. KAPITEL

Der Kampf um die Durchführung der Revolution

1. Die Rolle der Räte in der Revolution

Nach dem Matrosenaufstand in Kiel, am 3. November 1918, hatten sich überall in den größeren Städten, am 9. November auch in Berlin, vielfach sogar auf dem Lande, nach dem Vorbild in Sowjetrußland Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.

Da nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch breite Schichten der durch den Krieg schwer beimgesuchten Kleinbürger, stellenweise auch

Bauern, vor allem aber Soldaten zur Bildung von Räten schritten, brachte damit die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck, daß sie die alten Macht- und Rechtsverhältnisse des zusammenbrechenden Staates nicht mehr anerkannte, ihre Machtorgane nicht mehr respektierte. Da der Bildung von Räten und auch ihren ersten Maßnahmen nirgends ein beachtlicher Widerstand entgegengesetzt wurde, erwies sich, daß tatsächlich in den Novembertagen die Macht in den Händen der Räte lag. Die entscheidende Frage war jetzt, ob es gelingen würde, die Räte zu wirklich arbeitsfähigen, revolutionären Machtorganen des Volkes auszubauen, die imstande waren, die von der Geschichte gestellten Aufgaben durchzuführen.

Die Entscheidung darüber hing davon ab, welche Menschen in diese Räte gewählt wurden und wie sie von den Führern der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften beraten, geleitet und gelenkt wurden.

Da die Mehrheitssozialisten den Massen überall ihre routinierten und rednerisch geschulten Funktionäre als Kandidaten für die Räte empfahlen, wurden in der Mehrzahl reformistische, opportunistische und revisionistisch eingestellte Vertreter in die Räte gewählt, also Leute, die sich nicht für den Ausbau, sondern, wie sich bald herausstellte, für die baldige Beseitigung der Räte einsetzten. In zahllosen Fällen gelangten Leute ohne jedes Verständnis und Interesse für politische Fragen lediglich deshalb in die Räte, weil sie am lautesten über die Schieber und Kriegsgewinnler oder über mißliebige Vorgesetzte gewettert hatten. Das galt in noch höherem Maße für die Soldatenräte, vor allem für die Berlins.

Die Millionen Soldaten waren nur zu einem geringen Bruchteil ziel- und klassenbewußte Proletarier; die Masse stand noch vollständig im Banne der bürgerlichen Ideologie und zu einem erheblichen Teile unter dem Einfluß des alten, jedem proletarischen Empfinden abgeneigten Offizierkorps.¹

So waren in den aus der Revolution geborenen Organen nicht die Vorkämpfer der Revolution, sondern die Feinde der Revolution, die Freunde der Reform in der Überzahl.

¹ Vgl. Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Bd. II, S. 41 ff.

Trotz dieser buntgewürfelten Zusammensetzung der Räte wäre es, wenn eine Partei vorhanden gewesen wäre, die durch Stärkung der revolutionären proletarischen Elemente über die Kraft verfügt hätte, möglich gewesen, ihre Macht zu festigen und richtig zu gebrauchen.

Vom 16. bis 21. Dezember 1918 fand in Berlin der Reichsrätekongreß statt. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei bemühte sich nach Kräften darum, die Mehrheit auf dem Kongreß zu erhalten und die Wahl der Führer des Spartakusbundes Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Delegierte zum Rätekongreß zu Fall zu bringen. Sie nützte dafür den Staatsapparat und die Gewerkschaften sowie ihren Einfluß auf die Massen aus. Dabei kam den sozialdemokratischen Führern die Schwäche des Spartakusbundes gut zustatten. Auf dem Rätekongreß waren als Delegierte vertreten:

- 288 Sozialdemokraten,
- 87 Unabhängige Sozialdemokraten,
- 47 Demokraten,
- 27 Soldaten, die keiner Fraktion angehörten,
- 11 Angehörige der Gruppe der Vereinigten Arbeiter- und Soldaten und
- 25 Parteilose.

Als bekanntere Vertreter des Spartakusbundes gehörten Fritz Heckert und Eugen Leviné dem Rätekongreß an. Der Vorschlag, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit beratender Stimme zum Kongreß einzuladen, wurde abgelehnt.

Während der ersten Sitzung des Kongresses organisierte der Spartakusbund eine große Demonstration, an der sich mehr als 250 000 Personen beteiligten. Eine Delegation der Demonstranten verkündete von der Tribüne des Kongresses folgende Forderungen:

1. Erklärung Deutschlands zur einheitlichen sozialistischen Republik;
2. alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten;
3. unverzügliche Entwaffnung der Konterrevolution und Bewaffnung der Arbeiterklasse.

Entgegen diesen Forderungen des Spartakusbundes entschloß sich der Kongreß zur Liquidierung der Räte. Es wurde der Beschluß ge-

faßt, die vollziehende und gesetzgebende Macht der Regierung der Volksbeauftragten zu übergeben. Der Beschluß über die beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Kongreß wählte einen Zentralrat, dem nur rechte Sozialdemokraten angehörten. Praktisch kam die Beschlußfassung des Rätekongresses einem Todesstoß für das Räteystem gleich und bedeutete die Wegbereitung für den bürgerlichen Parlamentarismus und damit für die Konterrevolution.

Der Spartakusbund hatte bereits am 1. Oktober 1918 in durchaus richtiger Einschätzung der Lage folgende Forderungen erhoben: Säuberung des gesamten Beamtenapparates, Enteignung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke und Hütten und des Großgrundbesitzes, Abschaffung der Einzelstaaten und Dynastien.

Als unter dem Druck des Generalstreiks in Berlin die Republik ausgerufen wurde, forderte der Spartakusbund in seinem Programm vom 10. November 1918 unter anderem: Bewaffnung des Volkes, Übernahme sämtlicher militärischer und ziviler Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates, Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichsarbeiter- und Soldatenrates.

Für die Verwirklichung dieser Forderungen kam es aber darauf an, nicht nur ausreichende agitatorische, sondern in erster Linie organisatorische Kraft aufzubringen. Der Spartakusbund hatte bisher durch die leidenschaftlich betriebene Agitation und Propaganda nur begeisterte Hörer und Leser, Demonstranten und Streikende in den Massen mobilisiert. Er kannte die meisten seiner Anhänger aber nicht im einzelnen, wußte nichts über ihre besonderen Vorzüge und Fähigkeiten, Fehler und Schwächen. Die hätten nur erkannt und entwickelt werden können in langer, beharrlicher, hingebender Organisationsarbeit. Gerade die jedoch hatte der Spartakusbund unterschätzt und vernachlässigt. Die großen Aufgaben aber riefen jetzt nach Menschen, die in den Räten auf den verschiedensten Gebieten an ihrer Durchführung arbeiten sollten. Von der organisatorischen Verbindung mit diesen Menschen; ihrer planmäßigen Leitung und Lenkung, ihrer Zusammenfassung und Einspannung auf die jeweils notwendigen Teil-

aufgaben, von der Festigung und Vertiefung ihrer revolutionären Gesinnung und Erkenntnis, von der Stärkung ihrer revolutionären Kampfbereitschaft hing es jetzt ab, ob der Spartakusbund die erfolgreiche Führung der Revolution werde übernehmen können. Für den Spartakusbund war es schwer, ja unmöglich, jetzt in der stürmisch, erregten Zeit das nachzuholen, was er in Jahren versäumt hatte. Auf Grund seiner zahlenmäßigen Schwäche, der fehlenden organisatorischen Verbindung mit den Massen und der Verständnislosigkeit gegenüber den Bauern war er deshalb nicht in der Lage, entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung und die Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte zu gewinnen.

Die Mehrheitssozialisten legten alles darauf an, die Räte an der Ausübung ihrer Tätigkeit zu hindern, ihre Befugnisse einzuschränken, sie zu bloßen Kontrollorganen zu degradieren und ihre Bedeutung sowie ihr Ansehen in den Augen des Volkes herabzusetzen und sie so schnell wie möglich zu beseitigen. Soweit sie sich der Räte bedienten, geschah es nur zu dem Zweck, den Einfluß der Spartakusanhänger auszuschalten und den der USPD einzudämmen.

Die Unabhängigen zeigten eine unterschiedliche Haltung gegenüber den Räten. Nicht wenige setzten sich mit den Spartakusanhängern dafür ein, daß die Machtbefugnisse der Räte erweitert und ihnen die Durchführung der entscheidenden revolutionären Aufgaben übertragen werden sollten. Andererseits hielten viele, darunter die einflußreichsten, zu Kautsky, der schon in der kurz vor der Revolution erschienenen Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ das russische Räteystem abgelehnt hatte und die Räte jetzt nur als Übergangserscheinungen gelten lassen wollte, die möglichst schnell nach Einberufung einer Nationalversammlung beseitigt werden sollten.

So ergab sich folgender Widerspruch: Der Spartakusbund, der am klarsten die Aufgaben erkannte, erwies sich als unfähig, sie durchzuführen, da ihm dazu alle organisatorischen Voraussetzungen, die ideologische Klarheit und die breite Resonanz in den Massen fehlten. Die Führer der SPD und Gewerkschaften und auch manche Führer der USPD dagegen, denen die machtvollen Organisationsapparate zur Verfügung standen, die von den Massen geradezu zur Erfüllung der

revolutionären Aufgaben gedrängt wurden, hatten keinen Blick für die Notwendigkeiten oder beurteilten sie falsch und scheuten die Revolution, ja, sie hatten die Millionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits im November 1918 durch die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum für das „friedliche Wirtschaftsabkommen“ gebunden und gefesselt.

Es war unausbleiblich, daß die Räte, die unter dem Einfluß solcher Gewerkschaften und Parteien gebildet, von solchen Parteiführern beraten wurden, dazu von politisch meist sehr unklaren und unreifen Elementen durchsetzt waren, ihre revolutionären Aufgaben nicht begriffen, daß sie sich nicht aufraffen konnten, die alten kaiserlichen Beamten aus der Verwaltung zu vertreiben, die Schulen, die Justiz von den reaktionären Elementen zu säubern, die Junker und Offiziere ihrer Macht zu entkleiden und die Kriegsverbrecher zu bestrafen. Sie verloren sich in kleinliche, lächerliche Plackereien und Streitigkeiten und trugen oft mehr zur Hemmung und Diskreditierung der Revolution als zu deren Weiterführung bei.

Die Lektüre der Verhandlungsprotokolle vermittelt uns ein erstaunliches Maß von Unentschlossenheit und Unkenntnis der entscheidenden Probleme der Revolution. In der Frage der Sozialisierung vertrat *Max Cohen*, einer der führenden Wirtschaftsexperten der SPD, in Gemeinschaft mit *Rudolf Hilferding*, der damals der USPD angehörte, den Standpunkt:

„Wenn die Produktion stockt, wie bei uns, wenn weder Rohstoffe noch Betriebe vorhanden sind, ja, was soll man denn da eigentlich sozialisieren? Da ist *das plötzliche Sozialisieren der helle Wahnsinn*, da gibt es gar nichts zu sozialisieren! ... Wenn wir ... *volle Läger*, wenn wir Lebensmittel hätten, gäbe es ... niemand, der nicht bereit wäre, einige *Experimente* zu machen.“¹

Als schließlich die Frage der Friedensregelung und der Sozialisierung auf der Tagesordnung standen, beantragte die SPD, beide Punkte von der Tagesordnung abzusetzen, und *Karl Severing* erklärte dazu:

¹ Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, S. 109.

„Ich habe deshalb an den Genossen Geyer, den Vorsitzenden der Fraktion der USPD, die Anfrage gerichtet, ob seine Fraktion damit einverstanden sei, die beiden genannten Punkte von der Tagesordnung abzusetzen. Genosse Geyer erklärte nicht nur seine Zustimmung, sondern fügte noch hinzu, daß nach seiner Kenntnis der Dinge auch der Berichterstatter zur Sozialisierung“, das war Hilferding, „nicht gram darüber sein würde, wenn er auf sein Referat verzichten müßte.“¹

Damit erlitt die Sozialisierung in der Räteversammlung ein Begräbnis erster Klasse, und man kann wohl sagen, daß *Ernst Däumig* von der USPD recht hatte, als er das Räteparlament mit den Worten kennzeichnete:

„Kein Revolutionsparlament der Geschichte hat einen so nüchternen, hausbackenen, ja, ich sage philiströsen Geist aufzuweisen, wie dieses erste Revolutionsparlament, das hier zusammengetreten ist ... Auf den Staatsgebäuden flattern noch die Farben des alten Systems ... und darüber ein armseliges rotes Wimpelchen.“²

Aber selbst das rote Wimpelchen verschwand bald und aus der Räteversammlung wurde eine armselige Redeversammlung.

Gewiß hat es nicht an Beispielen gefehlt, wo zielklare, klassenbewußte Arbeiter die Räte zu entschlossenem revolutionärem Handeln fortrissen. So wurden zum Beispiel in Bremen alle militaristischen Lehrer aus den Schulen, alle reaktionären Elemente aus der Polizei entfernt und eine „Rote Garde“ gebildet. Auch in Braunschweig wurden eine „Rote Garde“ gebildet, die herzoglichen Güter als Eigentum des Volkes erklärt und die Gerichte von Reaktionären gesäubert.

Das 1. Räteparlament der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am 10. November im Zirkus Busch war noch von revolutionärem Geist erfüllt, obgleich die Mehrheitssozialisten alles darauf angelegt hatten, mit Hilfe der unpolitischen oder politisch sehr unklaren Soldatenvertreter den Einfluß der revolutionären Obleute, der Organisatoren der großen Streiks im Kriege, zurückzudrängen. Einstimmig wurde eine Proklamation angenommen, in der die Arbeiter- und Soldatenräte als Träger der politischen Macht erklärt, die Notwendigkeit und Möglichkeit einer raschen und konsequenten Vergesellschaftung der Pro-

¹ Ebenda, S. 173.

² Ebenda, S. 113/114.

duktionsmittel festgestellt und die Bewunderung für die sowjetrussischen Revolutionäre, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, zum Ausdruck gebracht wurden.

Auf dieser Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte wurde aber auch bereits deutlich, daß die führenden Sozialdemokraten die Absicht hatten, sich bei ihrer Politik nicht auf die Räte, sondern auf andere, nichtproletarische Kräfte zu stützen, daß sie sich ihren Einfluß auf die Räte nur deshalb sichern wollten, um sie daran zu hindern, eine revolutionäre Tätigkeit zu entfalten.

Deshalb setzten sie mit Hilfe der zu wüsten Lärmkundgebungen aufgeputschten Soldatenvertreter durch, daß die revolutionären Obleute, die ehemaligen Organisatoren der großen revolutionären Streiks, nach anfänglicher Weigerung sich damit abfanden, daß in den Aktionsausschuß der Räte, den sogenannten Vollzugsrat, auch Mehrheitssozialisten gewählt wurden, also Männer, die noch bis kurz vor Ausbruch der Revolution jede Streikbewegung heftig bekämpft hatten. Dieser widerspruchsvollen Zusammensetzung des Vollzugsrates entsprach denn auch seine widerspruchsvolle, unklare und schwankende Haltung gegenüber der Kernfrage der Revolution, nämlich der Frage, ob die Arbeiterklasse die ihr zugefallene Macht festhalten und mit ihrer Hilfe die Revolution weiterführen, oder ob sie diese Macht in die Hände einer vorschnell einberufenen Nationalversammlung legen sollte, die, aus allen Schichten des Volkes gewählt, darüber zu entscheiden hätte, ob und wie weit der Weg der Revolution oder der bürgerlichen Reformen beschritten werden sollte. In einer EntschlieÙung vom 16. November 1918 sprach sich der Vollzugsrat gegen eine konstituierende Nationalversammlung aus, forderte aber gleichzeitig, daß der von dem einzuberufenden Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auszuarbeitende Verfassungsentwurf einer konstituierenden Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte.

Die Übertragung der wichtigsten Entscheidungen auf die beschleunigt einzuberufende Nationalversammlung bedeutete zugleich, daß bis dahin alle entscheidenden Maßnahmen zurückzustellen wären, und daß die Räte sich auf kontrollierende Tätigkeit beschränken sollten.

2. Die Möglichkeiten einer Weiterführung der Revolution mit Hilfe der Räte

Im ganzen gesehen zeigte jedoch auch dieses erste größere und bedeutsame Räteparlament in Berlin, daß in den Massen starke revolutionäre Energien vorhanden waren, daß die Räte delegierten von revolutionärer Begeisterung erfüllt waren und diese trotz planmäßiger Irreführung und Verleitung zu schweren taktischen Fehlern und zur Preisgabe ihrer Machtbefugnisse bekundeten. Die Möglichkeit einer Erstarkung und Aktivierung der Räte war auch dadurch gegeben, daß die bisher herrschenden Klassen in den ersten Novembertagen zu keinem ernsthaften Widerstande entschlossen und fähig waren. Die bürgerlichen Parteien suchten unter Änderung ihrer Namen und unter geschickter Anpassung ihrer programmatischen Forderungen an die veränderten Machtverhältnisse sich als Volksparteien auszugeben und die Uneinigkeit der Arbeiterparteien für ihre revolutionsfeindlichen Ziele auszunützen. Sie wußten, daß sie selber in der gegebenen Situation nicht stark genug waren, daß ihre Autorität und Resonanz im Volke nicht ausreichten, um die Revolution aufzuhalten, sie erhofften darum alles von dem Zwiespalt in der Arbeiterklasse, insbesondere von den ihnen wohlbekannten opportunistischen und reformistischen Tendenzen in den ausschlaggebenden Schichten der SPD und der Gewerkschaften. Sie begriffen, daß nur diese selber der Revolution den Todesstoß versetzen könnten. Darum nahmen sie den Räten gegenüber eine zwar kritische, ablehnende Haltung ein, fügten sich aber ihren Anordnungen und beschränkten sich auf theoretische und polemische Angriffe.

Auch von den Mächten der Entente drohte zunächst keine ernste Gefahr für die Entwicklung der Räte. Die Besorgnis, daß die revolutionäre Bewegung die eigenen Völker erfassen könnte, hielt sie zurück, ihre Armeen tiefer in das deutsche Land hineinzusenden und sich in die innerpolitischen Angelegenheiten einzumischen. Der Streit um die koloniale Beute, um die Vorherrschaft in den neuen Erdölgebieten, die Berücksichtigung der Machtverschiebungen innerhalb des Imperialismus, die Erstarkung der Dominien, der USA und Japans drängten das Interesse an der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands vorläufig

in den Hintergrund. Die Weigerung des englischen Admirals Beatty am 19. November 1918, mit Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhandeln, stellte einen Ausnahmefall dar, bei dem es sich um eine rein persönliche Entscheidung handelte, die sich nicht auf innenpolitische Fragen bezog, sondern die Auslieferung von deutschen Kriegsschiffen betraf.

Die faktische Anerkennung der provisorischen Regierung der sogenannten Volksbeauftragten, die am 10. November gebildet und von der Räteversammlung im Zirkus Busch bestätigt worden war, durch die Siegermächte, das Unterlassen jeden Einspruchs gegen deren Tätigkeit und Beauftragte, bedeutete zugleich auch die Anerkennung der Räte, mindestens aber ihre vorläufige Duldung.

Andererseits unterliegt es keinem Zweifel, daß die von diesen Volksbeauftragten am 12. November 1918 mit Gesetzeskraft verkündeten sozialen und demokratischen Verbesserungen nur deshalb möglich waren, weil überall in den Betrieben und Kasernen und in der Verwaltung die errichteten Räte die Durchführung überwachten und gegen Verstöße vorgingen.

Was die deutsche Revolution 1918 überhaupt dem Volke an sozialen und demokratischen Errungenschaften bescherte, ist ausnahmslos im November 1918 durch die ersten Maßnahmen der provisorischen Regierung, des Rates der Volksbeauftragten, in jenen Tagen entstanden, in denen die Räte als die einzigen Träger der Macht und als Organe des Willens der Werktätigen noch aktions- und ausbaufähig waren und die reaktionären Mächte, die Ordnungstruppen und ihre Offiziere, der Regierung noch keinen Rückhalt boten und auch noch nicht die geringsten Wirkungsmöglichkeiten besaßen, wenngleich die Führer der Mehrheitssozialisten um ihre Hilfe bereits nachgesucht hatten.

Diese Errungenschaften waren immerhin von Bedeutung und bestanden unter anderem in der Beseitigung der Monarchie, in der Aufhebung der Gesindeordnung, der Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter, der Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Zensur, in der Einführung des Achtstundentages ab 1. Januar 1919, in der Unterstützung der Erwerbslosen, in der Einführung des Frauen-

stimmrechtes und des Verhältniswahlsystems sowie in der Einführung von Betriebsvertretungen.

In diesen Maßnahmen drückte sich das Bestreben aus, die bürgerlichen Freiheiten und sozialen Forderungen, die schon 1848 hätten erkämpft werden müssen, jetzt zu verwirklichen. In Erfüllung dieses Strebens hätte durch Enteignung des Großgrundbesitzes, Demokratisierung der Verwaltung, der Schule, der Armee die damals unvollendete bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt werden müssen. Dies war zwar durchaus möglich, die Räte waren dazu aber nicht mehr fähig.

Die ersten Wahlen nach dem 9. November in Mecklenburg-Strelitz, in Anhalt und in Braunschweig brachten überwältigende Siege der sozialistischen Parteien.

Diese Erfolge hatten die sozialistischen Parteien nur erringen können, weil sie in den Massen die Überzeugung geweckt hatten, daß sie die Revolution weiterführen würden. Nur dadurch waren damals die Massen zu gewinnen. Deshalb gaben sich auch die Gegner der Revolution durch hochtrabende Phrasen einen revolutionären Anstrich. Selbst die Zentrumspartei ließ verlauten, daß sie mit der Durchführung einer Bodenreform einverstanden sei.

Es bedurfte nur einer revolutionären proletarischen Kampfpartei, die nach dem Vorbild der Bolschewiki das Banner der Revolution ergriffen und die durchaus kampfbereiten Massen mitgerissen hätte.

Im Gegensatz zu den meisten der damals führenden sozialdemokratischen Funktionäre, die die Möglichkeit eines Sieges der Revolution bestritten, hat *Noske* diese Möglichkeit zugegeben.

Er schreibt in seinen jetzt nach seinem Tode veröffentlichten Erinnerungen:

„Von Kiel aus wäre, wenn ich die rote Sturmflagge ergriffen und vorangetragen hätte, eine Flut über Deutschland hinweggebraust, deren Ausmaß man sich heute kaum ausdenken kann.“¹

¹ Gustav Noske, „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“, Offenbach—Main 1947, S. 71.

Läßt man diese maßlose Selbstüberschätzung Noskes außer Betracht, so bringt diese Äußerung doch die Möglichkeiten klar zum Ausdruck, die damals in Deutschland für eine revolutionär-sozialistische Partei gegeben waren.

Noske brüstet sich in seinen Erinnerungen jedoch:

„Statt dessen schuf ich das Instrument, mit dem der Bolschewismus niedergeschlagen wurde.“¹

3. Die Niederringung der Räte

Noske konnte diese konterrevolutionäre Rolle nur übernehmen, weil die führenden Mehrheitssozialisten von vornherein entschlossen waren, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Revolution über den Sturz der Monarchie hinaus weitergeführt wurde. Nicht der Weg der Revolution, sondern der der Reformen sollte beschritten werden. Die Zusammenarbeit auch mit den reaktionären Kräften wäre notwendig. Die Staatsmacht könnte diese als Stützen nicht entbehren. Die Räte dagegen böten keine tragfähigen Grundlagen, sie wären zu beseitigen.

So kam es, wie aus dem Zeugnis des Generals Groener im Dolchstoßprozeß hervorgeht, zu einem förmlichen Bündnis zwischen dem alten Generalstab und den führenden Mehrheitssozialisten.

Groener erklärte:

„Wir haben uns verbündet zum Kampf gegen den Bolschewismus... Ich habe ihm (Hindenburg) vorgeschlagen, die Oberste Heeresleitung möge sich mit der Mehrheitssozialdemokratie verbünden, da es zur Zeit keine Partei gebe, die Einfluß genug hätte, im Volke, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der O.H.L. wieder herzustellen... Das erste war, daß wir uns jeweils abends zwischen 11 und 1 Uhr telefonisch vom Hauptquartier mit der Reichskanzlei (mit Ebert, Scheidemann) auf einem Geheimdraht verständigten. Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant, zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren... Die Unabhängigen forderten, daß die Truppen ohne Munition einrücken. Ebert hat zugestimmt, daß

¹ Ebenda, S. 72.

sie mit scharfer Munition einrücken. Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das nach dem Einmarsch eine Säuberung Berlins von den Spartakisten vorsah. Das war auch mit Ebert besprochen, dem ich ganz besonders dankbar bin wegen seiner absoluten Vaterlandsliebe... Ich habe ihn auch überall verteidigt, wo er angegriffen wurde.“¹

Dieses Zeugnis ist zugleich eine Bestätigung der unbestreitbaren Tatsache, daß nicht die geringste Veranlassung vorlag, die Truppen deshalb nach Berlin zu rufen, um, wie man später erklärte, den allgemeinen Unruhen und blutigen Straßenkämpfen ein Ende zu bereiten. In Wirklichkeit war die Revolution überraschend schnell und fast ohne Blutvergießen verlaufen. Die Zeit der Ausschreitungen, Terrorakte und bewaffneten Demonstrationen brach vielmehr erst an, als die Truppen eingerückt waren. Weil der Opportunismus die Mehrheitssozialdemokratie beherrschte, weil sie seit dem Erfurter Programm von 1891, also 30 Jahre, eine falsche Politik getrieben hatte, erfüllte sich in tragischer und erschütternder Weise das scherische Wort von *Marx* und *Engels*, daß diese 1879 in ihrem Zirkularbrief über Eduard Bernstein schrieben:

„Wenn Berlin wieder einmal so ungebildet sein sollte, einen 18. März zu machen, so müssen die Sozialdemokraten, statt als ‚barrikadensüchtige Lumpen‘ am Kampf teilzunehmen, vielmehr den ‚Weg der Gesetzmäßigkeit beschreiten‘, abwiegeln, die Barrikaden wegräumen und nötigenfalls mit dem herrlichen Kriegsheer gegen die einseitigen, rohen, ungebildeten Massen marschieren.“²

Wahrscheinlich haben *Marx* und *Engels* es selbst nicht für möglich gehalten, daß Sozialisten wenige Jahrzehnte später alles tun würden, um diese Voraussage zur geschichtlichen Tatsache werden zu lassen.

Gestützt auf das Bündnis mit der Generalität und mit reaktionär eingestellten Truppen eröffneten die Führer der Mehrheitssozialisten vom ersten Tage an den schärfsten Kampf gegen die Räte und damit gegen die Revolution. Sie begründeten die Notwendigkeit dieses Kampfes mit der unwahren Behauptung aller Konterrevolutionäre,

¹ Groener im Dolchstoßprozeß, Oktober 1925, in Fröhlich-Schreiner, „Die deutsche Sozialdemokratie“, S. 49.

² Karl Marx und Friedrich Engels, „Ausgewählte Schriften“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 452.

die „Ruhe und Ordnung“ sei gefährdet und müsse wiederhergestellt werden. Die Lösung sei damit schnelle Beendigung der Revolution, schnellste Einberufung der Konstituante. In einer Flux von Reden, Presseartikeln und Flugblättern hämmerte man dem Volke ein:

„Wer die Konstituante verhindert oder hinauszögert, bringe das Volk um Frieden, Freiheit und Brot, verhindere die Sozialisierung, entfessele den Bürgerkrieg, gefährde die Einheit und provoziere den Einmarsch der Entente-Truppen.“¹

Mit Anwendung aller demagogischen Mittel, mit Lügen und Verdächtigungen wurden die Räte in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse sowie in massenhaft verbreiteten, aus öffentlichen Mitteln bezahlten Flugblättern in den Augen des Volkes herabgesetzt.

So scheute sich der „Vorwärts“ nicht, die von der Not geplagten Massen am 2. Dezember 1918 mit folgender Schwindelmeldung irreführen und aufzupeitschen:

„Wie die P.P.N. von vertrauenswürdiger Seite hören, haben die Arbeiter- und Soldatenräte in den ersten 14 Tagen ihrer Bestanden einen Finanzbedarf von 800 Millionen gehabt.“²

Die beabsichtigte Wirkung war, daß in der bürgerlichen Presse eine wüste Hetze gegen die Soldatenräte, die angeblich schleimten und praßten und sich persönlich bereicherten, entfacht wurde. Das Skandalöse lag darin, daß der „Vorwärts“ verschwieg, daß der erwähnte „Finanzbedarf“ gar nicht die persönlichen Ausgaben der Räte, sondern die Kosten der Demobilisation, Marschgelder für zu entlassende Truppen, Lohnerhöhung für Truppen, vor allem auch die Ausgaben für den „Grenzschutz“ betrafen. Dieser wurde damals gerade von den Volksbeauftragten zugelassen und unterstützt, um das Übergreifen der revolutionären Bewegung aus Sowjetrußland auf Deutschland abzuwehren.

Doch beschränkte man sich nicht auf solche und ähnliche Falschmeldungen. Zielbewußt wurden die Wirkungsmöglichkeiten der Räte eingeeengt. Bereits am 12. November wurde die Oberste Heeresleitung durch die Volksbeauftragten, einschließlich der Unabhängigen, auf-

¹ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Bd. II, S. 87f.

² Ebenda, S. 123.

gefordert, anzuordnen, daß das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bestehen bliebe. Ausdrücklich verlangte man in diesem Erlaß von den Soldaten „willige Unterordnung“ und „unbedingten Gehorsam“ gegenüber den Offizieren, also gegenüber den gefährlichsten Vertretern der Reaktion. Nicht einmal eine Säuberung oder Überprüfung des reaktionärsten Offizierkorps der Welt wurde in Erwägung gezogen. Am 13. November beschloß der Vollzugsrat, die Bildung einer revolutionären Kampforganisation, einer sogenannten „Roten Garde“, vorläufig zurückzustellen.

Am 19. November wurden die Räte zu bloßen Kontrollorganen erklärt, am 23. November verfügte der aus SPD und USPD zusammengesetzte Vollzugsrat:

„Diese Arbeiter- und Soldatenräte ... haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Eingriffes in die Verwaltung zu enthalten.“¹

In zunehmendem Maße wurden schließlich Truppen nach Berlin gezogen und die revolutionäre Arbeiterschaft durch die Provokationen derselben aufs höchste gereizt, bis es dann am 6. Dezember zu der Verhaftung des Vollzugsrates durch die Truppen und zur Sprengung eines unbewaffneten Demonstrationszuges des Spartakusbundes durch Maschinengewehrfeuer kam. Damit wurde von den Gegnern der Revolution der Anstoß zu den nun folgenden, immer wieder aufs neue provozierten blutigen Kämpfen um die Revolution — nicht nur in Berlin — gegeben. Konterrevolutionäre Anschläge und Putsche fanden am gleichen Tage und anschließend nach offenbar einheitlichem Plan in verschiedenen Städten statt.

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Räte wurde es, daß auf der 1. Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 in Berlin die reformistisch und opportunistisch eingestellte Mehrheit der Räte auf Antrag Lüdemanns, nach dem zweiten Weltkrieg Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung zum 19. Januar 1919 beschloß.

¹ Ebenda, S. 255.

Die Räte hatten damit faktisch ihr eigenes Todesurteil ausgesprochen, hatten den Weg zur revolutionären Lösung der von der Geschichte gestellten Aufgaben endgültig verbaut. Die demokratische Neuordnung der Machtverhältnisse in der Landwirtschaft und in der Industrie im Interesse der Bauern und der übrigen Werktätigen, die Säuberung der Armee, der Polizei, Verwaltung, Justiz und Schule von allen reaktionären Gewalten hätten nur von den entschlossenen revolutionären Elementen innerhalb der Werktätigen unter Führung der marxistisch geschulten Arbeiterpartei durchgeführt werden können. Die Lösung dieser Aufgaben von der Nationalversammlung zu erwarten, bedeutete die völlige Ignorierung der entscheidenden Tatsache, daß die Wahlen zu dieser Versammlung jetzt unter dem ungebrochenen Einfluß der reaktionären Mächte erfolgen mußten, die nicht vernichtet, sondern durch die antirevolutionäre Haltung der Sozialdemokratie neu gestärkt worden waren. Es bedeutete, daß man die ideologische und politische Unklarheit, die nicht beseitigte finanzielle und soziale Abhängigkeit breiter Bevölkerungskreise von der Reaktion unterschätzte, daß man sich dem Wahn hingab, eine etwa durch Stimmzettel besiegte Reaktion, die sich im Besitz aller finanziellen und militärischen Machtmittel befand, würde diese Niederlage hinnehmen, ohne sich durch rücksichtslosen Einsatz aller Waffen dagegen zu wehren.

Die Einberufung der Nationalversammlung vor der Entmachtung der kaiserlichen Generale und Geheimräte, der Junker und Monopolkapitalisten bedeutete Verzicht auf den Vollzug der bürgerlich-demokratischen Revolution, bedeutete Zerstörung der Grundlagen, auf denen eine Weiterführung zur sozialistischen Revolution hätte erfolgen können. Die Revolution war damit zum Stillstand gekommen, noch ehe sie sich voll entfaltet und entscheidende Erfolge errungen hatte.

Die unmittelbaren Auswirkungen waren die Festigung des praktischen Bündnisses zwischen der Sozialdemokratie und den reaktionären Kräften und die Vertiefung und Verschärfung der Spaltung der Arbeiterklasse. Die Verdrängung der Unabhängigen aus der Regierung, die blutigen Kämpfe im Dezember und im Januar, der Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zeigen, daß man in der Wahl der Mittel

zur Niederdrückung der revolutionären Arbeiter immer skrupelloser wird, daß man vor viehischem feigem Meuchelmord nicht zurückschreckt, beweisen, daß nicht Ruhe und Ordnung, sondern Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft das Ziel ist. Und von den dann folgenden Märzkämpfen muß selbst *Hermann Müller*, der spätere sozialdemokratische Reichskanzler, gestehen:

„So hat der Berliner Märzputsch mehr Menschenblut gekostet als alle vorausgegangenen Unruhen.“¹

Auch die anderen Prophezeiungen und Erwartungen der Mehrheitssozialisten erfüllten sich nicht. In die Nationalversammlung wurden 211 Vertreter der bürgerlichen und nur 182 Vertreter der sozialistischen Parteien gewählt. Die Sozialisierung marschierte nicht, sie gelangte nicht einmal in Startstellung. Die Sozialisierungskommission fand am 9. April 1919 durch freiwilligen Rücktritt ein frühes Grab. Die Entente beantwortete die Milderungsgesuche mit dem imperialistischen Gewaltfrieden von Versailles. Die Reaktion aber erhob frecher denn je ihr Haupt und wappnete sich für den Vernichtungskampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung.

So vermochte die deutsche Arbeiterklasse die ihr durch die Novemberrevolution und die dieser folgenden politischen Ereignisse gestellten Aufgaben nicht zu lösen, weil ihr die stahlharte bolschewistische Führung, die revolutionär-sozialistische, im Geiste des Marxismus-Leninismus erzogene Partei fehlten, weil sie insbesondere keine marxistisch-leninistische Orientierung über den Staat und seine politisch-gesellschaftliche Funktion besaß.

Am 4. August wurden unter dem verhängnisvollen Einfluß der sozialverräterischen Führung die Klasseninteressen des Proletariats und die wahren Interessen des deutschen Volkes dem „Burgfrieden“ geopfert, und Deutschland versank in ein Meer von Blut und Tränen.

Am 9. November 1918 triumphierten „Ruhe und Ordnung“ über die Klasseninteressen des Proletariats und seinen revolutionären Auftrag. Das Ergebnis war die Nationalversammlung von Weimar.

Am 19. Januar 1919 vertraute die Mehrheit der deutschen Arbeiter-

¹ Hermann Müller, „Die November-Revolution“, Berlin 1928, S. 285.

Klasse — den Parolen der opportunistischen Führung folgend — dem Wahnsinn der formalen, bürgerlichen Demokratie, geriet in den Wirbel der Koalitionspolitik und endete im Blutmeer des Faschismus.

Drei historische Fehlentscheidungen, die sich verhängnisvoll auswirkten.

VIII. KAPITEL

Ihr Auswirkungen der Fehler und Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung in der Revolution

Die Ursachen für die Fehler und Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung sind nicht in erster Linie in den zahlreichen Fehlentscheidungen, Unterlassungen und Irrtümern zu suchen, die bei den Führern der Parteien der deutschen Arbeiterklasse im November und Dezember 1918 festgestellt werden können. Sie liegen vielmehr in den Schwächen und Grundfehlern, die sich in der geschichtlichen Entwicklung — besonders im Zeitalter des Imperialismus — herausbildeten, von der Mehrzahl der verantwortlichen Führer aber nicht erkannt, nicht genügend beachtet und nicht mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit bekämpft und ausgeremert wurden. Diese Fehler und Schwächen mußten sich in der historischen Stunde, die die deutsche Arbeiterklasse vor die folgenschwerste Entscheidung stellte, verhängnisvoll auswirken. Überprüfen wir daraufhin die SPD und den ihr nahestehenden rechten Flügel der USPD.

1. Die Auswirkung des Reformismus in der Novemberrevolution

Aus der grundsätzlichen reformistischen Einstellung dieser Funktionäre ergab sich ihre Abneigung gegen alle revolutionären Entscheidungen und Maßnahmen. In zäh bewahrter Überschätzung des allgemeinen Wahlrechts übersahen sie die Kernfragen der Revolution. Der Parteiauswuchs der SPD verstieg sich sogar in seinem Beschluß vom 23. November 1918 zu folgender Überspitzung:

„Sie (die SPD) erblickt in dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller erwachsenen Männer und Frauen, getreu der

seit jeher vertretenen Auffassung, die wichtigste politische Errungenschaft der Revolution und zugleich das Mittel, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nach dem Willen des Volkes in planmäßiger Arbeit zur sozialistischen umzuwandeln.“¹

Derartige Illusionen waren nur möglich, weil in der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten der Reformismus den Blick für die Gefährlichkeit des Klassenfeindes getrübt hatte, weil dieser Feind nur auf der Bühne des Parlaments, aber nicht auf dem Schlachtfeld revolutionärer Massenkämpfe aufgesucht worden war. Weil die Partei diese Illusionen nicht selber zerstört hatte, wurden sie ihr jetzt durch die Reaktion in weit schmerzlicherer Form zerstört.

2. Die Auswirkungen der Verbürgerlichung der deutschen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution

Die Sozialdemokratie vermochte die von der Revolution gestellten Aufgaben vor allem deshalb nicht zu erkennen, weil sie die seit Anbruch der imperialistischen Epoche sich verstärkende Verbürgerlichung der Partei nicht energisch genug bekämpft sondern sogar begünstigt hatte. Der daraus entstandene Mangel an Klassenbewußtsein und die Verwirrung durch bürgerliche Anschauungsweisen hatten jetzt zur Folge, daß die Mehrheit der Partei die im November entstandene Lage und die erforderlichen Aufgaben nicht vom Standpunkt der Klasse aus betrachtete und nicht davon überzeugt war, daß jetzt die Stunde gekommen sei, wo die von Karl Marx aufgezeigte große welt-historische Aufgabe des Proletariats in Angriff genommen werden müsse und daß ihre Durchführung notwendig und möglich sei.

Infolgedessen sah sie nicht die Unversöhnlichkeit und Verschärfung der Klassengegensätze, die Unvereinbarkeit der auseinanderstrebenden und widerstrebenden Interessen der reaktionären und fortschrittlichen Kräfte. Daraus erklärt es sich, daß in ihren Aufrufen nicht scharf unterschieden wird zwischen den Proletariern, Bauern und werktätigen

¹ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Bd. II, S. 248.

Mittelschichten, die der Krieg in Not und Elend gestürzt, und den Junkern, Monopolkapitalisten, Bank- und Börsenfürsten und Schiebern, denen der Krieg Riesengewinne gebracht hatte, zwischen den nach Heimkehr und friedlicher Arbeit sich sehnenen Zwangseingezogenen der Armee und den jeder friedlichen Arbeit abgeneigten Landsknechtsnaturen, die, wie *Friedrich Engels* treffend bemerkt,

„die Schmach und der Fluch der Deutschen“¹

waren. Darum befürchtete sie nichts, wenn sie sich einsetzte für

„die freigewählte Vertretung des ganzen deutschen Volkes“²
oder für

„die politische Gleichberechtigung aller Volksgenossen“³,

bevor noch die gefährlichen Feinde des Fortschritts, die Bedrücker und Ausbeuter der Arbeiterklasse, die Verräter der Volksinteressen unschädlich gemacht worden waren.

Die klassenbewußten Arbeiter und die besorgten Warner vor einer vorzeitigen Einberufung der Nationalversammlung und der Gefahr einer Erstarkung der Reaktion beschwichtigte sie durch Hinweise wie den folgenden aus dem erwähnten Flugblatt:

„Die Errungenschaften der Revolution sind im Willen des ganzen Volkes so fest verankert, daß nur Angstmeier und Hasenherzen vor der Konterrevolution Alptrüben bekommen können.“²

Mangel an Klassenbewußtsein führte die führenden Kreise der Sozialdemokratie auch dazu, die sträfliche Vertrauensseligkeit und Bedenkenlosigkeit gegenüber der Reaktion mit einer bürgerlichen, spießhaften Angst vor der Gefahr durch das revolutionär eingestellte Proletariat zu verbinden.

Mangel an Klassenbewußtsein war es schließlich, wenn sie die Inanspruchnahme reaktionärer bürgerlicher Minister und Beamter mit deren angeblichen fachlichen und politischen Überlegenheit begründeten

¹ Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, Dietz Verlag, Berlin 1950, S. 144.

² Flugblatt „Nur über meine Leiche“, in Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Bd. II, S. 88 und 89.

³ Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, Bd. II, S. 248.

und dementsprechend das Verbot der Eingriffe revolutionärer Arbeiter- und Soldatenräte in die Verwaltung, Justiz und Wirtschaft und den Verzicht auf deren Umgestaltung unter anderem auch mit Hinweisen auf die angebliche geistige Unreife des Proletariats zu rechtfertigen suchten.

So griff *Adolf Cohen* auf die alten Vollmarschen und Kautskyschen Argumente zurück:

„Der Arbeiterschaft könnte gar kein größeres Unglück passieren, als wenn die bürgerliche Gesellschaft ihr eines Tages einfach die Regelung aller Fragen allein überläßt, bevor die Arbeiterschaft für diese Aufgaben genügend vorbereitet ist.“¹

Ein anderer führender Sozialdemokrat rief den Arbeiterräten, die die Übernahme der technischen und wirtschaftlichen Leitung der Großbetriebe durch die Arbeiter für möglich hielten, zu:

„Verwechseln Sie nicht Klassenbewußtsein mit Größenwahn!“

Die verhängnisvollste Auswirkung dieses Mangels an Klassenbewußtsein bei Teilen der Mehrheitssozialdemokratie bestand darin, daß sie nicht den Klassencharakter und die Bedeutung der Freiheitskämpfe erkannten, die das revolutionäre Proletariat unter Führung des Spartakusbundes und der im Dezember 1918 gegründeten KPD gegen die konterrevolutionären sogenannten „Ordnungstruppen“ führte. Seit Jahrzehnten im Opportunismus befangen, erblickten sie in diesen Kämpfen nur Störung der Ruhe und Ordnung, Gefährdung der Ernährung und des Ansehens. Viele der Spitzenführer wußten, daß die von ihnen eingefädeltten Provokationen das revolutionäre Proletariat gezwungen hatten, vorzeitig diese Kämpfe aufzunehmen. Dadurch sollten die Vorhut der Arbeiterklasse vor ihrer Erstarkung zur Ader gelassen und die Massen eingeschüchtert werden. Diese Spitzenführer sahen in diesen Kämpfen, wie Noske sich zynisch ausdrückte, nur den „Unfug lärmender Demonstrationen“.

Daß die Kämpfe der revolutionären Arbeiter Versuche waren, die feudalen und halbabsolutistischen Mächte endgültig zu vernichten und die von Marx aufgezeigte große weltpolitische Aufgabe des Proletariats in Angriff zu nehmen, die Bahn freizukämpfen für die Er-

¹ Ebenda, S. 103.

richtung einer sozialistischen Gesellschaft, wollten sie nicht zugeben. Oder sie richteten den Blick nur auf den Widerspruch zwischen der Größe der Aufgabe und der Beschränktheit der dem Spartakusbund zur Verfügung stehenden Machtmittel. Sie taten aber nichts, um diesen Widerspruch zu lösen. Ein ungetrübtes Klassenbewußtsein, die Solidarität mit den Brüdern der Klasse, die doch die ihre war, hätten ihnen gebieten müssen, die Massen der Arbeiter für die Aufgaben zu mobilisieren, die Verbündeten der Arbeiterklasse über die Notwendigkeit des Kampfes gegen halbabsolutistische feudale, militaristische und monopolkapitalistische Kräfte aufzuklären, durch realdemokratische Taten an die Arbeiterklasse heranzuziehen und mit ihnen vereint durch die Revolution das Volk zum Siege zu führen.

In den Augen der sozialdemokratischen Führer war jedoch das organisierte revolutionäre Proletariat nicht die Vorhut der Arbeiterklasse, befähigt und berufen, für das gesamte werktätige Volk eine neue Zukunft zu erkämpfen, sondern nur ein Teil des Volkes. Dabei wurde dieser Begriff „Volk“ als Volk schlechthin, also völlig undialektisch gesehen. Mit diesem imaginären „Volk“, nicht mit der Arbeiterklasse fühlte man sich solidarisch. Die Sorge galt dem „Land“, das man vor der Revolution schützen müsse, um der „gesamten Bevölkerung“, also auch den Schiebern, Kriegsgewinnlern und Kriegstreibern, Frieden, Freiheit und Brot zu sichern. Darum konnte *Konrad Hänisch*, der spätere sozialdemokratische Kultusminister, am 13. Februar 1919 vor den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft sagen:

„Ich glaube, dadurch, daß wir Mehrheitssozialisten in jenem Augenblick, wenn ich so sagen darf, den revolutionären Stoß aufgefangen haben, so haben wir uns um das Land sehr verdient gemacht.“

3. Die Auswirkungen

der Preisgabe der marxistischen Staatstheorie

Wenn Sozialdemokraten wie Konrad Hänisch sich so verirren konnten, so lag es daran, daß sie mit dem Marxismus den Kompaß weggeworfen hatten, der ihnen allein die richtige Orientierung ermöglichen konnte, ganz besonders in der Revolution. Aus dem Kom-

munistischen Manifest und aus zahlreichen Schriften und Briefen von Karl Marx und Friedrich Engels hätten diese sozialdemokratischen Führer entnehmen können, daß bei Aufrechterhaltung der ökonomischen Macht der früher herrschenden Klassen der Staat ein Herrschaftsinstrument in den Händen dieser herrschenden Klassen bleibt, daß auch die Herstellung einer noch so weitgehenden formalen Demokratie, die die ökonomischen Grundlagen der herrschenden Kapitalisten nicht antastet, den Klassencharakter des Staates nicht aufzuheben vermag und die Härten der Ausbeutung und Unterdrückung nicht mildert. Sie hätten vor allen Dingen erkennen müssen, „daß das siegreiche Proletariat den alten Staatsapparat nicht für seine Zwecke einfach übernehmen könne, sondern ihn zerbrechen müsse“.

Der Blick nach Osten aber hätte ihnen zeigen können, wie man Theorie und Praxis des Marxismus auf die revolutionäre Situation anwendet. Im August 1917 hatte *Lenin* in seinem Werk „Staat und Revolution“ theoretisch dargelegt, was die russischen Bolschewiki in der Praxis verwirklichten. Dort hätten sie unter anderem lesen können:

„Der Sturz der Bourgeoisie ist nur zu verwirklichen durch die Erhebung des Proletariats zur *herrschenden Klasse*, die fähig ist, den unvermeidlichen, verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie niederzuhalten und für die Neuordnung der Wirtschaft *alle* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren . . .

Durch Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und *das ganze Volk* zum Sozialismus zu führen, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie.“¹

Wenn im November 1918 dieser alte Staatsapparat nicht zerbrochen, sondern vor jedem störenden Eingriff geschützt wurde, die alten Träger und Stützen der Staatsgewalt, die Generale und Minister, die Beamten und Offiziere, Richter und Lehrer, ausdrücklich gegen Absetzungen durch Arbeiter- und Soldatenräte gesichert, ihre Befugnisse

¹ W. I. Lenin, „Staat und Revolution“, Dietz Verlag, Berlin 1949, S. 37/38.

nicht nur beschnitten, sondern erhöht wurden, wenn man ihre Autorität stärkte und ihren reaktionären Geist nicht nur litt, sondern begünstigte und ermutigte, so lag die Ursache vor allem darin, daß die rechten Führer der Sozialdemokratie infolge ihrer opportunistischen Entartung in das Lager des Klassenfeindes übergegangen waren und unter anderem auch die marxistische Staatstheorie völlig über Bord geworfen hatten. Sie brüsteten sich geradezu mit ihrer Unkenntnis des Marxismus. Rückblickend auf die Zeit vor dem ersten Weltkrieg gelangte Noske zu dem bezeichnenden Eingeständnis:

„Nur einige Halbgebildete diskreditierten in der Agitation mit Geschwätz vom Marxismus die Arbeiterbewegung. Ich glaube nicht, daß ich je in einer Rede oder in einem Artikel von Marxismus gesprochen habe.“¹

Es war unausbleiblich, daß solche „Arbeiterführer“, denen der Marxismus nur ein Geschwätz war, die Aufgaben der Revolution nicht begreifen konnten und sich zu nichts anderem eigneten, als den „Bluthund“ gegen die Revolution zu spielen, ebenso grausam gegen die Klasse, die sie emporgetragen, wie winselnd und schweifwedelnd gegenüber den reaktionären Generalen, die sie entsprechend bald mit Lobsprüchen, bald mit Fußtritten belohnten.

4. Die Auswirkungen der Kautskyschen Theorie über die Übergangswirtschaft

Die falsche Orientierung in der Frage der Sozialisierung, hauptsächlich durch die erwähnte Schrift Kautskys „Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft“, wirkte sich jetzt dahin aus, daß im Lager der Sozialdemokratie und der Unabhängigen zwar hochtrabende Erklärungen über den Beginn der Sozialisierung abgegeben und sozialistische Forderungen und Prophezeiungen aufgestellt wurden, daß man andererseits aber alles tat, um die Einleitung prak-

¹ Gustav Noske, „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“, S. 27.

tischer sozialistischer Maßnahmen zu verhindern. Ganz im Sinne der Kautskyschen Schrift hieß es jetzt, die Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft, der Mangel an Rohstoffen, Transportmitteln und Maschinen, die Entwertung der Valuta und die Zermürbung der Bevölkerung erlaubten keine voreiligen sozialistischen Experimente. Wer unter solchen Verhältnissen die Sozialisierung wolle, gehöre ins Tollhaus.

Tatsächlich waren die Voraussetzungen für die Einleitung entscheidender Schritte zur Sozialisierung damals in Deutschland denkbar günstig. Die Kapitalisten rechneten selbst damit, wagten zunächst keinen ernsthaften Widerstand, die Massen drängten in ihrer Mehrheit stürmisch nach ersten entscheidenden Maßnahmen und bejubelten jede Ankündigung. Weite Kreise der Intellektuellen, Ingenieure, Chemiker, Techniker, Wissenschaftler aller Art, zeigten sich bereit, ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen. Unter dem Eindruck dieser starken Bewegung riefen die sozialdemokratischen Führer die „Sozialisierungskommission“ ins Leben.

Zugleich aber tröstete der „Vorwärts“ am 5. Dezember 1918 die früheren Burgfriedenspartner:

„Aufgabe der Sozialisierungskommission wird es sein, von vornherein *beruhigend* zu wirken in dem Sinne, daß *keine unvernünftigen Experimente* zu befürchten sind, und daß zum mindesten *niemand* einen Schaden davon haben wird, wenn er zunächst seiner vor dem Kriege gewohnten Beschäftigung wieder nachgeht.“¹

Im Sinne solcher Auffassung hatten schon am 15. November 1918, nach Vorbereitungen, die bereits vor der Revolution getroffen worden waren, Führer der Gewerkschaften, mit Legien an der Spitze, mit Führern der Großindustrie, wie Stinnes, Vögler, v. Borsig, v. Siemens und anderen, eine „Arbeitsgemeinschaft“ gebildet. Ein paritätischer Zentralausschuß der beiderseitigen Vorstände sollte darüber wachen, daß die Interessen sowohl der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerverbände bei arbeitsrechtlichen Fragen und bei Lohnfragen berücksichtigt und gewahrt würden.

¹ Zitiert in Richard Müller, „Vom Kaiserreich zur Republik“, S. 106.

Das Novemberabkommen hat folgenden Wortlaut:

*Die Vereinbarung
zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden
vom 15. November 1918*

Die großen Arbeitgeberverbände vereinbaren mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, in die Arbeitsstelle sofort nach Meldung wiedereinzutreten, die sie vor dem Kriege innehatten. Die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände werden dahin wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfange durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 50 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuß einzusetzen, der diese zu vertreten und der in Gemeinschaft mit dem Betriebsunter-

nehmer darüber zu wachen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.

8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse beziehungsweise Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
10. Zur Durchführung dieser Vereinbarungen sowie zur Regelung der zur Demobilmachung, zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der Schwerkriegsbeschädigten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.
11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.
12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.
Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber- und Angestelltenverbänden gelten.

Was ist an diesem „Abkommen“ der ersten Revolutionstage von dem Gluthauch einer Revolution zu verspüren? Die Arbeitgeberver-

bände und ihre Vertreter, die Kriegsgewinnler und Kriegsverbrecher Stinnes, Vögler und andere, erscheinen als „gleichberechtigte“ Teilnehmer am Verhandlungstisch mit den Gewerkschaftsvertretern und lassen sich gnädigst zu der herablassenden Feststellung herbei: „Die Gewerkschaften werden als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt; das gilt allerdings nur vorbehaltlich bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatigen Kündigung.“ Hier sehen wir also die siegreichen Träger einer Revolution um ihre „Anerkennung“ als gleichberechtigtes Element der Gesellschaft mit bürokratischen Mitteln am grünen Verhandlungstisch ringen. Fürwahr ein Stück Revolution, wie wir ein zweites in der Geschichte der Revolutionen kaum finden werden.

Es ist müßig, über die persönlichen Beweggründe zu streiten, die jene sozialdemokratischen Führer zu solchem Ausweichen vor sozialistischen Maßnahmen bewogen. Wichtig ist, daß man auch in diesem Versagen nur die Auswirkung des tiefeingewurzelten Opportunismus in der Sozialdemokratie erkennt, vor allem die der irrigen Grundauffassung, daß es bei der Sozialisierung in erster Linie auf die sich ergebenden Schwierigkeiten und augenblicklichen Vor- und Nachteile, statt auf die machtpolitischen Voraussetzungen ankomme.

5. Die Auswirkungen der falschen Einschätzung des Imperialismus

Weil die Sozialdemokratie nicht verstanden hatte, das Wesen des Imperialismus zu ergründen, war sie nicht in der Lage, jetzt, im November 1918, die „weltgeschichtliche Fragestellung“ zu erkennen. Treffend hat dies *Lenin* in seinem Brief an die Arbeiter Europas und Amerikas aufgezeigt:

„Der ganze Entwicklungsgang der deutschen Revolution... zeigt klar, daß von der Geschichte in bezug auf Deutschland die Frage gestellt ist:

„Rätemacht‘ oder bürgerliches Parlament, unter welchen Aushängeschildern es auch immer (ob als ‚Nationalversammlung‘ oder als ‚Konstituierende Versammlung‘) auftreten möge...

Jetzt, da die Weltgeschichte die Frage der Zerstörung dieser ganzen Ordnung, des Sturzes und der Unterdrückung der Ausbeuter, des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt hat, — jetzt sich auf den bürgerlichen Parlamentarismus, auf die bürgerliche Demokratie beschränken, sie als ‚Demokratie‘ schlechthin zu beschönigen, ihren bürgerlichen Charakter zu vertuschen, zu vergessen, daß das allgemeine Wahlrecht, solange das Eigentum der Kapitalisten erhalten bleibt, eins der Werkzeuge des bürgerlichen Staates ist — das bedeutet, das Proletariat schändlich zu verraten, auf die Seite seines Klassenfeindes, der Bourgeoisie überzugehen...“¹

Die Fehleinschätzung des Imperialismus war es auch, die die SPD-Führer jetzt verleitete, die weltpolitische Situation falsch zu beurteilen. Der Fäulnischarakter, die weitgehende Erschütterung auch des Imperialismus in den Siegerstaaten, die Erstarkung des Proletariats auch in diesen Ländern, ganz besonders aber die Bedeutung des Sieges des russischen Proletariats wurden überhaupt nicht erkannt. Darum glaubten sie, sich westlich orientieren zu müssen, zweifelten sie daran, daß sich die russischen Bolschewiki behaupten und ihre Macht ausbauen würden, fürchteten sie die Entente und übersahen, daß es nur eines entschiedenen und allgemeinen revolutionären Aufschwunges in Deutschland bedurft hätte, um auch die revolutionäre Bewegung in den Ententestaaten so zu stärken, daß dadurch eine empfindliche Schwächung und ernstliche Bedrohung des Imperialismus der Ententestaaten eingetreten wäre. Zum mindesten war es unmöglich für die imperialistischen Staaten, mit der revolutionären Bedrohung im Rücken einen Interventionsfeldzug gegen die deutsche Revolution erfolgreich zu führen. Bemerkenswert sind die Äußerungen des damaligen britischen Ministerpräsidenten zu dieser Frage.

„Ganz Europa ist vom Geist der Revolution erfaßt... Die ganze bestehende — politische, soziale und ökonomische — Ordnung wird durch die Volksmassen von einem Ende Europas zum andern in Frage gestellt... Die größte Gefahr in der gegenwärtigen Situation scheint mir die zu sein, daß Deutschland sich dem Bolschewismus zuwenden und seine Hilfsquellen, seine geistigen Qualitäten, seine große Organisations-

¹ W. I. Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXIII, S. 641/642, 642/643.

gabe den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, die davon träumen, die Welt durch die Gewalt der Waffen für den Bolschewismus zu erobern...“¹

Eine bezeichnende Begründung für die Westorientierung der damaligen Sozialdemokratie gab am 23. November 1918 die Zeitschrift „Die Glocke“:

„Die siegreiche Revolution muß sich nun entscheiden, ob sie sich westlich oder östlich orientieren will. Die westliche Orientierung bedeutet Unterwerfung unter die Ententestaaten, die östliche Orientierung Kampf an der Seite der Sowjetrepublik. Innere und äußere Politik sind immer wieder unlösbar miteinander verknüpft. Es gibt nur ein Entweder-Oder...

Die Revolution, die ihrem Charakter nach vom Politischen ins Soziale umschlagen muß, darf dabei keine sozialistische werden. (!!!) Das nehmen die siegreichen Ententekapitalisten uns furchtbar übel.“

Gemäß dieser Westorientierung entschloß sich die Sozialdemokratie im November 1918, sich den Imperialisten der Entente zu empfehlen, in der trügerischen Hoffnung, dadurch günstigere Friedensbedingungen zu erlangen. So brachte es der Sozialdemokrat Winnig fertig, die „Eiserne Division“ gegen die Bolschewiki zu organisieren, so wurden mit Unterstützung der sozialdemokratisch beeinflussten Behörden die Freikorps organisiert und ausgerüstet, die jetzt die Schutzwehr gegen den Bolschewismus, später die Schrittmacher des Faschismus, die Mörder der deutschen Arbeiter und die Totengräber des deutschen Volkes werden sollten. Es zeigte sich also, daß die klassenfeindliche Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution 1918 auf die Fehler und Schwächen zurückzuführen war, die die Partei in ihrer Entwicklung während der imperialistischen Epoche zugelassen und nicht überwunden hatte.

¹ Memorandum Lloyd Georges an die Friedenskonferenz, 25. März 1919. Veröffentlicht 1922, zitiert nach P. Dutt, „Weltpolitik 1918—1936“, S. 43/44, englisch.

6. Die Auswirkungen der Fehler der linken Unabhängigen, des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei

Das gleiche gilt auch für die Fehler des Spartakusbundes, der Kommunistischen Partei und des linken Flügels der Unabhängigen, die die Traditionen der ehemaligen „Linken“ fortgesetzt und die Fehler derselben sogar teilweise überspitzt hatten. Ihre an und für sich berechnete und rühmenswerte entschiedene Bekämpfung des Reformismus und Opportunismus verführte sie jetzt dazu, den Hauptstoß ihrer Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer, in erster Linie gegen die Regierung Ebert-Scheidemann zu richten, unnachgiebig deren Sturz zu fordern, anstatt zuerst einmal alle Kräfte der Arbeiterklasse und der friedliebenden Bevölkerung zusammenzufassen, um die noch immer sehr beträchtliche und gefährliche Macht der Reaktion zu brechen. Mit dieser Losung hätten sie die Mehrheit der fortschrittlichen Kräfte hinter sich bringen und mit deren Unterstützung durchsetzen müssen, daß die Regierung selbst diese Forderungen erfüllte.

Aus der Feindschaft gegen die SPD und USPD erklären sich weiter sehr wichtige, taktische Fehler, die von den Spartakusanhängern und Kommunisten begangen wurden, besonders die Unnachgiebigkeit bei den Verhandlungen mit den Unabhängigen über die Aufstellung eines Sofortprogramms und die Beteiligung an der Regierung und vor allem die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung. Aus dieser Einstellung ergab sich ferner, daß sie sich bei der Abfassung ihrer Flugblätter, Presseartikel, Reden und Proklamationen nicht immer von klarer, kühler und nüchterner Überlegung und von den taktischen Möglichkeiten und Gegebenheiten leiten ließen, sondern von ihrem Haß und Zorn gegen die Mehrheitssozialisten. So begrifflich diese Haltung sein mochte, so hinderte sie doch die nüchterne Wahl der taktischen Mittel. Infolgedessen überschätzten die Linken sehr häufig die objektiven Bedingungen für die Durchführbarkeit der von ihnen geforderten Maßnahmen, untergruben damit das Vertrauen der Massen in ihre Führung, ließen sich durch die konterrevolutionären Truppen und ihre Drahtzieher provozieren. Verhängnisvoll war auch die gerade

bei den Linken seit jeher zu beobachtende Geringschätzung und Vernachlässigung der politischen Arbeit unter den Bauern und den werktätigen städtischen Mittelschichten, die man auch jetzt nicht als Verbündete zu gewinnen verstand. Die Bauern wurden in den Aufrufen überhaupt nicht angesprochen, die Fragen der Landenteignung des Großgrundbesitzes und der Landzuteilung an die Kleinbauern und Landarbeiter wurden auf den Versammlungen und in der Presse nur vom Gesichtspunkt der Rentabilität und nicht vom sozialen und politischen Standpunkt aus betrachtet und erörtert, ohne daß man zu praktischen Vorschlägen gelangte.

Der alte Fehler der Linken, die Unterschätzung und Vernachlässigung der organisatorischen Kleinarbeit, erschwerte ihnen jetzt die Heranführung der Massen an die großen politischen Aufgaben. Sie verstanden es nicht, geeignete Leute durch die Zuweisung praktischer politischer Aufgaben in den begrenzten Bereichen der lokalen Räte für die Mitarbeit an den großen Aufgaben vorzubereiten und zu interessieren. Für diese praktische Schulung der Massen verbauten sie sich auch dadurch den Weg, daß sie in Fortsetzung der von den Linken von jeher bekundeten Geringschätzung der Rolle der Gewerkschaften auch jetzt die Gewerkschaftsarbeit ablehnten. So erklärte der damalige linke Unabhängige Richard Müller, daß die Gewerkschaften nicht bestehen bleiben, sondern vom Räteystem aufgesaugt werden würden. Wer also das Räteystem wolle, der müsse die Gewerkschaften ablehnen.¹

Die Spartakusleute und Kommunisten verstanden es auch nicht, die deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, daß es gerade die Anhänger des Spartakusbundes waren, die die Interessen der Nation am konsequentesten verfochten. Die Spartakusleute und später die KPD bemühten sich nicht und verstanden es nicht, ihr unentwegtes und kühnes Auftreten gegen die ausländischen Imperialisten und deren Plan zur Versklavung Deutschlands dem deutschen Volk als einen nationalen Kampf verständlich zu machen.

Wie sehr die herrschenden Klassen Westeuropas den Sieg der Spartakusleute in Deutschland als die Vollendung der Novemberrevolution fürchteten und wie eng damals die nationale und soziale Befreiung des

¹ Vgl. Prager, „Geschichte der USPD“, 1921, S. 192.

deutschen Volkes verbunden waren, geht aus dem Memorandum *Lloyd Georges* an die Pariser Friedenskonferenz hervor:

„Die Spartakisten haben ein Argument, dessen sie sich gerade jetzt sehr wirkungsvoll bedienen: daß nur sie Deutschland von den unerträglichen Bedingungen erlösen können, die der Krieg hinterlassen hat.“¹

Gewiß, an einlenkenden Bemühungen, an Willen, Einsicht und Illusionen, daß das Werk der Einigung und Befreiung der Arbeiterklasse dennoch gelingen könnte, fehlte es oft auch bei den Mehrheitssozialisten nicht. So schloß der sozialdemokratische Reichskanzler *Hermann Müller* 1928 sein Buch „Die November-Revolution“ mit folgendem Ausblick:

„Es ist die Aufgabe der Zukunft, das in Weimar begonnene Werk zur Reife zu bringen. Das wird gelingen, wenn wir aus der Revolutionszeit die große Lehre ziehen, daß ein so hohes Ziel nur durch die geeinte Arbeiterklasse zu erreichen ist.“²

Der Grundfehler *Hermann Müllers* bestand darin, daß er „die große Lehre“ nur aus der Revolutionszeit ableitete. Weil er in seinem Werk diese Revolutionszeit undialektisch, nur in den Einzelheiten ihres Verlaufs, nicht aber im geschichtlichen Zusammenhang betrachtete und nicht die Einzelercheinungen aus den Fehlern und Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung der letzten Jahrzehnte vor der Revolution erklärte, vermochte er nicht aufzuzeigen, wo die unerläßlichen Voraussetzungen für die ideologische Einigung der Arbeiterklasse lagen. Darum enthält auch sein Werk keine wirkliche Selbstkritik, bietet es keine Möglichkeiten, wirkliche Lehren aus der Vergangenheit der deutschen Arbeiterbewegung für ihre Zukunft zu ziehen. Diese falsche Grundorientierung, die mangelnde Bereitschaft zur Selbstkritik und die Unfähigkeit, mit den Fehlern der Vergangenheit radikal zu brechen, beeinflussten wesentlich auch die Arbeiten und Kämpfe, die der Beratung, Schaffung und Sicherung der Weimarer Verfassung gewidmet waren.

¹ Memorandum *Lloyd Georges* an die Friedenskonferenz, 25. März 1919. Veröffentlicht 1922, zitiert nach P. Dutt, „Weltpolitik 1918—1936“, S. 44, englisch.

² *Hermann Müller*, „Die November-Revolution“, S. 286.

Die Bedeutung der Fehler in der Novemberrevolution

1. Die Fehler und Schwächen der Weimarer Verfassung

Die Geschichte der Weimarer Republik, die sich vor unser aller Augen abspielte und in der wir selbst Akteure waren, sollte uns eine deutliche Mahnung sein. Ihre Lehren sollten zu dem wertvollsten Bestande unserer staatspolitischen und staatsorganisatorischen Erfahrungen gehören, denn die Weimarer Verfassung und die mit ihr geschaffene Republik haben verhängnisvoll versagt. Die eingehende kritische Analyse der Verfassungsentwicklung in der Epoche der Weimarer Republik und die rücksichtslose Offenlegung aller Mängel und Schwächen dieser bloß formalen Demokratie sollten der Ausgangspunkt für die Neugestaltung des neuen deutschen Verfassungsrechts sein.

Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß diese Analyse und Kritik nicht nur eine akademische Angelegenheit sein darf, die von den Fachjuristen durchgeführt werden könnte. Die Methode unserer deutschen Fachjurisprudenz, alles nach dem Buchstaben des Gesetzes oder rechtsphilosophisch zu interpretieren, ohne genügend nach den politischen und wirtschaftlichen Kräften zu fragen, die sich hinter dem Gesetz verborgen halten, hat sich nicht nur als falsch, sondern als verhängnisvoll erwiesen. Sie hat den Blick für die Wirklichkeit verschleiert, statt ihn zu öffnen. Konnte man zur Zeit der Weimarer Republik noch annehmen, daß gewisse wissenschaftliche Vorurteile und dogmatische Begrenzungen den Grund für den naiven Glauben an die Kraft des geschriebenen Gesetzes abgeben, so kann doch heute, nachdem dieser Gesetzesdogmatismus sich als Schall und Rauch erwiesen hat, nur die fragwürdige Absicht, die bewußte Ablenkung von den politischen Problemen, der Grund für das Festhalten an der alten formaljuristischen Betrachtungsweise der Verfassungsprobleme sein. So ist es denn die Pflicht eines jeden, der ehrlich an der Erneuerung unseres Verfassungsrechtes mitarbeiten will, nicht bei äußeren Formeln und überkommenen, längst inhaltsleer gewordenen Prinzipien stehen-

zubleiben, sondern die Kraft und auch den Mut aufzubringen, die Dinge beim Namen zu nennen und die Kräfte und Motive offenzulegen, die hinter den Verfassungsinstitutionen der Weimarer Nationalversammlung stecken.

Die Kritik der Weimarer Verfassung und der Weimarer Republik darf darum keine bloß formal-juristische, sie muß eine politische sein. Der politische Sinn ihrer Institutionen muß aufgezeigt werden. Das aber heißt, die politische Rolle dieser Institutionen, ihre Auswirkung auf die Gesamtentwicklung, ihr Beitrag zum Kampf gegen das Hereinbrechen der Hitlerdiktatur oder ihre Funktion als Wegbereiter der Diktatur müssen restlos aufgedeckt werden.

Wir können heute rückblickend die Frage aufwerfen: Worin bestanden die wesentlichen Mängel der Weimarer Republik, die das Aufkommen der faschistischen Diktatur möglich machten und dieser Diktatur den Weg zum Siege ebneten? Der grundlegende Mangel dieser „Demokratie“ bestand eben darin, daß sie gar keine wahre Demokratie war, kein wahrer Volksstaat, der den Massen des Volkes auch nur die Möglichkeit gewährt hätte, sich wirkungsvoll der aufsteigenden faschistischen Diktatur zu widersetzen; denn die staatliche Machtausübung lag in Wahrheit gar nicht in den Händen des Volkes, sie wurde in Funktion gesetzt und arbeitete ohne oder jedenfalls fast ohne Kontrolle des Volkes.

Wie aber konnte es dahin kommen? Der Grund liegt darin, daß in der Weimarer Nationalversammlung ein staatsrechtlicher Formalismus diese Verfassung aus der Taufe hob und nicht die politische Bewegung der Massen selbst, die sich 1918 nicht durchzusetzen vermochte. Die Weimarer Verfassung wurde nach juristischen Formeln und überkommenen Prinzipien geschaffen. Da heute dieselben Zauberformeln wieder in die Debatte geworfen werden, um den politischen Horizont zu vernebeln, so mag es gestattet sein, bei ihnen kurz zu verweilen. Es sind dies einmal das Prinzip von der „Teilung der Gewalten“ und dann das Schlagwort vom „Rechtsstaat“.

Die Weimarer Verfassung war aufgebaut nach dem Grundsatz der Dreiteilung der Gewalten, in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Die Verfassung der Frankfurter Paulskirche von 1848 hatte

der Weimarer Verfassung weitgehend als Muster gedient. Nach dem Schema der bürgerlichen Staatslehre sollten durch die Gesetzgebungsgewalt die allgemeinen Gesetze geschaffen werden, die dann durch Verwaltung und Justiz ausgeführt werden sollten. So sollte die allgemeine Gesetzlichkeit der Verwaltung und Justiz garantiert sein; dies war der Inhalt des Begriffes „Rechtsstaat“. Außerdem sollte durch die Existenz von drei Gewalten im Staate keine in die Lage versetzt werden können, alle Macht bei sich zu konzentrieren. Die eine sollte die andere kontrollieren. Insbesondere sollte die Justiz der Garant des Rechts und der Gesetzlichkeit sein.

Gleichsam dem Gesetz der Schwerkraft folgend, hatten sich die Schöpfer der Weimarer Verfassung diesen alten ehernen Prinzipien gebeugt. Sie sahen allerdings nicht, daß sich hinter diesen schön und progressiv klingenden Sätzen eine verhängnisvolle Macht verbarg: der alte Staatsapparat, die alte Beamtenhierarchie in Justiz und Verwaltung, die durch die Revolution von 1918 nicht zerstört, sondern im Gegenteil vollauf von der Weimarer Republik übernommen wurde. Die Weimarer Verfassung stellte die Beamtenhierarchie als Machtfaktor neben die Volksvertretung. Die Theorie der Gewaltenteilung garantierte also auch 1918 diesem alten Staatsapparat seinen Weiterbestand; sie war jenen auf den Leib geschnitten, die sich der durchgreifenden Demokratisierung widersetzen. Indem diese Theorie Verwaltung und Justiz neben der Gesetzgebung als selbständige Gewalten konstituierte und nur die dritte Gewalt, die Gesetzgebung, in die Hand des Volkes legte, konstituierte sie die Unantastbarkeit der Verwaltung und der Justiz durch das Volk. Verwaltung und Justiz unterlagen nicht der entscheidenden Kontrolle des Parlaments.

Diese Selbständigkeit der Verwaltung kam darin zum Ausdruck, daß die Weimarer Verfassung als Spitze des Verwaltungsapparates einen selbständigen Präsidenten schuf, den Reichspräsidenten, der die Regierung ernannte und entließ. Der Regierung wiederum unterstand die Ministerialbürokratie, dieser wiederum der Beamtenapparat bis herunter zum Landrat und zu den Polizeibeamten. Zwar kannte die Weimarer Verfassung den Satz, die Regierung müsse zurücktreten, wenn der Reichstag — also das höchste Parlament — ihr das Vertrauen

entziehe. Aber dieses Eingriffsrecht der Volksvertretung in die Verwaltung war nur ein scheinbares, denn der Reichspräsident konnte die Reichsregierung vor dem Sturz durch den Reichstag immer dadurch retten, daß er den Reichstag auflöste.

Zwar glaubten die Schöpfer der Weimarer Verfassung, dem alten bürokratischen Staatsapparat dadurch die Spitze abzubrechen, daß sie statt eines erblichen Kaisers einen vom Volk gewählten Präsidenten an die Spitze des Reiches stellten. Aber die Wirklichkeit hat gezeigt, daß die Überwindung des Bürokratismus keineswegs nur durch die Auswechslung seiner Spitze vor sich gehen kann. Den alten Staatsapparat in ein progressives, demokratisches Fahrwasser lenken, das hätte auch die stärkste Präsidentenpersönlichkeit nicht fertigbringen können. Das war nur möglich durch eine umfassende Reorganisation des ganzen Staatsgefüges, die auf die Beseitigung der Bürokratie hinzielte. Aber diesen Weg hatte die Verfassung verbaut, indem sie die alte Bürokratie wieder in ihre Macht einsetzte, dadurch, daß die Weimarer Republik fast ausschließlich den alten wilhelminischen Staatsapparat übernahm.

Was für die allgemeine Verwaltung galt, das galt in verstärktem Maße für die Justiz. Die Unabsetzbarkeit der Richter war nichts mehr und nichts weniger als die verfassungsrechtliche Konstituierung ihrer Unverantwortlichkeit vor dem Volk. Kein Richter durfte wegen seiner Rechtsprechung zur Verantwortung gezogen werden; er war stärker in seiner Stellung geschützt als der nichtrichterliche Beamte. Dieser konnte gegen seinen Willen versetzt oder gegen Pension in den Ruhestand übergeführt werden. Das aber konnten die Richter nicht.

Die Praxis der Weimarer Verfassung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, was das Prinzip der Gewaltenteilung für die deutsche Wirklichkeit bedeutet: die Lahmlegung der Demokratie, die Entmachtung des Parlaments. Achteten etwa Verwaltung und Justiz das Parlament als höchsten Gesetzgeber, beugten sie sich unter den hier sich konkretisierenden Willen des Volkes? Keineswegs!

Der berühmte Artikel 48 der Weimarer Verfassung sowie die Machtbefugnis des Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen, sind allzu bekannt. Sie demonstrierten mit aller Klarheit, wo die Macht in der Republik lag, wer entschied, wenn es zum Konflikt zwischen dem

Parlament und der Bürokratie kam. Mischten sich die politischen Parteien des Reichstages allzusehr in die Angelegenheiten der Ministerialbürokratie ein, drohten sie ihre Geheimnisse zu lüften oder wagten sie es gar selbst, den politischen Kurs dieser Bürokratie zu bestimmen und der Regierung ihren Willen aufzuzwingen, so konnte der Reichspräsident den Reichstag auflösen. Verweigerte die Volksvertretung die Annahme von Gesetzesänderungen, die die Regierung vorlegte, so konnte sie der Reichspräsident im Wege der Notverordnung ohne Befragung des Reichstages erlassen, ja der Reichspräsident konnte sogar im Wege einer einfachen Verordnung wichtige Verfassungsbestimmungen außer Kraft setzen.

Zwar fügte die Verfassung hinzu, daß der Reichspräsident von diesen Rechten nur im Ausnahmezustand Gebrauch machen sollte, aber da der Reichspräsident selbst darüber zu entscheiden hatte, ob ein solcher Ausnahmezustand vorhanden sei oder nicht, und für seine Entscheidungen niemand Rechenschaft schuldig war, so bedeutete diese Klausel keinerlei Einschränkung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten.

Wie ausgiebig und in welcher Richtung die beiden Reichspräsidenten der Weimarer Republik, sowohl Ebert als auch Hindenburg, von diesem Recht Gebrauch gemacht haben, ist bekannt. Als 1929 bis 1930 der Nationalsozialismus sein Haupt erhob und die demokratischen Kräfte in Deutschland unter Führung der Arbeiterschaft den Kampf für die Demokratie aufzunehmen sich anschickten, da stellte sich der Reichspräsident hindernd in den Weg. Er schwang sich mit Hilfe des Artikels 48 zum Diktator auf und konzentrierte in seinen Händen sowohl die Gesetzgebung als auch die Exekutive. Es ist bezeichnend für die Form der Klassenkämpfe, daß dieselben politischen Kräfte, die sich damals vollauf hinter die Diktaturgewalt des Reichspräsidenten stellten und in ihrem Kampf gegen die demokratische Volkserhebung zur Abwendung des Faschismus leichtfertig die Gewaltenteilung über Bord warfen, heute am lautesten wieder die Gewaltenteilung fordern. Sie haben ihre inneren Absichten hier allzu deutlich werden lassen, denn was soll der starke Präsident mit großen Vollmachten, der heute wieder von ihnen gefordert wird, anderes bezwecken als die Abwendung vom

demokratischen Wege zur Überwindung der Demokratie? Das alte Spiel um den Reichspräsidenten soll heute wieder gespielt werden. Statt denen, die für die Demokratie zu kämpfen bereit sind — den demokratischen Parteien —, den Schutz der Verfassung angedeihen zu lassen, sie zu stärken und ihre staatsrechtliche Stellung zu fördern, malt man das aktionsunfähige Parlament an die Wand und fordert den starken Präsidenten, der es zur Ordnung rufen soll. Dabei vergißt man vollends, daß in der Weimarer Republik weder der Reichspräsident noch der Reichsrat das Parlament vor seiner „Aktionsunfähigkeit“ haben bewahren können.

Die Schöpfer der Weimarer Verfassung sind gern bereit, das Volk für das Versagen dieser Verfassung, für den Übergang der Demokratie zur Diktatur verantwortlich zu machen. Sie vergessen indes, daß nach dem Mechanismus der Weimarer Verfassung nicht das Volk, sondern der Reichspräsident der „Hüter der Verfassung“ war. Die Diktatur des Reichspräsidenten widersprach formal nicht einmal der Verfassung, diese räumte ihm vielmehr erst eine unbegrenzte Machtstellung ein. Und es war ganz verfassungsmäßig, als zuerst Brüning, dann Papen die politischen Parteien unterdrückten und das Parlament auseinanderjagten und so den Weg zur faschistischen Diktatur Hitlers ebneten.

Dasselbe Fiasko wie das Prinzip der Gewaltenteilung erlitt auch die bürgerliche Theorie vom „Rechtsstaat“. Die Entwicklung der Weimarer Republik war staatsrechtlich gesehen die schrittweise Auflösung der Gesetzlichkeit, die Unterhöhlung und der schließliche offene Bruch des alten bürgerlichen Prinzips vom „Rechtsstaat“. In demselben Maße wie die Volksvertretung aus ihrer eigenen politischen Arena verdrängt wurde, verschwanden auch Recht und Gesetzlichkeit aus diesem Staatswesen. Die Verwaltungsbürokratie gab sich mit Hilfe des Notverordnungsrechts des Reichspräsidenten ihre eigenen Gesetze und kümmerte sich den Teufel darum, was das Volk, die politischen Parteien und das Parlament dazu sagten. Aber nicht nur die Verwaltungsbürokratie hat Recht und Gesetzlichkeit zerstört, indem sie den Willen des Parlaments mißachtete und die Gesetzgebungsgewalt an sich riß, sondern es taten dies auch die deutschen Gerichte. Vor allem das höchste Gericht der Weimarer Republik, das Reichsgericht, hat schwerste geschichtliche

Schuld an dem Zustandekommen des schmachwürdigen Hitlerregimes auf sich geladen.

Es wäre nichts natürlicher, als anzunehmen, daß ein Gericht, das seine Rechtsprechung auf der Grundlage der Gesetze auszuüben hat, die Gesetze als den höchsten Anspruch des Willens des Staates auch anerkennt. So jedenfalls lehrt es die bürgerliche Lehre vom „Rechtsstaat“, die bürgerliche Politiker früher und heute im Munde führen. Die Rechtsprechung hat nach dieser Theorie auf Grund der Gesetze vorstatten zu gehen; sie hat Gesetzanwendung zu sein.

Diesen Gehorsam gegenüber dem Gesetzgeber, dem die deutschen Richter peinlichst nachgekommen sind, solange dieser Gesetzgeber ihnen paßte, haben sie dem Parlament der deutschen Republik versagt. Die verhängnisvolle Rolle, die das deutsche Reichsgericht in der Zeit der Weimarer Republik gespielt hat, als unter dem Bruch des bestehenden Rechts der faschistischen Diktatur Vorschub geleistet wurde, muß gerade in unseren Tagen, in denen von einer gewissen Reaktion versucht wird, der Justiz wieder eine entscheidende Stellung im Staatsapparat in die Hand zu spielen, sehr eingehend beleuchtet werden. Als 1928 bis 1929 die Reaktion Gefahr von seiten des Reichstags witterte, als insbesondere die Stärke der beiden sozialistischen Parteien, die Mehrheit im Reichstage und ihr gemeinsames Vorgehen zur Annahme wichtiger Sozialisierungsgesetze oder einer Bodenreform hätten führen können, da erklärten die Richter des Reichsgerichts, daß sie dazu berufen seien, die Rechtmäßigkeit der Gesetzesbeschlüsse des Parlaments nachzuprüfen und unrechtmäßige Gesetze für null und nichtig zu erklären.

Das Reichsgericht maßte sich also die Funktion einer Bremse gegenüber der demokratischen Entwicklung an und konstituierte sich selbst zu einem „staatserhaltenden“ Oberhaus der Bourgeoisie. Das Reichsgericht hat, als der faschistische Terror in Deutschland zu wüten begann, seine primitivsten Pflichten als Hüter des Rechts und der Gesetzlichkeit vergessen und sich ganz in den Dienst des Hitlerterrors gestellt. Es scheute im Namen der Weimarer Verfassung nicht einmal davor zurück, Hitlers und Himmlers Erlasse „Recht“ zu nennen und

sie getreulich durchzuführen. Recht kann aber dort nur herrschen, wo der Wille des Volkes herrscht, wo Verwaltung und Justiz diesen Willen des Volkes durchführen. Der Grundsatz der Gewaltenteilung führte dazu, daß Verwaltung und Justiz, statt sich den Gesetzesbeschlüssen des Parlaments unterzuordnen, die Volksvertretung in ihre Zangen nahmen und langsam, aber sicher erwürgten. Das Prinzip der Gewaltenteilung zerstörte in Deutschland den „Rechtsstaat“ und war in Deutschland der Wegbereiter zur Diktatur. Statt der Garant der Freiheit zu sein, wurde es zum Totengräber der Demokratie und des Rechts. Wie aber war diese Entwicklung möglich? Wie konnte sich dieses Prinzip so verhängnisvoll für die deutsche Demokratie auswirken? Man kann die Weimarer Republik und ihr trauriges Schicksal nicht verstehen, wenn man nicht dieses furchtbare Erbe, mit dem belastet sie auf die Welt kam, sieht: die alte deutsche Bürokratie. An ihr zerschellte die demokratische Entwicklung, an ihr zerschellten alle Rechte des Volkes, sie war der Hüter der alten preußisch-junkerlichen Tradition. Nie in der deutschen Geschichte ist die Volksvertretung Herr über die Verwaltungsbürokratie geworden. Vielmehr waren umgekehrt immer die Verwaltungsbürokratie und die Justiz die Herren über die demokratischen Volksvertretungen. Welche Kraft aber steckte hinter dieser Bürokratie in Verwaltung und Justiz? Es war die alte deutsche Beamten-tradition, die, wie wir sehen, längst ihren politisch progressiven Sinn verloren hatte und von der finstersten Reaktion mißbraucht wurde und sich mißbrauchen ließ. Für den absolutistischen Staat lag es nahe, sich durch eine mit Privilegien ausgestattete Beamenschaft und einen gesellschaftlich abgegrenzten Offiziersstand ein verlässliches Machtinstrument zu schaffen. Der kaiserliche, halbabsolutistische Staat tat alles, um die Beamenschaft der politischen Auseinandersetzung, die mit dem Aufkommen parlamentarischer Körperschaften immer breitere Kreise des Volkes erfaßte, fernzuhalten. Der Weg eines kaiserlichen Beamten in das Lager der Sozialdemokratie führte unweigerlich zu seiner Amtsenthebung. Leitenden Beamten war schon das Bekenntnis zu fortschrittlichen bürgerlichen Anschauungen verwehrt. Der Beamtenapparat blieb so einer Staatsanschauung verpflichtet, die antidemokratisch und in jeder Beziehung konservativ war.

Das erfolgreiche Eindringen fortschrittlicher Ideen in das Volksdenken veränderte zwar die Zusammensetzung der Parlamente, konnte jedoch keineswegs die Staatspolitik entscheidend beeinflussen. Der Staatsapparat erwies sich allen Willensäußerungen des Volkes gegenüber als immun. Es war daher das klügste Unterfangen aller reaktionären Kreise, daß sie nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches ihre ganze Kraft darauf konzentrierten, die Staatsmaschinerie des Kaiserreiches durch die Demokratie zu erhalten. Heute haben wir es mindestens im Westen mit ähnlichen gleichartigen Bestrebungen zu tun. Wir haben auch hieraus bittere und ernste Lehren zu ziehen. Wir müssen die besondere Mentalität dieses traditionellen reaktionären Beamtenapparates, die seiner gesellschaftlichen Funktion entspricht, erkennen. Für diesen Beamten galt der Grundsatz „Gesetz ist Gesetz“ und „Befehl ist Befehl“. Er brachte nicht die Kraft und den Mut auf, zu fragen: Ist das Gesetz gut, ist der Befehl richtig? Er lehnte die Verantwortung für die Staatsgewalt ab. So wurde die gleiche Staatsbürokratie, die bereits dem Hohenzollernregime und der Weimarer Republik gedient hatte, dann später zum willfährigen Werkzeug der faschistischen Diktatur.

Der Altmeister der deutschen Jurisprudenz, *Gustav Radbruch*, ein bedeutender *sozialdemokratischer* Wissenschaftler, schrieb nach dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur:

„Mittels zweier Grundsätze wußte der Nationalsozialismus seine Gefolgschaft, einerseits die Soldaten, andererseits die Juristen, an sich zu fesseln: ‚Befehl ist Befehl‘ und ‚Gesetz ist Gesetz‘. Die innere Wesensverwandtschaft von preußischem Militarismus und Bürokratie liegt auf der Hand. Beide sind Blüten des preußisch-junkerlichen Staates, und beide haben wir zu überwinden, wenn wir zu einer demokratischen Erneuerung Deutschlands gelangen wollen, weil sie der praktisch-politische Ausdruck einer Staatstheorie sind, die der marxistischen Staatstheorie absolut feindlich gegenübersteht. Das mangelnde Wissen über die marxistische Staatstheorie trug die Schuld daran, daß die deutsche Arbeiterbewegung sich 1918 für die zu frühe Einberufung der Nationalversammlung mißbrauchen ließ, die in Weimar jene Verfassung schuf, welche politische

Abenteurer und Verbrecher, die im Auftrage des deutschen Monopolkapitalismus handelten, „ganz legal“ nutzen konnten, um eine Welt und Deutschland in Krieg und Unglück zu stürzen.“

2. Die Bedeutung der marxistischen Staatstheorie

In der Frage des Staates hat sich die Reife der Arbeiterbewegung, das heißt in erster Linie der Partei, die sie führt, zu bewähren. Jede politische Bewegung, die die Frage der Macht stellt — und eine politische Bewegung, die diese Frage nicht stellt, hat aufgehört eine politische zu sein, sie ist im besten Falle ein unverbindlicher Diskutierklub —, stellt damit auch die Frage des Staates, denn der Staat ist nichts anderes als die Form, in der diese Macht sich organisiert, in der sie nach außen tritt und Wirklichkeit wird. Keine neue geschichtliche Formation kommt vollendet auf die Welt, sie muß sich in schweren Kämpfen durchringen. Und dieser Kampf, den sie zu bestehen hat, ist der Kampf um ihre Form, der Kampf darum — um mit Hegel zu sprechen —, „zu sich selbst zu kommen“, ihr innerstes Wesen zu begreifen und damit ihre äußere Aktion, ihren Willen mit diesem inneren Wesen in Einklang zu bringen. Dieser Prozeß der Staatswerdung einer Klasse ist also ein Prozeß der Bewußtseinsentwicklung. Eine Klasse kann nur dann ihren Staat entwickeln, wenn sie sich ihrer selbst bewußt geworden ist.

Das Werden des bürgerlichen Staates gibt uns hierfür ein vortreffliches Beispiel. In demselben Maße, wie das Bürgertum zur politischen Macht strebte, war es gezwungen, sich aus der *bestehenden* feudalabsolutistischen Ordnung zu lösen; es mußte *seine* bürgerlichen Prinzipien des Aufbaus der gesellschaftlichen Ordnung den bestehenden feudalabsolutistischen *entgegenstellen*. Es war also gezwungen, sich der Grundlage seiner eigenen Existenz bewußt zu werden und die so gewonnenen Erkenntnisse zur Maxime seines Handelns zu machen. So löste sich das Rechts- und Staatsbewußtsein aus den bestehenden feudalabsolutistischen Verhältnissen und den entsprechenden Bewußtseinsformen. Diese waren schließlich nichts mehr als der dunkle Hintergrund, aus dem heraus die sogenannte „Vernunft“ sich entwickelte,

das heißt die Prinzipien der neuen, der bürgerlichen Welt. So ging der Weg über das Naturrecht zur Aufklärung und schließlich zur bürgerlichen Revolution.

In solcher Weise hat sich auch das Staatsbewußtsein der neuen Klasse, des Proletariats, zu entwickeln. Es ist ein *dialektischer* Prozeß. Aus dem Dunkel der bestehenden Verhältnisse der bürgerlich-kapitalistischen Welt entwickeln sich die Konturen der neuen Gesellschaft, der sozialistischen. Diese Entwicklung ist die Hebung des Bewußtseins des Proletariats als Klasse. Diese Hebung des Bewußtseins aber ist, da sie sich dialektisch vollzieht, die *Heraushebung* des Bewußtseins des Proletariats aus dem herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts-, Rechts- und Staatsbewußtsein, das heißt die *Befreiung* von diesem. Das Selbstbewußtsein des Proletariats, sein Klassenbewußtsein, erwächst in dem Maße, als sein Bewußtsein und damit sein Wille nicht mehr in dem Bann der alten Vorstellungen und Begriffe stehen, sondern die seinem eigenen Fleisch und Blut entsprechenden Vorstellungen und Bestrebungen gegenüber den alten behaupten und durchsetzen. Hier, an der Quelle des Klassenbewußtseins des Proletariats, liegt auch der Ursprung seines Staats- und Rechtsbewußtseins. Das *Staatsbewußtsein* des Proletariats ist also nichts als das nach außen gewandte *Klassenbewußtsein*. Das letztere erhält eine gewisse Reife dort, wo es sich zu einer bestimmten Macht organisiert, und diese Organisation ist der Staat des Proletariats. Dies ist die Lehre, die Marx aus der Pariser Kommune zog. Das Proletariat braucht den Staat; es gebraucht ihn als Instrument seiner Machtentfaltung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Dieser enge Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Klassenbewußtseins und dem Staat des Proletariats mag vor Augen führen, wie gefährlich, ja tödlich für das Proletariat ein Staatsnihilismus, also die Unterschätzung des Staates als Instrument der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der alten Gesellschaft ist. Negiert man den Staat des Proletariats, so schlägt man dem Proletariat seine wichtigste Waffe aus der Hand; lehrt man das Proletariat nicht, seinen eigenen Staat zu organisieren, so führt man den Klassenkampf nicht zu der organisatorischen Vollendung, deren er bedarf. Ohne die Entwicklung *seiner* Organisationsformen — und der Staat ist die

wichtigste dieser Organisationsformen — kann sich das Proletariat weder organisatorisch noch geistig aus den alten Fesseln befreien.


An der Frage des Staates lassen sich in der Folgezeit Entwicklung und Verfall der Marxschen Lehre geradezu ablesen. Die Frage des Staates wird der Prüfstein für den Marxismus. In keiner anderen Frage klaffen der vulgär-ökonomische Revisionismus und der dialektisch-revolutionäre Marxismus in gleicher Weise auseinander wie in der Frage des Staates.

Die Revisionisten, wie alle „Evolutionisten“, die den Übergang zum Sozialismus als friedlichen Prozeß sahen und eine Abstumpfung des Klassenkampfes prophezeiten, sahen die Auflösung der bürgerlichen Ökonomie und damit des bürgerlichen Staates als automatischen Prozeß.

Unter Ausnutzung und völliger Entstellung der Lehre vom Absterben des Staates behaupteten sie, dieses Absterben vollziehe sich durch den Prozeß des langsamen, automatischen Überganges des sich immer mehr organisierenden Kapitalismus zum Sozialismus. Sie behaupteten, daß das eine zwangsläufige Entwicklung sei, in der der Staat nur eine passive Rolle spiele. Er sterbe ab, weil der mehr oder weniger harmonisch sich entwickelnde Gang der Gesellschaft selbst zum Sozialismus führe, also auch zur Aufhebung der Klassengesetze. Die Partei könne sich also darauf beschränken, sich in diesen ablaufenden Prozeß der bürgerlich-kapitalistischen Welt einzureihen.

Der dialektisch-revolutionäre Marxismus hingegen sah eine Verschärfung der Klassenwidersprüche voraus, die nicht eine automatische Auflösung der bürgerlichen Ordnung und des bürgerlichen Staates, sondern im Gegenteil ihre Verhärtung zur Folge habe.

Mit dem Wachstum der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft bedient sich die Bourgeoisie immer rücksichtsloser des Staatsapparates und findet immer neue Mittel und Wege, das Bewußtsein des Proletariats unter seinen Einfluß zu bringen. Das Proletariat muß diesem Einfluß entgegenwirken, wenn es nicht in dem Sumpf der bürgerlichen Gesellschaft versacken und unter unsagbaren Leiden sein Dasein fristen will. Das Hineinwachsen des Proletariats in den bürgerlichen Staat betrachtet der dialektisch-revolutionäre Marxismus als eine



gefährliche, für, das Klassenbewußtsein des Proletariats tödliche Einflußnahme der bürgerlichen Ideologie auf das Proletariat, als *seine Unterordnung unter die bürgerliche Gesellschaft*. Demgegenüber ist es die Aufgabe des Proletariats, sich organisatorisch und ideologisch aus dem alten Prozeß zu lösen. Es steht also die Frage der Differenzierung von dem bestehenden Staat, der Verselbständigung ihm gegenüber.


Wir werden die Aufgaben, die die Praxis an uns stellt, nicht bewältigen können, wenn wir nicht die größte Klarheit in der Frage der Staatstheorie gewinnen. Wir werfen alle unsere Kraft in die Gestaltung eines neuen Staatswesens. Das aber bedingt, daß wir das Wesen des von uns erstrebten Staates deutlich erkennen, seine grundsätzliche *qualitative* Verschiedenheit gegenüber dem hergekommenen bürgerlichen Staat herausarbeiten. Wenn wir unsere Aufbauarbeit an dem neuen Staat nicht mit der kritischen Arbeit an dem alten bürgerlichen Staat der Weimarer Verfassung verbinden, so laufen wir Gefahr, daß wir, statt ein neues Staatswesen zu errichten, das alte, nämlich jenes Weimarer Staatswesen restaurieren.

Dieser Punkt ist eine Lebensgefahr für die Partei. Wenn wir nicht den alten Staat und seine Institutionen, das traditionelle Staatsbewußtsein überwältigen, wenn wir nicht die neue sozialistische Organisationsform entwickeln, dann werden die alten Formen uns überwältigen, wir werden in den alten Staat hineinwachsen, statt daß wir einen neuen bauen.

Es ist ein verhängnisvoller Trugschluß, zu glauben, unsere Einflußnahme auf den Staat sei damit sichergestellt, daß wir Kommandostellen im Staate in die Hand nehmen. Nun, so einfach ist die Sache nicht. *Nur eine tiefgreifende Umgestaltung des traditionellen Staatswesens sichert uns unseren entscheidenden Einfluß auf den neuen Staat*. Die Grundlage unserer Arbeit in und am Staat ist nicht die technisch einwandfreie Verwaltungsarbeit, diese ist nur selbstverständliche Voraussetzung. Allein, man hat aufgehört Sozialist zu sein und versteht die Aufgaben, die wir an unsere Funktionäre im Staatsapparat stellen, schlecht, wenn man glaubt, daß sich darin ihre Aufgabe erschöpfe. Die Grundlage bleibt die Arbeit in den Massen, das Hineintragen des Ver-

ständnisses für den Sozialismus und für unsere auf den Ausbau des Sozialismus tendierenden Maßnahmen in unser Volk, es für unsere Sache zu begeistern und es selbst zum ausführenden Organ dieser Aufgaben und Politik zu machen. Es kommt nicht darauf an, vom grünen Tisch zu administrieren, sondern die Probleme und Aufgaben, welche die Zeit stellt, in das Volk hineinzutragen. Die *Hereinziehung der Massen* des Volkes in diese Aufgaben und damit *in den Staat*, das ist das Wesen unserer Arbeit im Staat und für den Staat. Wir müssen einen neuen Staat schaffen, der nicht ein Instrument der Unterdrückung der Werktätigen ist, sondern ein Instrument der bewußten Lebensgestaltung für die Werktätigen, ein Ausdruck des Willens der neuen herrschenden fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte.

Man muß sich dabei bewußt sein, daß das ein sehr schwieriger Prozeß ist. Es geht um den Bruch einer jahrhundertelangen Tradition und Gewohnheit, es geht darum, alteingefahrene gesellschaftliche und staatliche Vorstellungen aus den Angeln zu heben. Die Tatsache, daß in einem Teil Deutschlands, in der sowjetischen Besatzungszone, der revolutionäre Bruch des alten Staatsmechanismus durch die Besatzungsmacht vollzogen ist, darf uns keineswegs darüber hinwegtäuschen, daß die Probleme und Schwierigkeiten hier keine anderen sind, denn die Arbeit der tiefgreifenden und endgültigen Neugestaltung des Staates kann uns durch die sowjetische Besatzungsmacht nicht abgenommen werden. Man kann vor solchen verhängnisvollen Illusionen nicht genug warnen. Sie geben ein schönes Schlummerkissen, auf dem es sich bequem ruhen und auf den Gang der Entwicklung warten läßt. Diese Illusion lullt uns in einem Augenblick ein, wo zu handeln dringend geboten ist, denn was wir dank des Einflusses der sowjetischen Besatzungsmacht in der Ostzone erhalten haben, das ist die *Chance*, diesen Entwicklungsprozeß beschleunigt zu durchlaufen. Das aber geht keineswegs ohne unsere intensivste Arbeit ab. Ja, nur unsere politische Arbeit kann die Grundlage dieser Entwicklung sein; das nimmt uns keiner ab. Die Grundlage der Entwicklung des deutschen Volkes, insbesondere der werktätigen Massen, können nur das deutsche Volk und insbesondere die Werktätigen aller Schichten selbst sein. Wir müssen in die Bedin-



gungen organisierend und aufbauend eingreifen und hineinwachsen, die uns in der Ostzone gegeben sind und die sich in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturveränderung offenbaren.

Der revolutionäre Akt der Zerschlagung des alten Staatsapparates ist im östlichen Teile Deutschlands durch die Kraft der Sowjetunion und ihrer Roten Armee vollzogen worden. Aber die volle Ausgestaltung und der weitere Ausbau des neuen antifaschistisch-demokratischen Staates ist die von den fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften unseres Landes selbst nunmehr zu bewältigende Aufgabe. Gestützt auf das feste *Bündnis* mit allen fortschrittlichen Kräften *in der Welt* und vor allem mit der Sowjetunion, die das Lager des Fortschritts führt, werden sie diese Aufgabe lösen können. Wir wissen, daß in diesem Prozeß der Arbeiterklasse die führende Rolle zukommt, und der Kopf der Arbeiterklasse ist ihre Partei.

Die historische Aufgabe gerade der Arbeiterklasse besteht darüber hinaus darin, einen ganz neuen Staatstypus als Organ ihrer Klassenherrschaft zu schaffen. Das Ziel der Klassenherrschaft des Proletariats aber ist letztlich die Überwindung der Klassengesellschaft und damit das Aufhören aller Herrschaft überhaupt. Damit wird der Staat überflüssig und stirbt ab. An seine Stelle tritt die freie Assoziation, die Vereinigung der Menschen unter ihren selbst gestellten Zwecken.

Zur Frage des Absterbens des Staates hat Stalin auf dem XVIII. Parteitag der KPdSU(B) wichtige Ausführungen gemacht. Er warnte vor der bloßen eintönigen Wiederholung des Marx-Engelsschen Satzes vom Absterben des Staates. Eine eintönige Wiederholung des Satzes spräche dafür, sagte *Stalin*, daß diese Genossen

„einzelne Sätze der Lehre von Marx und Engels vom Staat gewissenhaft auswendig gelernt haben. Sie zeugen aber auch davon, daß diese Genossen das Wesen dieser Lehre nicht begriffen haben“¹.

Und *Stalin* fragte dann weiter:

„Auf welchem Boden konnte bei uns diese Unterschätzung aufkommen?“

¹ „Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)“, in J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 721.

Auf dem Boden der ungenügenden Ausarbeitung und Unvollständigkeit einiger allgemeiner Sätze der Lehre des Marxismus vom Staate. Sie fand Verbreitung infolge unseres sträflich sorglosen Verhaltens zu den Fragen der Staatstheorie, obwohl wir über die praktische Erfahrung einer zwanzigjährigen staatlichen Tätigkeit verfügen, die ein reiches Material für theoretische Verallgemeinerungen liefert, obwohl wir die Möglichkeit haben, diese theoretische Lücke, bei richtigem Willen unsererseits, erfolgreich auszufüllen. Wir hatten den überaus wichtigen Hinweis Lenins auf die theoretischen Pflichten der russischen Marxisten vergessen, die berufen sind, die Theorie des Marxismus weiter auszuarbeiten. Lenin sagt darüber:


„Wir betrachten die Marxsche Theorie durchaus nicht als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares: wir sind im Gegenteil überzeugt, daß sie nur die Grundpfeiler jener Wissenschaft geschaffen hat, die die Sozialisten in allen Richtungen weiterentwickeln *müssen*, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen. Wir sind der Meinung, daß für die russischen Sozialisten eine *selbständige* Ausarbeitung der Marxschen Theorie besonders notwendig ist, denn diese Theorie liefert nur die allgemeinen *leitenden* Sätze, die *im besonderen* in England anders als in Frankreich, in Frankreich anders als in Deutschland, in Deutschland anders als in Rußland anzuwenden sind.“¹

(Lenin, Unser Programm, Sämtl. Werke, Bd. II, S. 492, russ.)“¹

Stalin legt dann dar, daß der Staat in der Sowjetunion unter den Bedingungen der kapitalistischen Umkreisung auch in der Periode des Kommunismus, der klassenlosen Gesellschaft, noch in bestimmten, sehr wichtigen Funktionen weiterbestehen muß und erst nach Nichtmehrbestehen der kapitalistischen Umgebung in allen seinen Funktionen absterben wird. So hat Stalin die marxistisch-leninistische Staatstheorie hier in einem sehr wichtigen Punkte weiterentwickelt auf Grund einer genauen Untersuchung der für die Sowjetunion heute konkret gegebenen Entwicklungsbedingungen.

In der deutschen Arbeiterbewegung hat sich der Einfluß des Revisionismus auch verhängnisvoll gerade auf die Entwicklung der Lehre vom Staat ausgewirkt.

¹ Ebenda, S. 723.



Es hieße, die Geschichte des Revisionismus auf der einen, des Leninismus auf der anderen Seite darstellen, wollte man die Frage des Staates in der Entwicklung der Arbeiterbewegung erschöpfend behandeln. Es soll in diesem Zusammenhang nur die Frage der Rolle der Partei in Beziehung auf die Ausbildung des Staates des Proletariats beleuchtet werden.

Für die Revisionisten, wie für alle „Evolutionisten“, stand dieses Problem sehr einfach.

Ihre Losung lautete: Hinein in den Staat. Die relative Festigung der bürgerlichen Staatsmacht nach dem Zusammenbruch der Pariser Kommune ließ den Einfluß des Staates bis tief in das Proletariat sich erstrecken. Vor dieser Erscheinung kapitulierten die Evolutionisten. Die revolutionäre Stellung zum bürgerlichen Staat wurde aufgegeben. Man bekämpfte ihn mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie, mit den Forderungen auf Ausgestaltung eines Verfassungsrechts. Die Taktik war darauf konzentriert, die bestehenden bürgerlich-parlamentarischen Institutionen, die dem Volke bürgerlich-parlamentarische Rechte gewähren sollten, maximal auszunutzen und weiter auszubauen. So strebte man danach, Massenpartei in bürgerlich-demokratischem Sinne zu werden. Die Partei strebte danach, „an den Staat“ heranzukommen, an der bürgerlichen Regierung teilzunehmen und ihre Leute in den Staatsapparat zu lancieren.

Für die revolutionären Marxisten stand die Frage des Staates ganz anders. Ihre Haltung zum Staat war bestimmt durch die prinzipielle Negierung der bestehenden bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, deren Ausdruck der herrschende Staat war. Sie beruhte auf der Erkenntnis, daß dieser Staat das Instrument zur Sicherung dieser Ordnung ist. Der Kampf wurde nicht auf der Ebene der Verfassungsreform gefochten, sondern es ging um den Sturz dieser Ordnung und ihres Staates. Die Aufgabe, die für die Partei der Arbeiterklasse daraus erwuchs, war, das Bewußtsein der Notwendigkeit des Sturzes der bestehenden Ordnung und ihres Staates in das Proletariat hineinzutragen. Das aber hieß, das Bewußtsein des Proletariats aus der Befangenheit durch die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse und

die ihnen entspringenden ideologischen Formen herauszulösen und sein eigenes Bewußtsein, das heißt das Selbstbewußtsein seiner Klasse, in es hineinzutragen; also der bestehenden kapitalistischen Ordnung eine andere Ordnung, seine eigene, die sozialistische, entgegenzustellen; dem bestehenden Staatswillen einen anderen, den Willen zum proletarischen Staat entgegenzusetzen.

Dies ist der Weg, den Lenin dem Proletariat gewiesen hat. Er lehrte es, sich ganz auf eigene Füße zu stellen, aus der Lehre von Marx das Bewußtsein seiner eigenen Lage und seiner Aufgaben in der Gesamtentwicklung der Gesellschaft zu erarbeiten.

Die Aufgabe, die hieraus der *Partei* der Arbeiterklasse erwächst, ist grundlegend verschieden von der, die sich die evolutionäre Partei stellt. Die revolutionäre Partei hat jenem — von den Revisionisten begrüßten und geförderten — Prozeß der Eingliederung der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat *entgegenzuwirken*, da für sie dieser Prozeß der *Einordnung* nichts anderes ist als die *Unterordnung* des Bewußtseins des Proletariats unter die herrschende bürgerliche Ordnung. Die revolutionäre Partei hat also die Arbeiterklasse ständig von den Einflüssen der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung des bürgerlich-kapitalistischen Staates zu differenzieren. Diese Rolle hat Lenin der Partei der Arbeiterklasse zugeschrieben. Er hat bewiesen, daß, wenn das Proletariat seinen Kampf richtig führen will, seine Partei diese Funktionen zu erfüllen hat.

Das grundlegende Werk Lenins, das diese Rolle der Partei begründete und die Prinzipien ihres organisatorischen Aufbaus festlegte, ist sein 1902 geschriebenes Buch: „Was tun?“

Lenin betont in seinem genannten Werk (sich auf Kautsky berufend, der damals noch eine durchaus richtige Position hatte), daß *zwei* Faktoren zusammentreffen müssen, damit sich das Klassenbewußtsein des Proletariats entwickle: der spontane Aufschwung der Massen *und* die richtige Erkenntnis der gegenwärtigen Gesellschaft als Ganzes. Er unterscheidet zwischen den gewerkschaftlichen (*trade-unionistischen*) Kämpfen, die auf bloß spontaner Grundlage der Forderung nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen entstehen, ohne daß die

Gesellschaft als Ganzes in Frage gestellt und bewußt bekämpft würde, das heißt also, ohne daß das Bewußtsein über das gesellschaftliche Ganze und die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes entwickelt wäre, und dem bewußt *politischen* Kampfe, der auf die Umgestaltung der Gesellschaft gerichtet ist und den *Lenin* als „sozialdemokratischen Kampf“ bezeichnete. Er schreibt:

„An und für sich waren diese Streiks ein trade-unionistischer und noch kein sozialdemokratischer Kampf; sie kennzeichneten das Erwachen des Antagonismus zwischen den Arbeitern und den Unternehmern, aber den Arbeitern fehlte — und mußte auch fehlen — die Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen Regime, d. h. es fehlte ihnen das sozialdemokratische Bewußtsein.“¹

Lenin also unterscheidet deutlich zwischen der spontanen Reaktion auf die Unterdrückung durch die Unternehmer — die den Rebellen und im extremsten Falle den Terroristen hervorbringt, der zwar subjektiv heldenhaft handeln mag, dessen Aktion aber schließlich doch im Sande verlaufen muß — und der *Erkenntnis* des Gegensatzes zu dem *gesamten*, gegenwärtigen (das heißt bürgerlich-kapitalistischen) politischen und sozialen Regime. Nur diese Erkenntnis kann den marxistischen Politiker hervorbringen, den Mann, der, durch keine bloß spontane Reaktion geblendet, mit kühlem Verstande aus der Erwägung aller Umstände im richtigen Augenblick die richtige Entscheidung fällt.

Die Entwicklung des Klassenbewußtseins setzt die Erkenntnis der gesamten gesellschaftlichen Zusammenhänge voraus; ohne Erkenntnis der Zusammenhänge kann die Arbeiterklasse ihre Stelle im Ganzen der Gesellschaft nicht sehen und auch nicht die richtige Praxis entwickeln.

Diese Funktion des Bewußtseins (das auf der Grundlage der Marxschen Lehre zu erarbeiten ist), die Aktion der Arbeiterklasse aus dem bloß spontanen Reagieren auf dieses oder jenes Ereignis herauszubringen, die Arbeiterklasse lehren, das Ganze der Gesellschaft zu sehen, und sie zu einer, an der Gesamtentwicklung der Gesellschaft orientierten Praxis zu erziehen — das ist die Funktion einer marxistischen Partei.

¹ W. I. Lenin, „Was tun?“, Dietz Verlag, Berlin 1946, 3. Auflage, S. 62/63.

Die Partei der Arbeiterklasse hat die Werkstätte zu sein, in der das Bewußtsein, das Klassenbewußtsein erarbeitet wird, sie hat der Sammelpunkt und die hohe Schule für die Heranbildung der marxistischen Politiker zu sein. Erst dies qualifiziert sie zum Führer im Kampf gegen die herrschende Gesellschaftsordnung. Die marxistische Partei als das Kampforgan der Arbeiterklasse muß die Verkörperung der Gesetzmäßigkeit der Entwicklung sein, welche die Arbeiter als Klasse zu durchlaufen haben, um zur Herrschaft reif zu werden.

Dieses Werk Lenins erschien 1902. Damals stand noch nicht die Frage des Kampfes um den Staat und sie wurde von Lenin auch nicht gestellt. Es kam ihm in „Was tun?“ auf die ideologische und organisatorische Fundierung der Partei an.

Aber doch ist hier ein Prinzip erarbeitet, das grundlegend für Lenins weiteres Werk wurde: die Entwicklung vom Standpunkt des Proletariats zu sehen; die neue organisatorische Form vom Standpunkt der Entwicklung des Proletariats zu erarbeiten; das Proletariat zu lehren, sich niemals unter die vorhandenen bürgerlichen Verhältnisse, Gesellschafts- und Staatsformen zu beugen, sondern mit eiserner Logik und den größten Forderungen an die Partei die Verhältnisse zu analysieren und zu gestalten, wie die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung dies erfordert.

So ging auch Lenin an das Problem des Staates. Zwei Werke sind hierfür von größter Bedeutung: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ und „Staat und Revolution“.

In dem ersten Werk, das 1905 geschrieben wurde, betonte Lenin die Notwendigkeit der Führung der bürgerlich-demokratischen Revolution durch das Proletariat und bezeichnete als den Staat, der diese Aufgabe der Durchführung des Programms der bürgerlich-demokratischen Revolution unter der Hegemonie des Proletariats, gestützt auf das Bündnis mit der Bauernschaft, hat: Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Gleichzeitig legte Lenin dar, daß auf diese Weise auf einer bestimmten Entwicklungsstufe die Möglichkeit der Überleitung der bürgerlich-demokratischen in die sozialistische Revolution gegeben ist.

In der Taktik, die Lenin damals entwickelte, zeigte sich der geniale Führer des Proletariats, der es in dem Augenblick der Revolution auf die zentrale Frage der Revolution lenkte: auf die Machtfrage, die Schaffung eines neuen, den Aufgaben der Revolution dienenden Staats- und Machtapparates unter seiner Führung. Er trat mit Schärfe der Auffassung der Menschewiki entgegen, die behaupteten, das Proletariat könne in dieser Revolution beiseitestehen, da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen dem Zarismus und dem Bürgertum handelte, also um eine bürgerliche Revolution.

„Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern, im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschiedensten Kampf für einen konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende.“¹

Das Proletariat als die am meisten unterdrückte Klasse muß der Herr der Revolution werden.

„Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats *unbedingt* notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“

Daraus folgt,

„daß *in einem gewissen Sinne* die bürgerliche Revolution für das Proletariat *vorteilhafter* ist als für die Bourgeoisie“².

Sie wird zur Entfernung gewisser feudal-absolutistischer Überreste führen wie Monarchie, stehendes Heer, Beamtschaft, die für die Bourgeoisie sehr vorteilhaft sind.

„Wir können aus dem bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht hinauspringen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats kämpfen, für seine unmittelbaren

¹ W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Dietz Verlag, Berlin 1946, 3. Auflage, S. 46.

² Ebenda, S. 44.

Bedürfnisse und für Bedingungen, die die Vorbereitung seiner Kräfte für den künftigen vollen Sieg ermöglichen.“¹

Hier läßt Lenin die Fragestellung wieder lebendig werden, die Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ in der Revolution von 1848 als die demokratische Taktik entwickelt hatte: Heranführung der Massen des Volkes an den Staat, um diese mit dem Staat zu konfrontieren, ihre Kräfte im Kampf mit dem Staat zu entwickeln; mit andern Worten, die Aufgabe der Überwindung des alten Staates durch die Praxis des Kampfes zu stellen.

Diese marxistisch-dialektische Taktik, in der alles auf die Entwicklung der Kämpfe des Proletariats zur Überwindung des alten Staates ankam, ist natürlich diametral der revisionistisch-evolutionären entgegengesetzt, die das „Heranführen an den Staat“ als die Eingliederung in die bestehende Staatsordnung verstand; also gerade die *Unterordnung* unter den bestehenden Staat.

Diese Taktik der Eingliederung und Unterordnung der Arbeiterklasse unter die bestehende Staatsordnung ging bekanntlich mit der Theorie von der Neutralität, dem überklassenmäßigen Wesen des Staates einher. Das sind zwei Seiten derselben Erscheinung. Denn der Verlust der Einsicht in die Klassennatur des herrschenden Staates macht die Beugung des Proletariats unter ihn überhaupt erst möglich. Die Entwicklung des Revisionismus bis zum ersten Weltkriege ließ die Auffassung von der politischen Neutralität des Staates in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei immer weiter um sich greifen. Für die Revolution mußte sich dies tödlich auswirken, denn ihre Konsequenz war nicht Kampf gegen den Staat, Bruch des Staates, sondern unter dem Motto seiner „Ausnutzung“ und der Sicherung von „Ruhe und Ordnung“ führte sie faktisch zur Beugung der Arbeiterklasse unter den Staat. War aber die Frage der Zertrümmerung des alten Staates nicht von Anbeginn als die zentrale Frage der Revolution gestellt, so war der Kampf verloren, bevor er begonnen hatte.

Der Widerlegung dieser Lehre von der politischen Neutralität des Staates widmete Lenin sein bekanntes Werk: „Staat und Revolution“.

¹ Ebenda, S. 46.

Er stellte hier das bürgerlich-kapitalistische Wesen des überkommenen Staates mit aller Deutlichkeit wieder heraus. Dieser Staat kann nicht der Staat der Arbeiterklasse sein, er kann ihr niemals zur Entfaltung ihrer Kräfte dienen, er ist eine feindliche Hülle und eine beengende Fessel. Abermals hat hier der große Revolutionär und Dialektiker Lenin, indem er auf diese Fessel und die Notwendigkeit ihrer Sprengung wies, der Freiheit den Weg geebnet. Er hat der Arbeiterklasse gezeigt, was sie nicht auf sich nehmen darf, welche Grenzen und Schranken die alte Gesellschaftsordnung ihr setzt. Lenin hat damit die Selbständigkeit der Arbeiterklasse gegenüber dem hergebrachten Staate wiederhergestellt, ihr Klassenbewußtsein und damit ihren Willen von den Schlacken der überkommenen Ideologie und organisatorischen Formen gereinigt. Damit machte er der Arbeiterklasse den Weg frei. „Staat und Revolution“ wurde wenige Monate vor dem Ausbruch der Oktoberrevolution geschrieben, damit hat Lenin die Arbeiterklasse „an den Staat“ herangeführt, nicht aber in dem flachen Sinne der Unterordnung unter den bestehenden Staat, sondern in einem echt dialektisch-revolutionären Sinne. Er hat die Arbeiterklasse vor die Notwendigkeit der Schaffung ihres Machtinstrumentes „Staat“ gestellt, vor die Notwendigkeit, ihre Kräfte und das gesellschaftliche Ganze zu organisieren. Dies war nur möglich dadurch, daß sowohl organisatorisch als ideologisch der alte Staat überwunden wurde.

Will man gegenüber dieser revolutionär-dialektischen Fragestellung bei Lenin, die das theoretische Rüstzeug für die Oktoberrevolution 1917 gab und die erfolgreiche Taktik erarbeitete, die Mängel und Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung in dieser Epoche studieren, so tut man es am besten, wenn man Kautskys Buch: „Die Diktatur des Proletariats“ zur Hand nimmt. Dieses im Sommer 1918 erschienene Werk, das gleichfalls als ideologisches Rüstzeug für die Revolution dienen sollte, spiegelt gerade umgekehrt alle Schwächen der deutschen Arbeiterklasse in der Novemberrevolution des Jahres 1918 wider.

Kautsky schrieb dieses Buch gegen die Taktik Lenins und gegen die Oktoberrevolution. Er spricht von den beiden sozialistischen Rich-

tungen, der bolschewistischen und nichtbolschewistischen, und sagt gleich zu Beginn, worin er die Differenz sieht:

„Der Gegensatz der beiden sozialistischen Richtungen beruht nicht auf kleinen persönlichen Eifersüchteilen, er ist der Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden: der *demokratischen* und der *diktatorischen*. Beide Richtungen wollen dasselbe: das Proletariat und damit die Menschheit durch den Sozialismus befreien. Aber den Weg, den die einen gehen wollen, halten die anderen für einen Irrweg, der ins Verderben führt.“¹

Er trat natürlich gegen den „diktatorischen“ für den „demokratischen“ Weg ein und verwarf die Rätewacht. Es verlohnt sich heute nicht mehr, auf all die Unrichtigkeiten und Entstellungen sowohl der Darstellung der Rätewacht als auch der Würdigung ihrer Maßnahmen einzugehen, die sich in diesem Werk auf jeder Seite häufen. Die Geschichte hat längst das Gegenteil von all dem bewiesen, was Kautsky hier behauptete. Dagegen ist die in diesem Werk eingeflochtene Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur, der — wie Kautsky sagt — Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden, auch heute noch von großer Bedeutung, weil sie symptomatisch ist für die kleinbürgerliche Zwitterhaltung, begründet auf einem oberflächlichen, vulgarisierten und darum verfälschten Marxismus, der in der deutschen Arbeiterbewegung selbst heute keineswegs überwunden ist. Hier ist jene Methode angewandt, unter der wir heute noch so viel leiden: statt die Sache zu studieren, mit Worten zu operieren. Das hat auch *Lenin* in seiner heute überaus aktuellen Schrift gegen das genannte Werk Kautskys „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ mit aller Schärfe betont:

„Bemerken wir nebenbei, daß Kautsky, indem er die Nichtbolschewiki in Rußland, d. h. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, Sozialisten nennt, sich von ihrem Namen, d. h. von einem Wort, leiten läßt, nicht aber von der *tatsächlichen Stellung*, die sie im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie einnehmen.“²

¹ Karl Kautsky, „Die Diktatur des Proletariats“, Wien 1918, S. 3.

² W. I. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Moskau 1947, S. 6.

Das Wortspiel Demokratie und Diktatur ist es auch, was die Methoden Kautskys ausmacht, wie es ja heute noch dieses Wortspiel ist, die sture und schon ganz gedankenlos betriebene Gegenüberstellung dieser beiden Begriffe, auf der die ganze Logik der „Antimarxisten“ beruht. Unfähig, in die Sache selbst einzudringen, konstruiert man zu Beginn ein solches Gegensatzpaar: Demokratie und Diktatur, worin das eine das andere ausschließt. Die Demokratie fungiert dabei als das Gute, die Diktatur als das Böse, so wie es eben in jenen Zeiten war, wo man, die Wirklichkeit nicht verstehend, Engel und Teufel konstruierte. In Wahrheit geht es dabei jedoch nur um die Rettung der *bürgerlichen* Demokratie und des bürgerlichen Staates. Das Erstaunliche dieser Logik schon bei Kautsky, wie auch heute in der vulgären Staatslehre der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie, ist, daß der sozialistische Staat als der böse Teufel = Diktatur fungiert, während der bürgerliche Staat als der gute Engel = Demokratie erscheint. Die Frage, in welchem dieser Staaten das Vermögen des Volkes zur freien Gestaltung seiner Gemeinschaft (denn das ist doch das Wesen der Demokratie, wenn diesem Wort ernstlich überhaupt ein Sinn beigelegt werden soll) in höherem Maße gewährleistet ist, wird dabei überhaupt nicht untersucht. Die diktatorischen Elemente des bürgerlichen Staates verschwinden bei dieser primitiven Betrachtung ebenso wie die demokratischen des sozialistischen Staates. Damit aber ist nicht nur der Klassenstandpunkt gegenüber dem bürgerlichen Staate aufgegeben, nämlich die Erkenntnis des Wesens dieses Staates als Herrschaftsform des Bürgertums, als Diktatur der Bourgeoisie, sondern es ist hier auch — und diese Seite ist bei Kautsky noch verhängnisvoller — die staatsgestaltende Kraft der Arbeiterschaft als Klasse negiert. Wenn dem proletarischen Staat seine demokratischen Elemente abgesprochen werden, wenn man ihn als die Herrschaft einer Partei über die Massen des Volkes betrachtet, so heißt das, das Vermögen der Massen des Volkes zur Selbstgestaltung seiner Staatsordnung verneinen.

Hier liegt der Punkt, an dem sich die unheilvollen Konsequenzen der revisionistischen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung deutlich zeigen. Das Vertrauen auf die friedliche Entwicklung zum Sozialismus, wie es die Revisionisten lehrten, hatte die deutsche Ar-

beiterbewegung in den Rahmen der bürgerlichen Ordnung und des bürgerlichen Staates gezwängt, und zwar sowohl ideologisch als auch organisatorisch. Sie hatte weder ihre von der bürgerlichen Ordnung unabhängige und dieser entgegenstehende Partei entwickelt, noch hatte sie das Bewußtsein entwickelt, die alte Ordnung, den alten Staat zu brechen und an seine Stelle einen neuen, ihren Staat zu setzen. Kautsky hatte am Vorabend der Novemberrevolution, statt wie Lenin zur Vervollständigung gegenüber dem alten Staate aufzurufen und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen ihn aufzuzeigen, die Massen vor dem Zerbrechen des alten Staates gewarnt, vor ihnen das Schreckbild einer „Diktatur“ aufgerollt. Seine Predigt der Demokratie war nichts als die Taktik der Einordnung der Arbeiterklasse in den bestehenden Staat, wobei er der Arbeiterbewegung lediglich als Aufgabe stellte, bürgerlich-demokratische Reformen zu fordern und durchzuführen.

So beugte sich in den entscheidenden Tagen und Monaten der Revolution von 1918 die deutsche Sozialdemokratie unter den herrschenden Staat und ging den Weg der bürgerlich-demokratischen Reformen, in den Weimarer Staat, in den Koalitionsschacher der Weimarer Republik, in den selbstmörderischen Bruderkampf, in die Gestapohöllen, in die Konzentrationslager, zu den Verbrennungsöfen in Auschwitz, Buchenwald, Maidanek und Mauthausen und zum zweiten Weltkrieg.

Es wäre jedoch eine unvollkommene Betrachtung der Auswirkungen der Novemberrevolution, der aus ihr geborenen Weimarer Verfassung und der Frage Staat und Arbeiterklasse, wollte man hier an der Politik der Kommunistischen Partei Deutschlands vorbeigehen.

3. Die richtige Beurteilung der Fehler

Die Fehler der Kommunisten lagen in ihrer entscheidenden Bedeutung weniger im Revolutionsjahr 1918/19, als in der sich daraus ergebenden späteren Situation in Deutschland. Auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 hat Georgi Dimitroff

die späteren Fehler der Kommunisten in Deutschland dahingehend gekennzeichnet, daß sie die eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtigten, sondern fortfuhren, jene Losungen zu wiederholen und auf jenen taktischen Positionen zu verharren, die vor einigen Jahren richtig waren, „als sich um das Banner der Weimarer Republik, wie das 1918 bis 1920 der Fall war, die ganze deutsche Konterrevolution scharte“.

Wilhelm Pieck hat in seinem großen Referat auf der Brüsseler Parteikonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands im Oktober 1935 gesagt:

„In diesen Ausführungen des Genossen Dimitroff liegt der Schlüssel zur Erkenntnis der Fehler, die die KPD in den letzten Jahren vor der Machtergreifung durch Hitler beging. Eine Taktik, die zu einer bestimmten Zeit richtig war, wurde auch dann fortgesetzt, als die Bedingungen des Kampfes andere wurden. Wir richteten unseren Hauptangriff gegen die Sozialdemokratie noch in einer Zeit, in der wir den Hauptangriff gegen die faschistische Bewegung hätten richten müssen ...

Aber die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse leistete der Sozialdemokratie Gefolgschaft und setzte ihre Hoffnung auf die bürgerliche Demokratie, auf die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie. Die faschistische Bewegung schwoll indessen mächtig an und bedrohte alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse. Das hätte uns zur Änderung der Richtung unseres Hauptstoßes veranlassen müssen. Das Anwachsen der faschistischen Gefahr wurde jedoch von uns unterschätzt ...

Dieser Vormarsch der Faschisten hätte uns ernst genug die faschistische Gefahr aufzeigen und uns veranlassen müssen, in unserer strategischen Orientierung eine Wendung in der Richtung des Hauptstoßes gegen die Faschisten vorzunehmen und alle Anstrengungen zu machen, die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum Kampf gegen den Faschismus zu schaffen.

Statt dessen führte die Partei mit ihrer Beteiligung an dem von den Faschisten eingeleiteten Volksentscheid gegen die Preußenregierung im August 1931 eine taktische Maßnahme durch, die die Durchführung dieser Aufgabe bedeutend erschweren mußte ...

Die Theorie ... eine Gleichstellung der sozialdemokratischen Arbeiter mit den reaktionären Führern der SPD, hat eine Verständigung mit den sozialdemokratischen Arbeitern zum gemeinsamen Kampf lange Zeit

fast unmöglich gemacht... hat sich noch lange in der Partei ausgewirkt, weil sie eben ihre Wurzel im Sektierertum hatte..

Aber es fehlte bei dieser Einstellung die Linie auf ein Herantreten an die sozialdemokratischen Organisationen, es überwog mehr der Versuch zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für die Partei. Vor allem verhinderte aber das in der Partei tief eingewurzelte Sektierertum ein wirklich ernstes Herangehen an die sozialdemokratische Arbeiterschaft, um die Einheitsfront zustande zu bringen oder wenigstens Verständnis bei ihnen für die Losungen und die Politik der Partei zu erwecken...

Als im Frühjahr 1932 die ersten Versuche zu einer Verständigung mit den sozialdemokratischen Organisationen zum gemeinsamen Vorgehen unternommen wurden — ich erinnere nur an das Abkommen unserer Organisationen in Bernau bei Berlin mit dem Vorstand der SPD und dem Ortsausschuß des ADGB zu einer gemeinsamen Abwehr der faschistischen Überfälle und einer gemeinsamen Maidemonstration; an das Angebot unserer Berliner Organisation an den Bezirksvorstand der SPD zu gemeinsamen Demonstrationen; ich erinnere an die Erklärung unserer braunschweigischen Landtagsfraktion auf Unterstützung der Wahl eines sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, um die Wahl eines Faschisten zu verhindern — da wurden in einem Rundschreiben des ZK im Juni 1932 diese Anfänge zur Schaffung der Einheitsfront auf das schärfste verurteilt und als Fehler bei der Durchführung unserer Einheitsfronttaktik bezeichnet.“¹

In diesem Zusammenhang sei insbesondere auch auf jene Ausführungen Wilhelm Piecks verwiesen, die für unsere Partei heute genau die gleiche Bedeutung haben, die sie für die Kommunistische Partei hatten. Diese Ausführungen lauten:

„Wir haben einfach den Massen nicht klarzumachen verstanden, wofür und warum der Kampf geführt werden muß. Wir sprachen zu den Massen wie zu Parteifunktionären, und leider haben auch diese uns vielfach nicht verstanden. Statt daß wir uns bemühten, an Hand von Tatsachen die Notwendigkeit unserer Forderungen zu beweisen, anstatt daß wir unsere Losungen an die die Massen bewegenden Fragen an-

¹ Wilhelm Pieck, „Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur“, Verlag Neuer Weg, Berlin 1947, S. 24, 25, 28, 29 und 30.

knüpften, glaubten wir den Massen durch eine gewisse Prahlerei imponieren oder in Form von Anweisungen Befehle erteilen zu können.“¹

Während also die Kommunistische Partei mitten in der Illegalität auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 durch einen energischen Akt der Selbstkritik daranging, ihre taktischen Fehler der Vergangenheit auszurotten und die Partei ideologisch vorzubereiten, verharren große Teile der Sozialdemokratie verbissen bis auf den heutigen Tag in ihren grundsätzlichen und strategischen Fehlern. Für die deutsche Arbeiterklasse ist es ein erschütternder Zustand, bereits heute erkennen zu müssen, daß die Politik der sozialdemokratischen Führer in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands in genau demselben Sumpf endet wie 1914, 1918 und 1933. Nichts gelernt und alles vergessen!

So hat unsere Untersuchung der jüngsten Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung also ergeben, wie die für die deutsche Arbeiterklasse so verhängnisvollen Ergebnisse der historischen Entwicklung eintraten. Das gilt sowohl für die opportunistische Entartung und Zersetzung der revolutionär-sozialistischen Arbeiterbewegung durch den Reformismus, der in der deutschen Arbeiterklasse objektiv als Agentur der Bourgeoisie wirksam war — als auch für die schwerwiegenden sektiererischen, aber auch opportunistischen Fehler, die die Kommunistische Partei in der Verfolgung einer in der Grundlinie den Klasseninteressen des Proletariats entsprechenden Politik beging. Aber es kommt heute nicht darauf an, die Größe des Anteils an dem Versagen vor den von der Geschichte gestellten Aufgaben *abzuwägen*, sondern den Grundcharakter, die Wurzeln und die Folgen des politischen Verhaltens beider Lager zu erkennen und die entsprechenden Lehren für die Politik der Partei der Arbeiterklasse zu ziehen. Nur dann begreift man, weshalb die Novemberrevolution, in der die halbabsolutistisch-feudale Monarchie mehr zusammenbrach als gestürzt wurde, zum Stillstand kam, bevor noch nicht einmal die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution gelöst worden waren. Man erkennt als Hauptursache, daß dem deutschen Proletariat keine festgeschlossene, klassen-

¹ Ebenda, S. 86.

bewußte, konsequente, auf dem Boden des Marxismus stehende, jeden Opportunismus und Reformismus rücksichtslos bekämpfende, wohl-disziplinierte, revolutionäre Partei zur Verfügung stand. Ohne eine solche Partei waren die Aufgaben der Novemberrevolution nicht durchzuführen. Die Existenz einer solchen Partei jedoch hätte nicht nur für die Revolution und für die Zukunft des deutschen Volkes, sondern auch unbestreitbar für die schnelle Erstarkung der Sowjetunion und damit für den gesamten Sozialismus Folgen von gar nicht abzuschender Bedeutung haben müssen.

Will man aus dem Mißlingen und Versagen im November 1918 Lehren für die politischen Aufgaben der Partei in der Gegenwart ziehen, so genügt es nicht, die Führer der Arbeiterparteien vor den Richterstuhl der Geschichte zu zitieren und ihren Schuldanteil festzustellen, ihre Beweggründe zu prüfen und die objektiven Bedingungen im November 1918 zu untersuchen, sondern dann müssen die gefährlichen und verderblichen Strömungen aufgezeigt werden, die zu bestimmenden Faktoren für die Entscheidungen im November wurden: die aus der Verbürgerlichung fließende Nachgiebigkeit gegenüber Opportunismus, Reformismus und Revisionismus, die dadurch bewirkte Zerstörung des Klassenbewußtseins, die Abwendung vom Marxismus und die deshalb unabwendbar werdende Spaltung.

Dann erkennt man auch die verhängnisvollen Auswirkungen einer Politik rechter sozialdemokratischer Führer, die darin bestand, die Richtung des politischen Kampfes auf die revolutionäre Arbeiterschaft, statt auf die Reaktion zu lenken, ihr Bündnis mit den reaktionären Generalen, ihre Unfähigkeit, ein Bündnis mit den Bauern und fortschrittlichen Mittelschichten zu schaffen, ihre Anbiederung bei dem Imperialismus der Westmächte und ihre Hetze gegen Sowjetrußland. Die Erkenntnis dieser schweren strategischen Fehler erschließt auch das Verständnis dafür, daß die Weimarer Republik nicht mehr nachholen konnte, was die Novemberrevolution versäumt hatte. Weil die Grundfehler der Partei nicht überwunden wurden, weil die Verbürgerlichung nicht bekämpft wurde, sondern sich fortsetzte, ja eher noch begünstigt und gefördert wurde, weil die deutschen Arbeiterparteien sich nicht auf dem Boden des konsequenten Marxismus zusammen-

fanden, ihn nicht schöpferisch weiterentwickelten, darum kam es zu Bürgerkrieg und Brudermord.

Darum wurden der gemeinsame Kampf zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, der durch den gemeinsam durchgeführten Generalstreik erzwungene Sturz der Cuno-Regierung im August 1923 und der gemeinsam geführte Kampf gegen die Fürstenabfindung im Frühjahr 1926 auch nicht der Weg zur Einigung. Dagegen wurden andererseits die Kämpfe an der Ruhr, in Mitteldeutschland, in Sachsen und der 1. Mai in Berlin 1929 zu schweren Schlägen gegen den Willen zur Einigung. Die immer stärkere Anlehnung der SPD an die bürgerlichen Parteien konnte nur zur Folge haben, daß die Feindschaft der KPD immer mehr Nahrung fand und sich immer mehr verschärfte. Da so die sich vertiefenden Gegensätze in der gespaltenen Arbeiterklasse deren Kraft immer mehr schwächten, wurde der Damm abgetragen, der allein die anwachsende braune Flut des Faschismus und die unvermeidlich folgende Katastrophe hätte aufhalten und verhindern können.

4. Die Lehren für den politischen Kampf der Gegenwart

Wir können uns nicht darauf beschränken, den Faden einer kontinuierlichen Entwicklung sichtbar zu machen, die vor und nach dem November 1918 in Erscheinung trat. Eine nur beschauende Geschichtsbetrachtung ist für den Marxisten wertlos. „Der Marxismus ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.“ Wo liegen nun die wirklichen Impulse zum Handeln in unserer Betrachtung? Sie liegen zunächst in der klaren und mutigen Erkenntnis unserer eigenen Fehler, die es uns ermöglicht, ihre Wiederholung zu vermeiden und nach dem richtigen Weg zu suchen, den wir in Deutschland in Zukunft gehen müssen.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus gab es im Jahre 1945 kaum jemanden, der ein Zurück in die Jahre des Bruderkampfes innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung für möglich oder wünschenswert gehalten hätte. Im Gegenteil, in den Massen der Arbeiter und Angestellten war die Überzeugung von der Notwendigkeit der gemein-

samen Aktion der beiden Arbeiterparteien unerschütterlich vorhanden. Aus dieser Überzeugung entwickelte sich der Wille von der gemeinsamen Aktion zur gemeinsamen Organisation. Der Wille zur Einheit war zunächst der natürliche Erlebnisreflex der deutschen Arbeiterschaft aus der grauenhaften und unmenschlichen zwölfjährigen Hitlerzeit und entsprach dem unverfälschten *Klassenempfinden* der deutschen Arbeiter. Die Aufgabe der nunmehr in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinten beiden Arbeiterparteien in der sowjetischen Besatzungszone besteht darin, das natürliche *Klassenempfinden* in ein marxistisches *Klassenbewußtsein* zu verwandeln.

Drei Jahre politischer Arbeit liegen seit 1945 hinter uns, in denen wir oft vor großen und schwierigen Aufgaben standen. Wir haben dabei oft Gelegenheit gehabt, unseren Weg auf seine Richtigkeit zu überprüfen. Das galt für die Genossen der früheren Kommunistischen Partei ebenso wie für die Genossen der früheren Sozialdemokratischen Partei. Die ersteren können aus der erfolgreichen und sieghaften Entwicklung der neuen realen Demokratie der südosteuropäischen Länder die Notwendigkeit erkennen, daß alle wirklich fortschrittlichen demokratischen Elemente eines Volkes zusammengeführt werden müssen. Die letzteren aber mögen erkennen, daß die Einheit der Organisation für die neue Arbeiterbewegung Deutschlands nur festgegründet ist, wenn sie auf einem einheitlichen und unerschütterlichen ideologischen Fundament ruht, und das ist nach den geschichtlichen Erfahrungen und Tatsachen der Marxismus-Leninismus.

Die Schreiberlinge der westlichen sozialdemokratischen Presse und die philiströsen Politikanten der sozialdemokratischen Parteiführung des Westens haben die in der Sozialistischen Einheitspartei vereinigten früheren Sozialdemokraten oft als Renegaten beschimpft. Es lohnt nicht, dagegen zu polemisieren. Wenn man diesen Vorwurf, der jeder Beweiskraft und -pflicht entbehrt, auf die höhere Ebene der geschichtlichen Aufgabe und Pflicht der deutschen Arbeiterbewegung hebt, dann bleibt nur eine klare und eindeutige Antwort, und die lautet: Nein!

Nein — lautet die Antwort, weil hinter uns die Erfahrung der Geschichte von 30 Jahren liegt. Sie zeigt uns, daß geschichtliche Tatsachen

härter sind als gedrechselte Worte und Verleumdungen. Wir stehen als Sozialisten vor einer einfachen Situation. Wir haben die beiden großen Strömungen der Arbeiterbewegung vor uns gesehen. Wir haben zum Teil auf dieser, zum Teil auf jener Seite gewirkt und haben uns in einer Partei zusammengefunden. Eine Erkenntnis ist uns allen klar geworden, daß wir, die wir von der Sozialdemokratischen Partei gekommen sind, uns zu entscheiden hatten, ob das, was wir in der Sozialdemokratie gelernt hatten, richtig sei, nämlich, daß der Weg der westlichen Orientierung von den Sozialisten gegangen werden müsse und daß der Weg des Opportunismus, jener Gedanke des Hineinwachsens in den Sozialismus, richtig sei und von uns weitergegangen werden könne.

Wenn man diese Frage prüft, dann richtet sich der Blick von Deutschland auf jenes Land, in dem sich der opportunistische Sozialismus in der reichsten und eindrucksvollsten Form entfaltet und entwickelt hat, auf England. Dabei sehen wir, daß alle großen, durch den Stimmzettel der englischen Arbeiter erfochtenen Erfolge nichts zu tun haben mit der gesellschaftsumwandelnden Tat einer Arbeiterklasse, die zum Sozialismus will. An dieser Tatsache kann man heute nicht mehr zweifeln. England und die englische Arbeiterklasse sind tiefer als je und mehr als irgendeine Arbeiterklasse des Westens in die Schuldknechtschaft der amerikanischen Imperialisten und Finanzmagnaten gesunken. Die englische Arbeiterklasse kann zwar formal in ihrem Land regieren, sie ist aber nicht in der Lage, eine irgendwie geartete gesellschaftlich verändernde umwälzende Maßnahme in der Richtung zum Sozialismus praktisch durchzusetzen.

Um wieviel schlechter steht es, wenn man in jene westlichen Länder der Sozialdemokratie blickt, in denen sie in Koalitionsregierungen oder in der Opposition steht, jene Länder, in denen sie sich mit den bürgerlichen Parteien, wie in Holland, vereinigt, jene Länder, in denen sie widerspruchslos Anhänger des Marshallplans und der monopolistischen Machthaber Amerikas geworden ist, wie in Frankreich. Um wie vieles mehr bestätigen alle diese Vorgänge in der westlichen Welt, daß der opportunistische Sozialdemokratismus nicht nur in Deutschland während der letzten 30 Jahre, sondern auf dem gesamten Kon-

inent und in der ganzen Welt, wo er herrschte und sich bewegte, auf das kläglichste versagt hat.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie sich die Sowjetunion 30 Jahre lang entwickelt hat, sehen wir, wie in 30 Jahren jenes gigantische Werk eines sozialistischen Staates entstanden ist, jenes Staates, der zu einer Großmacht allerersten Ranges geworden ist, dessen gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sich vor der ganzen staunenden Welt offenbart, sehen wir, wie der Schwung der sozialistischen Idee und die marxistisch-leninistische Theorie ein Zweihundertmillionenvolk erfaßt und ein Sechstel dieser Erde zu einer sozialistischen Realität gemacht haben.

Zwischen diesen beiden Dingen ist zu entscheiden. Wer Sozialist sein will, kann sich nach dem, was wir in 30 Jahren erlebt haben, nicht auf die Seite der Monopolkapitalisten stellen, sondern er muß sich auf den Boden der sozialistischen Realität, er muß sich auf den Boden der Sowjetunion mit aller Rückhaltlosigkeit stellen. Das ist die Erkenntnis, die wir in dreijähriger Weiterarbeit auf dem Gebiete der Einheit der Arbeiterbewegung gesammelt haben und die uns dazu veranlaßt hat, diese Analyse der Lehren der deutschen Arbeiterbewegung zu geben und diese Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Einheit der Arbeiterklasse ist — das haben wir in Deutschland besser als in allen anderen Ländern gelernt — wirklich ihre stärkste Kraft. Aber wir haben auch noch etwas gelernt, und das war der tiefere Sinn unserer Überlegungen, daß die Einheit, die allein in der Organisation, im Addieren, in der Zahl und in der Form besteht, nicht genügt. Eine Einheit, die nicht auf einem granitenen ideologischen Boden gebaut ist und weiter wächst, wird dasselbe Schicksal wie die Einheit der Bebel'schen Sozialdemokratie erleben, die nicht durchgestoßen ist bis zur letzten ideologischen Erkenntnis, zu dem Schluß: Was haben wir zu tun, wenn wir vor einer entscheidenden Situation im Kampf stehen? Diese Schlußfolgerung haben wir zu ziehen.

Die Erkenntnis aus dieser Periode läuft dahin, daß die deutsche Arbeiterbewegung, die in der Organisation einig war, nicht das geistige, einigende Band um ihre Reihen schlingen konnte, damit sie aus einer einheitlichen Ideologie eine wirklich politische und gesellschaft-

lich veränderte einheitliche Kraft entwickeln konnte. Sie hat die opportunistischen Krankheitskeime nicht so frühzeitig aus ihrem Körper entfernt, daß sie nicht mehr gefährlich werden konnten.

Die Gründe für die ideologische Zerrissenheit haben wir aus den Vorgängen zu begreifen, die wir für 1914, 1918 und 1919 hier analysiert haben. Die Arbeiterklasse muß sich von dem Opportunismus der Vergangenheit restlos säubern, sie muß das Verhältnis zu der Frage des Staates glasklar gestalten und begreifen, worin ihre Aufgabe besteht. Diese Tatsache ist die größte und wichtigste Schlußfolgerung aus jener Periode, die wir hier betrachtet haben.

Die Einheit der Arbeiterklasse kann weder gebaut werden auf Opportunismus, noch auf Sektierertum, sie kann nur gebaut werden auf einer klaren marxistisch-leninistischen Grundlage. Diese marxistisch-leninistische Grundlage aber muß sich die Partei erarbeiten.

Die ein wenig vulgäre und einfache Vorstellung, es genüge für die Einheit der Arbeiterklasse, daß die sozialdemokratischen Genossen ein wenig radikaler und die kommunistischen Genossen ein wenig zahmer in ihrem Auftreten und ihren Forderungen werden, trifft den Kern der Frage keineswegs und ist im Grunde falsch. Wenn die früheren Sozialdemokraten die Schädlichkeiten des Opportunismus restlos begriffen haben und ihn ausrotten, und wenn die früheren kommunistischen Genossen den Geist des Sektierertums restlos unter ihre Füße bekommen und auslöschen, dann kann auf diesem so gesäuberten Boden die Sozialistische Einheitspartei die wirkliche und unerschütterliche Voraussetzung für eine fruchtbringende Einheit der deutschen Arbeiterbewegung schaffen.

Auf diesem Wege befinden wir uns, und wenn die Vereinigung einen Sinn für die deutsche Arbeiterbewegung haben soll, dann kann der Sinn nur darin bestehen, daß mit diesen beiden Resten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ein radikaler Bruch in unserer Organisation vollzogen wird, und daß wir von hier aus die Voraussetzung schaffen müssen, die marxistisch-leninistische Grundlage klarzulegen und als Fundament unserer Organisation lebendig zu machen.

Und nun eine dritte Lehre: Die Partei muß die Führerin der Ar-

beiterklasse sein. Sie darf sich niemals von den Werktätigen, von den Bauern isolieren, und sie darf niemals darauf verzichten, ihre Fühler und Verbindungen bis weit in die Kreise des Mittelstandes und der Intellektuellen hinein auszustrecken. Daraus ergibt sich unsere grundsätzliche Position zu der Frage des Bündnisses der Arbeiter und Bauern und zur Blockpolitik.

Wenn gesagt worden ist, daß wir als Partei eine erfolgreiche Bündnispolitik mit den Bauern und der Intelligenz oder eine erfolgreiche Blockpolitik nicht führen können, ohne daß unsere Partei die führende Kraft ist, so sei gesagt, daß diese führende Kraft einzig und allein aus der Einheit der deutschen Arbeiterbewegung erwächst. Die Aufgabe der Einheit besteht darin, ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse zu schaffen, nämlich die Partei, die der Kopf der ganzen Arbeiterklasse ist.

Dazu ist nötig, daß man sich von manchen Vorstellungen frei machen muß, die wir aus der Vergangenheit mit uns herumschleppen. Man kann nicht oft, hart und deutlich genug aussprechen, daß es noch manche Genossen gibt, die es für nötig halten, sich an ihren alten Standpunkt zu klammern. Sie leben nicht für heute und morgen, sondern von gestern. Die Arbeit in der Partei und für die Partei wird in Zukunft nicht mehr gemessen an der Zeit des Niederganges der deutschen Arbeiterbewegung. Die Stellung für den einzelnen Genossen innerhalb der Partei ergibt sich nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Gegenwart und Zukunft, aus der Tatsache, wie der einzelne sich in der Erfüllung der vor uns liegenden Aufgaben zur Demokratisierung Deutschlands auf dem Wege zum Sozialismus bewährt.

So wird sich in Zukunft der Wettbewerb in der Arbeit in unserer Partei zu vollziehen haben. Vollzieht er sich so nach vorn, dann werden die Bewegung und der einzelne davon nur einen großen Gewinn haben können. Dazu ist nötig, daß wir unsere Fehler kritisieren lernen und ständige Selbstkritik in der Partei üben müssen. Wenn wir nämlich nicht unsere Fehler selbst offenkundig machen und sie uns kameradschaftlich sagen, können wir uns nicht nach vorn und oben entwickeln, sondern laufen Gefahr, in denselben Sumpf hineinzugehen, in den die deutsche Arbeiterbewegung vor 1914 geraten ist.

Die Verantwortung, die wir jetzt in der Wirtschaft, in der Verwaltung, im Staat entwickeln müssen, verpflichtet uns, in erster Linie die Schulung unserer Funktionäre so nachhaltig zu betreiben, daß uns niemand in diesen Einrichtungen mehr etwas vormachen kann. Wenn man lernt und wenn man lernen muß, bleibt es selbstverständlich nicht aus, daß man auch Fehler macht. Sachliche Kritik aber wird diese Fehler überwinden und wird unsere Arbeit erfolgreich gestalten. Das sollen sich alle Genossen in unserer Partei zu Herzen nehmen, und sie sollen wissen, daß das System der Selbstkritik, die Betrachtung unserer Fehler, das einzige Mittel für uns ist, um aus eigener Kraft sie so zu überwinden, daß sie niemals in unserer Organisation eine hemmende oder schädigende Wirkung ausüben können.

Was ist organisationsmäßig gesehen die Partei der Arbeiterklasse? Es wird von der „Partei neuen Typus“ gesprochen, und es scheint manchem Genossen so, als wenn dies im wesentlichen eine Frage der Organisationsform sei, bei der also entschieden wird, ob wir Wohngruppen oder Betriebsgruppen, ob wir große oder kleine Gruppen haben, welche Art der Parteidemokratie wir haben usw. Das alles sind äußerst wichtige Fragen, *das Entscheidende der Partei neuen Typus besteht aber darin, daß wir uns eine gemeinsame ideologische Grundlage erarbeiten.* Die Fragen organisatorischer Art sind dabei keineswegs zweitrangige Fragen, denn von ihrer richtigen Lösung hängen der Kreislauf und die Aktionsfähigkeit der Partei ab.

Wir sind eine Partei, die als Massenpartei wirkt, deren Aufgabe aber durch die Schulung ihrer Kader darin besteht, eine klare und feste marxistische Führung der Partei sicherzustellen und unsere Maßnahmen zur Gestaltung und zum weiteren Ausbau des neuen, wahrhaft demokratischen Staates erfolgreich durchzuführen.

Die Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation. Damit komme ich auf einen Punkt zu sprechen, der unser Verhältnis zu allen anderen Massenorganisationen betrifft.

Die Aufgabe unserer Genossen in allen Organisationen, im Frauenbund, in den Gewerkschaften, in der Jugend, und was auch immer es gibt, besteht darin, nicht nur die besonderen Richtlinien dieser spezi-

fischen Organisationen als das Entscheidende zu sehen, sondern die Generalidee für ihre Arbeit in diesen Organisationen aus der Partei herauszunehmen, als Sozialisten zu arbeiten und damit befruchtend zu wirken.

In diesem Punkte besteht nicht überall Klarheit. An manchen Stellen wird dabei über das Ziel hinausgeschossen. An manchen Stellen versucht man, diese Tatsache schamhaft zu verschweigen und lieber nicht darüber zu reden, daß man der Sozialistischen Einheitspartei angehört, sondern man hüllt sich sehr dicht in den sogenannten Mantel der Unparteilichkeit. Es gibt keine *Unparteilichkeit* in diesen Organisationen, sondern nur eine *Überparteilichkeit*.

In den Massenorganisationen wirken die Sozialisten wie die Transmissionsriemen, die von der Partei zu den Massen gehen, um sie in Bewegung zu setzen und sie in Zukunft in einem immer schnelleren Tempo auf die Touren einer fortschrittlichen demokratischen Politik zu bringen.

Es kommt darauf an, von der Partei als der führenden Kraft der Arbeiterbewegung die richtigen Ausstrahlungen auf die Massenorganisationen zu übertragen.

Das oberste Gesetz unserer Partei besteht aber darin, die Einsicht und Kraft zu entwickeln, eine einheitliche Politik klar vor dem ganzen Volke sichtbar werden zu lassen. Dazu sind Geschlossenheit und Disziplin nötig. Es geht nicht an, wenn die Partei einen Beschluß gefaßt hat, daß es Genossen gibt, die diesen Beschluß nicht für sich gelten lassen. Nur eine eiserne Disziplin bei einmal gefaßten demokratischen Beschlüssen sichert uns die Einheit des Handelns und gibt uns die wirkliche Möglichkeit, unsere führende Rolle zu erfüllen.

Man soll nicht glauben, man könne sich an der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse unter der Führung der Vorhut, der Partei, vorbeiswindeln, um zum Sozialismus zu kommen. Hier liegt die große praktische Aufgabe, die die Partei zu erfüllen hat und die ihr niemand abnehmen kann. Dabei stehen wir vor der Verpflichtung, zu lernen und immer wieder zu lernen, zu lernen aus der Vergangenheit, zu lernen aus der Gegenwart. Wenn wir in der Gegenwart um uns

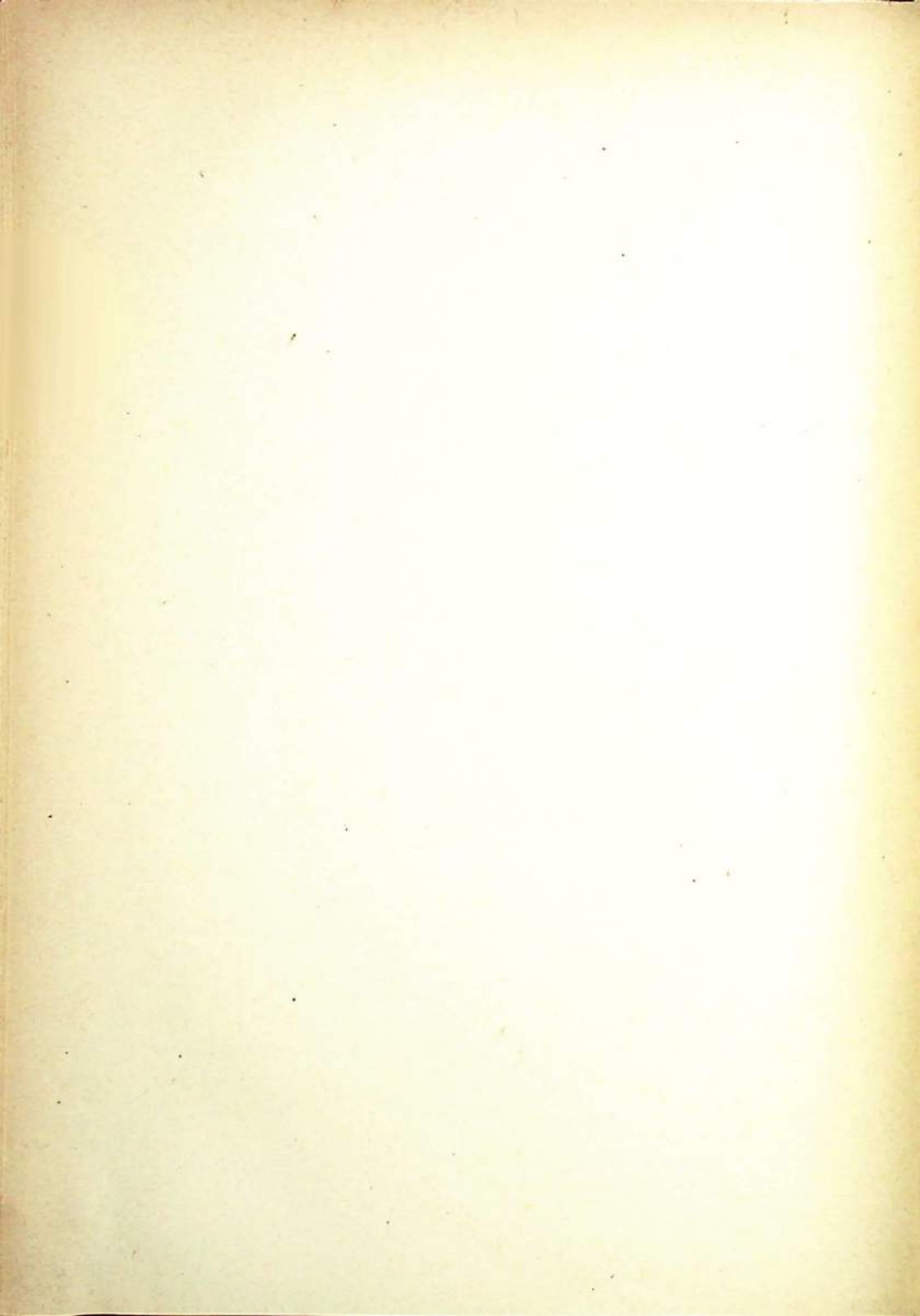
schauen, dann sehen wir, wie wir auch hier überall um uns herum als Partei Möglichkeiten finden, sehr ernst zu lernen.

Sehr ernste Lehren vermittelt uns zum Beispiel gegenwärtig das Schicksal der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. In Jugoslawien begriff man nicht mehr die führende Rolle der Arbeiterpartei im Bündnis des arbeitenden Volkes von Stadt und Land. Die Partei ging selbst in einen halb illegalen Zustand, unterdrückte und beseitigte die innerparteiliche Demokratie, um sie durch ein despotisches Regiment zu ersetzen. Wir müssen aus Jugoslawien lernen, daß die Partei niemals in dem Bereich der Blockpolitik oder der Volksfrontpolitik untergehen kann und darf. In Jugoslawien vollzog sich inzwischen eine folgerichtige Entwicklung ins Verhängnis. Infolge der Abkehr von der Front der Sowjetunion und der Volksdemokratien verwandelte sich die herrschende Tito-Clique in eine schmutzige faschistische Agentur des imperialistischen Weltlagers. So kann eine Arbeiterpartei, die Großes im Befreiungskampf ihrer Nation geleistet hat, alles Errungene verspielen, wenn sie die Grundthese einer modernen marxistischen Partei aus den Augen verliert, nämlich die Grundthese, daß die marxistische Arbeiterpartei die Führerin ihrer Klasse und ihres Volkes zu sein hat. Wachsamkeit und Klarheit im marxistischen Denken und Handeln sind die Garanten für den erfolgreichen Kampf der geeinten Kraft der Arbeiterbewegung.

Die einst stolze und einst sehr hoch geachtete deutsche Arbeiterbewegung hat es zugelassen, daß ihr Banner eingeholt wurde. Von den blutigen Händen faschistischer Gewalthaber wurde das rote Banner der Völkerverständigung, des Sozialismus und des Internationalismus in Deutschland entehrt und geschändet. Sie setzten das Hakenkreuz darauf, jenes schmachwürdige Zeichen, unter dem Millionen unschuldiger Menschen den Weg in die Gaskammern und in die Verbrennungsöfen gingen und viele Völker in tiefes Unglück gestürzt wurden.

Wir selbst waren nicht stark genug, diese Schmach wieder abzuwaschen. Fremde Heere, an ihrer Spitze die siegreiche Sowjetarmee, zerschlugen die hitlersche Militärmaschine und befreiten uns von der

Hitlerdiktatur. Das verhaßte Zeichen der Unmenschlichkeit verschwand dabei von der roten Fahne. Wir setzten auf das Banner unserer Partei die verschlungenen Hände der Brüderlichkeit und der Einheit, des Helfens und der gemeinsamen Tat. Gemeinsame Tat und Einheit der Arbeiterklasse: das ist die Lehre von 1918. Sie werden aber nur geboren aus der Gemeinsamkeit jenes Denkens, das aus der Lehre des Marxismus-Leninismus entspringt.



ANHANG

Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung¹

EntschlieÙung des Parteivorstandes vom 16. September 1948

Am 9. November begehen die deutsche Arbeiterklasse und die werktätige Bevölkerung Deutschlands den 30. Jahrestag der Novemberrevolution von 1918.

Der 30. Jahrestag der Novemberrevolution von 1918 steht für die deutsche Arbeiterbewegung im Zeichen des Kampfes um die Vollendung jener Aufgaben, die infolge der Schwäche und Halbheit der Revolution von 1918 versäumt wurden, was im weiteren Verlauf unser Volk in den Abgrund des Faschismus und in die Schrecken des Hitlerkrieges geführt hat.

In größerem Maße als 1918 befinden sich unser Land und unser Volk als Folge einer verbrecherischen imperialistischen Kriegspolitik in Not und Elend. Wir stehen an einem Wendepunkt unserer Geschichte, und von unseren gegenwärtigen Entscheidungen wird unsere Zukunft abhängen.

Die geschichtliche Entwicklung nach 1918 und die furchtbare Katastrophe von 1945, die am Ende dieser Entwicklung stand, fordern von uns mit gebieterischer Notwendigkeit, daß wir uns mit den Ursachen, den Aufgaben und Auswirkungen der Novemberrevolution befassen, um aus diesen Erfahrungen ernsthafte Lehren für unseren weiteren Kampf zu ziehen und die deutsche Arbeiterklasse davor zu bewahren, noch einmal den gleichen fehlerhaften und dadurch verhängnisvollen Weg zu gehen.

Es gilt, das volle Verständnis für die Vorgeschichte, den Ablauf und die Folgen der Novemberrevolution zu erarbeiten, um die notwendigen Lehren daraus ziehen zu können. Die Durcharbeitung dieser

¹ „Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Dietz Verlag, Berlin 1951, Bd. II, S. 107—124.

Fragen wird uns helfen, die Partei im Geiste des Marxismus-Leninismus zu erziehen. Darum stellt der Parteivorstand der ganzen Partei die Aufgabe, die Lehren der Novemberrevolution auf Kundgebungen, in Versammlungen und Bildungsabenden an Hand dieser Richtlinien gründlich durchzuarbeiten. Die richtige Erkenntnis der Lehren aus der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik ist eine Voraussetzung für die Schaffung einer Partei neuen Typus.

1. Der Imperialismus und die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie

1. Mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts war der Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium eingetreten. Die Besonderheit dieses Stadiums ist in Fortführung der marxistischen Lehren von Lenin analysiert und in ihrem dreifachen Ausdruck dargestellt worden. Diese Darstellung ist durch den Ablauf der Ereignisse in den letzten fünfzig Jahren bestätigt. Der Imperialismus ist danach erstens monopolistischer Kapitalismus, zweitens parasitärer oder faulender Kapitalismus, drittens sterbender Kapitalismus. Das bedeutet, daß im Imperialismus sich alle Widersprüche und Gegensätze des Kapitalismus ungeheuer verschärfen, daß der Kapitalismus zu imperialistischen Kriegen führt und die proletarische Revolution auf der Tagesordnung der Geschichte steht.

2. In Deutschland entwickelte sich der Kapitalismus infolge des Ausbleibens der siegreichen bürgerlich-demokratischen Revolution und des zwischen Bourgeoisie und Junkertum geschlossenen Klassenbündnisses zu einem junkerlich-bourgeoisem Imperialismus. Dem 1871 vom preußischen Militarismus durch Blut und Eisen geschaffenen Einheitsstaat drückte das reaktionäre preußische Junkertum seinen Stempel auf. Der preußisch-deutsche Imperialismus wurde zum reaktionärsten, am meisten raubgierigen und kriegslüsternten Imperialismus. Diese Entwicklung verschärfte die sozialen Gegensätze in Deutschland noch mehr als in anderen imperialistischen Ländern. Die Raubgier und die militaristische Abenteuerpolitik gerieten gleichzeitig

immer mehr mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes in Konflikt. Der Kampf gegen den Militarismus und Imperialismus wurde zur nationalen Pflicht, da der Imperialismus in seiner unersättlichen Raubgier das ganze Volk an den Rand des Abgrundes führte.

3. Die Entwicklung des Imperialismus und der Epoche der proletarischen Revolution stellte alle Probleme der Arbeiterbewegung auf neue Art. Jetzt genügten nicht mehr die alten Organisationsformen und die alten Kampfmethoden des Proletariats. Die neue Epoche des Kapitalismus war durch die gewaltige Zusammenballung der Macht in den Händen des reaktionären Finanzkapitals, durch die drohende Gefahr imperialistischer Kriege und durch das Herannahen der proletarischen Revolution gekennzeichnet. Damit stand vor der sozialistischen Arbeiterbewegung die Aufgabe, die Lehren von Marx und Engels entsprechend den neuen Verhältnissen weiter zu entwickeln. Es galt, die Probleme des proletarischen Klassenkampfes, seiner Strategie und Taktik und der Rolle der Partei auf eine neue Art zu lösen. Gleichzeitig war in den imperialistischen Ländern der Arbeiterklasse die Aufgabe gestellt, den Kampf um ihre soziale Befreiung mit dem Kampf um die Rettung der Nation zu verbinden, die durch die imperialistische Bourgeoisie bedroht war.

4. Die imperialistische Entwicklung führte jedoch Erscheinungen herbei, welche die Entstehung eines reformistischen Flügels in der Arbeiterbewegung begünstigten. In der vorangehenden, relativ friedlichen Epoche der Entwicklung hatte die Sozialdemokratie in parlamentarischen Kämpfen große Erfolge erringen können. Dadurch wurden die Illusionen über die Wirkung parlamentarischer Aktionen beträchtlich gestärkt. Außerdem entstand in der imperialistischen Epoche auf Grund der hohen Monopolprofite der Finanzkapitalisten eine Schicht besser bezahlter und bevorzugter Arbeiter, eine Arbeiteraristokratie, die in den Interessen der Bourgeoisie immer mehr ihre eigenen Interessen sah. Mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu Massenorganisationen bildete sich eine Arbeiterbürokratie heraus, die immer mehr verbürgerlichte. Gleichzeitig strömten in zunehmendem Maße kleinbürgerliche Elemente, Angestellte und bürgerliche Intellektuelle in die Arbeiterbewegung, die den

bürgerlichen Einfluß in ihr verstärkten. Alle diese Elemente waren die soziale Grundlage für die Herausbildung des Revisionismus und Opportunismus, der trotz des heftigen Widerstandes schließlich den Sieg innerhalb der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften davontrug. Schon lange vor dem ersten Weltkrieg zerfiel die deutsche Sozialdemokratie in drei verschiedene Richtungen, die sich erbittert bekämpften:

a) *Die Revisionisten und Opportunisten.* Die Revisionisten bildeten den rechten Flügel in der Partei. Sie traten mit einer vollständigen Revision der marxistischen Theorie auf und ersetzten sie durch die bürgerliche Ideologie. Sie predigten die Versöhnung der Klassen und das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus. In der Praxis vertraten die Opportunisten die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie und unterstützten die imperialistische Aufrüstungs- und Kolonialpolitik der Regierung Wilhelms II. Sie verrieten damit nicht nur die Klasseninteressen des Proletariats, sondern auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes, die durch den Imperialismus aufs Spiel gesetzt wurden. In den Gewerkschaften fand diese Richtung besonders unter den Gewerkschaftsbeamten immer mehr Anhänger.

b) *Die Zentristen* führten einen energischen Kampf gegen die Revisionisten und verteidigten in Worten den Marxismus. Jedoch verkanteten sie die Unversöhnlichkeit und Unvereinbarkeit marxistischer und bürgerlicher Theorie, revolutionärer und reformistischer Praxis. Darum unterließen sie die erforderlichen Maßnahmen zur Säuberung der Partei von allen opportunistischen und revisionistischen Elementen. Sie verstanden nicht, daß die Einheit der Partei als einer marxistischen Kampfpartei nur durch die Überwindung des Opportunismus und die Ausstoßung der Opportunisten erhalten werden konnte. Die Duldung der Entartung der Partei machte die Arbeiterklasse gegen die imperialistische Bourgeoisie wehrlos.

c) *Die Linken* standen fest auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und vertraten in Deutschland am klarsten und entschiedensten die proletarischen Interessen. Sie führten gegen den Revisionismus-Opportunismus einen erbitterten Kampf und verteidigten die revolutionäre Theorie des Marxismus. Gleichzeitig suchten

sie die Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 auszunutzen und propagierten den politischen Massenstreik. Hervorragendes leisteten sie im Kampf gegen den Militarismus. Jedoch verstanden die Linken nicht das Wesen des Imperialismus und vermochten darum nicht, daraus die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Ihr Kampf gegen den Opportunismus war nicht frei von Unentslossenheit und Halbheit. Auch sie unterlagen dem in der Partei weitverbreiteten Irrtum, die kapitalistische Entwicklung müsse zwangsläufig zur proletarischen Revolution führen; darum verstanden sie nicht die Notwendigkeit der theoretischen Schulung und der Vorbereitung der Partei auf ihre Aufgaben in der Revolution. Diese Hoffnung auf die spontane Entwicklung führte die Linken zur Unterschätzung der führenden Rolle der Partei. Ferner verkannten sie die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und unterschätzten die Bedeutung des nationalen Kampfes in der Epoche des Imperialismus.

Obwohl zwischen diesen drei Richtungen in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften ein erbitterter Kampf geführt wurde und die Unüberbrückbarkeit der Gegensätze bereits auf dem Dresdener Parteitag der SPD im Jahre 1903 von Bebel mit aller Schärfe aufgezeigt wurde, unterblieb die Ausstoßung der Opportunisten aus der Partei. Dadurch wurde die marxistische Einheit der Partei gefährdet, ihre Kampfkraft gelähmt und der verhängnisvolle Sieg des Reformismus in der Partei vorbereitet.

5. Während die Marxisten in der deutschen Sozialdemokratie ebensowenig wie die in fast allen anderen Sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale vermochten, die neugestellten Probleme der Arbeiterbewegung zu lösen, entwickelte Lenin die Theorie des Marxismus unter Auswertung der Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung weiter. Lenin entwickelte die Theorie des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, die Lehre von der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, die Lehre von der Diktatur des Proletariats als der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse, die Lehre des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft, die Theorie der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse

in der Revolution und die Lehre von der Partei neuen Typus. Lenin und Stalin entwickelten die nationale Frage als Weltfrage der Befreiung der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien vom Joche des Imperialismus. Mit dieser Weiterentwicklung der marxistischen Theorie verbanden die Bolschewiki ihre praktische Anwendung auf die russische Arbeiterbewegung. Insbesondere entwickelten sie unter der Führung Lenins und Stalins in der Periode vom II. Parteitag 1903 in London bis zur Prager Konferenz 1912 die Partei neuen Typus, die Partei des Marxismus-Leninismus. Mit all dem wurde der Grundstein für den Sieg des russischen Proletariats im Bündnis mit den armen Bauern in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gelegt.

6. Die imperialistische Entwicklung trieb immer offensichtlicher dem Weltkrieg zu. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr hatte der Internationale Sozialistenkongreß in Basel im November 1912 die Beschlüsse der Kongresse von Stuttgart und Kopenhagen feierlich bestätigt. In diesen Beschlüssen, die am 26. November 1912 im „Vorwärts“ abgedruckt wurden, hieß es: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.“

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunützen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

Diesen Beschlüssen wurde die Mehrheit der Führer der deutschen Sozialdemokratie untreu, als sie am 4. August 1914 der wilhelminischen Regierung die Kriegskredite bewilligte. Damit übernahmen diese Führer gegenüber der Arbeiterklasse die volle Verantwortung für den imperialistischen Krieg und seine Folgen.

7. Die Bewilligung der Kriegskredite und der Übergang zur Burgfriedenspolitik leiteten ein neues Stadium in der Entwicklung des Opportunismus ein. Die rechten sozialdemokratischen Führer gingen offen ins Lager der imperialistischen Bourgeoisie über und verknüpften von nun an ihr Schicksal mit dem Schicksal der deutschen Bourgeoisie. Sie schlossen mit der imperialistischen Bourgeoisie Burgfrieden und versuchten damit, jede revolutionäre Protestbewegung gegen den Krieg zu verhindern. Unter der verlogenen Losung der Vaterlandsverteidigung gaben sie nicht nur den Sozialismus preis, sondern auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes, die von der imperialistischen Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie aufs Spiel gesetzt wurden. Mit dieser Politik trieben die rechten Führer der Sozialdemokratie den Keil in die internationale und die deutsche Arbeiterbewegung; sie führten die organisatorische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie herbei, die sich zunächst in der Reichstagsfraktion, dann aber in der Parteiorganisation vollzog.

Die breiten Massen der klassenbewußten sozialdemokratischen Parteimitglieder und der übrigen Arbeiterschaft waren von diesem Verhalten der sozialdemokratischen Führer überrascht und tief enttäuscht. Sie hatten an die heiligen Versicherungen dieser Führer geglaubt und den Ruf zum Kampfe gegen den Krieg erwartet. Führerlos waren sie dem kaiserlichen Generalstab ausgeliefert, der sofort mit Kriegsbeginn die kläglichen demokratischen Rechte des Volkes außer Kraft setzte und eine brutale Militärdiktatur errichtete.

8. Allein die Linken in der deutschen Sozialdemokratie blieben unter Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts dem internationalen Sozialismus treu. Während Liebknecht am 2. Dezember 1914 offen gegen die Kriegskredite stimmte, organisierten die Linken gleichzeitig den illegalen Kampf gegen den Krieg und sammelten unter den Losungen: „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg“, „Der Feind steht im eigenen Land“ die Opposition in der Sozialdemokratie. Die ganze brutale Gewalt der Militärdiktatur richtete sich gegen diese heldenhaften Kämpfer gegen den Krieg, ohne sie in ihrem Kampfe zu entmutigen. Aber auch jetzt noch verzichteten die Linken auf die Organisierung einer eigenen Partei. Sie schlossen sich lediglich im

„Spartakusbund“ zusammen, der als lose Gruppe der im Jahre 1917 entstandenen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) angehörte, in der neben aufrechten revolutionären Kämpfern auch zahlreiche unklare, schwankende und opportunistische Elemente vereinigt waren.

9. Unter dem Einfluß der Mißerfolge an der Front, der Verlängerung des Krieges und des beginnenden Hungers wuchs die Opposition im Lande immer mehr. Liebknechts demonstratives Auftreten gegen den Krieg am 1. Mai 1916 löste in der ganzen Welt ein beachtliches Echo aus. Seine Verurteilung zu vier Jahren Zuchthaus führte zu Massenstreiks. Ganz besonders wuchs die revolutionäre Bewegung in Deutschland aber unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse in Rußland im Jahre 1917. In der Februarrevolution hatten die Arbeiter und Bauern den Zaren davongejagt und eine demokratische Republik errichtet. Die Bolschewiki, die den Beschlüssen der Internationale treu geblieben waren, verstanden es unter der Führung Lenins und Stalins die Mehrheit der Arbeiterklasse und der Bauern zu gewinnen und 1917 durch den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die erste Arbeitermacht der Welt zu errichten. Damit wurde in der Geschichte der Menschheit eine neue Epoche eingeleitet, die Epoche des Sozialismus. Die revolutionäre Bewegung in allen Ländern der Welt hatte damit eine feste und zuverlässige Stütze erhalten. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht nicht nur darin, daß sie der großen Initiative eines einzelnen Landes bei der Durchbrechung des Systems des Imperialismus entsprang und die erste Heimstätte des Sozialismus im Ozean der imperialistischen Länder ist, sondern auch darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution und eine mächtige Basis für ihre Weiterentwicklung bildet. Dieses weltgeschichtliche Ereignis wirkte sich natürlich auch auf Deutschland aus. Hier wurden im Januar 1918 große Streiks der Munitionsarbeiter durchgeführt. Die rechten sozialdemokratischen Führer verstanden es jedoch, sich in die Streikleitung einzuschmuggeln, um den Streik schnellstens zu beenden, was dazu beitrug, den bereits hoffnungslos verlorenen Krieg um weitere zehn Monate zu verlängern.

10. Deutschland erstickte immer mehr in den Fängen der Kriegs-

krise, des Mangels an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Menschenreserven. Das nationale Interesse des deutschen Volkes verlangte gebieterisch die sofortige Beendigung des Krieges, da seine Verlängerung die nationale Krise vertiefte. Im Herbst 1918 brach unter dem Druck der Ententearmeen die Front im Westen zusammen. Die Heeresleitung forderte sofortigen Waffenstillstand. Um die Lage zu retten und den Krieg weiterführen zu können, hatte Wilhelm II. eine schein-liberale Regierung eingesetzt, der die rechten Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer angehörten. Diese Regierung war ein Versuch, mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer entgegen den Interessen der Volksmassen die Monarchie zu retten und den Krieg zu verlängern. Doch die revolutionäre Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Am 1. Oktober 1918 hatte der Spartakusbund auf seiner Reichskonferenz das Programm der Revolution formuliert, das dem Willen der Massen entsprach. Die Kriegsmüdigkeit und die Sehnsucht nach Frieden erreichten ihren Höhepunkt. Die Massen forderten gebieterisch den Sturz der Monarchie, die sie für den Krieg verantwortlich machten. In Kiel kam es zu einem Matrosenaufstand, dem rasch in ganz Deutschland Aufstände der in der Heimat befindlichen Truppenteile und der Arbeiter folgten.

Die Revolution nahm ihren Anfang.

II. Die Novemberrevolution und die Weimarer Republik

11. Die Novemberrevolution war die Folge des militärischen Zusammenbruchs an den Fronten und der wachsenden Kriegsmüdigkeit in der Heimat. Unter dem Einfluß der siegreichen Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland wurden überall in Deutschland und an der Front Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, die vielenorts die Macht in ihre Hände nahmen. Es gab jedoch keine Kraft, keine revolutionäre Partei, die fähig und willens gewesen wäre, diese revolutionäre Bewegung zusammenzufassen und sie zur Verwirklichung der Forderungen zu führen, die in Deutschland auf der Tagesordnung standen. Die wesentlichsten dieser Forderungen waren:

a) sofortige Herstellung eines engen Bündnisses mit der Sowjetrepublik, um der deutschen Revolution eine breite internationale Grundlage zu geben und ein Gegengewicht gegen den Entente-Imperialismus zu schaffen;

b) sofortige Beendigung des Krieges an allen Fronten und Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher;

c) Zerschlagung des junkerlich-bourgeois Staatsapparates, Errichtung der Macht der Arbeiter- und Soldatenräte;

d) Vollendung der bürgerlichen Revolution durch die Beseitigung des Großgrundbesitzes und ihre Überleitung in die sozialistische Revolution, Kampf um die politische Herrschaft der Arbeiterklasse;

e) Überführung der Großbetriebe, Banken und Kreditinstitute, Konzerne, Truste und Bergwerke in die Hände des Volkes als Voraussetzung für eine sozialistische Entwicklung.

Keine dieser Forderungen wurde in der Revolution von 1918 verwirklicht, obwohl die breiten Massen stürmisch diese Maßnahmen forderten und die Vorhut der Arbeiterklasse heldenhafte Kämpfe um die Verwirklichung dieser Forderungen führte.

12. Nachdem der Versuch der rechten sozialdemokratischen Führer gescheitert war, durch Eintritt in die kaiserliche Regierung die Revolution zu verhindern, stellten sie sich an die Spitze der revolutionären Bewegung, um die Revolution mit allen Mitteln der Demagogie und des Terrors abzuwürgen. Die rechten sozialdemokratischen Führer beherrschten den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte und veranlaßten ihn, die Herrschaft an die Nationalversammlung abzutreten, obwohl die Macht der Junker und Bourgeois nicht gebrochen war. Die aus rechten Sozialdemokraten und Unabhängigen bestehende Regierung der Volksbeauftragten tat alles, um die revolutionäre Bewegung zu ersticken. Sie offenbarte vom ersten Tage an eine offene Feindschaft gegen die Sowjetrepublik, während sie sich den Entente-Imperialisten anbot. Sie behielt die Sowjet-Ukraine besetzt und schlug die Revolution in den baltischen Ländern nieder. Die rechten sozialdemokratischen Führer schreckten sogar nicht davor zurück, ein förmliches Bündnis mit dem alten kaiserlichen Generalstab einzugehen, um die Revolution im Blute zu ersticken. Sie versteckten diese konterrevolu-

tionäre Politik hinter einer sozialistischen Demagogie, indem sie verkündeten: „Die Sozialisierung marschiert“. Durch diese Politik haben sie die kapitalistische Herrschaft gerettet und der Reaktion den Weg geebnet, der im weiteren Verlauf zum Faschismus und zum Sturz in die nationale Katastrophe führte. Die rechten Führer der Sozialdemokratie wurden in dieser Politik von der Führung der Gewerkschaften unterstützt, die am 15. November 1918 mit Unternehmerverbänden eine Zentralarbeitsgemeinschaft gebildet hatten. Dadurch sollten alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen statt durch den Kampf der Massen durch paritätische Verhandlungen mit den Unternehmern entschieden werden.

Die gegenrevolutionäre Politik der rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mußte die Spaltung der Arbeiterklasse vertiefen.

13. Die rechten Führer der USPD unterstützten diese verderbliche Politik der sozialdemokratischen Führer, verdeckten dies aber mit scheinrevolutionären Phrasen. Sie besaßen keine konsequente marxistische Überzeugung und daher auch keine klare Vorstellung von der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse. Unter dem Druck der revolutionären Arbeitermassen schwankten diese Führer hin und her, verbanden sich jedoch in allen entscheidenden Momenten mit den rechten Führern der Sozialdemokratie. Ihre inkonsequente Haltung kommt am deutlichsten in dem Versuch zum Ausdruck, das Räte-system in der bürgerlichen Verfassung zu verankern.

14. Die revolutionäre Kraft in der Novemberrevolution verkörperten die Linken, die sich Ende 1918 als Kommunistische Partei Deutschlands konstituierten. Sie forderten ein enges Bündnis mit der Sowjetrepublik (wenn sie auch die Taktik der Bolschewiki nicht ganz verstanden), die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiter, die Enteignung der Junker, Monopolisten und Fürsten und die Übergabe der Macht an die Räte. Aber die Linken vermochten nicht, die Revolution zu organisieren, da sie selbst noch nicht als Partei organisiert waren. Jetzt rächte sich die langjährige Unterschätzung der Rolle der Partei durch die Linken, die bis nach der Revolution in einer Partei mit den Opportunisten blieben. Wie

schwach sie organisatorisch waren, zeigt die Tatsache, daß ihre Führer nicht einmal auf den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte delegiert waren. Ferner hatten die Linken kein Verständnis dafür, daß die Arbeiterklasse ein Bündnis mit den werktätigen Bauern herstellen muß, wenn sie siegen will. Wie sie den nationalen Befreiungskampf in den Kolonien unterschätzten, ebenso verstanden sie nicht die Notwendigkeit, den Kampf um die sozialistische Revolution mit dem Kampf um die nationale Unabhängigkeit Deutschlands zu verknüpfen. Die tiefere Ursache des Versagens der deutschen Linken lag darin, daß sie „trotz ihres Radikalismus sich noch nicht von dem menschewistischen Ballast befreit hatten“ (Stalin).

15. Infolge der konterrevolutionären Rolle der rechten sozialdemokratischen Führer und des Fehlens einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse blieb die Novemberrevolution von 1918 eine unvollendete bürgerliche Revolution. Es wäre jedoch falsch, ihr jede Bedeutung abzusprechen und ihre fortschrittlichen Errungenschaften zu verkennen. Sie bestanden in folgendem:

a) die halbabsolutistischen Monarchien in Deutschland wurden gestürzt und ein parlamentarisch-demokratisches Regime, das heißt eine bürgerliche Demokratie, errichtet;

b) die alte Forderung der Arbeiterbewegung, der Achtstundentag, wurde verwirklicht und am 1. Januar 1919 gesetzlich verankert;

c) die Arbeiter errangen eine Reihe demokratischer Rechte und Freiheiten, wie allgemeines Wahlrecht — auch für Frauen —, Koalitions-, Rede- und Versammlungsfreiheit usw.;

d) die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter, sowie die halbfeudale Gesindeordnung wurden beseitigt.

Die Verwirklichung dieser demokratischen Rechte und Freiheiten stellte der Arbeiterklasse die Aufgabe, den Kampf um deren Verteidigung und Erweiterung aufzunehmen und damit das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen in eine sozialistische Revolution einzuleiten. Gleichzeitig stärkte die Erlangung dieser Rechte jedoch die reformistischen Auffassungen in der Arbeiterklasse, daß mit diesen Errungenschaften die Aufgaben der Revolution erfüllt seien.

16. Die Regierung der Volksbeauftragten mißachtete auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Weil die Schuldigen an der nationalen Katastrophe von 1914/18 nicht entmachtet und bestraft wurden, konnten sie ihre Machtpositionen wieder ausbauen und das deutsche Volk noch einmal auf den Weg der imperialistischen Kriegsabenteuer führen. Weil die sozialdemokratischen Führer in ihrer Feindschaft gegen die Sowjetrepublik Deutschland den westlichen imperialistischen Mächten auslieferten, mußten sie zu Vollstreckern des Versailler Vertrages werden, eine Erfüllungspolitik auf Kosten des werktätigen Volkes betreiben und damit die nationalistische Reaktion stärken.

17. Der Novemberrevolution folgten zahlreiche Massenkämpfe gegen die Abwälzung der Kriegslasten auf die Werktätigen und um die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution. Die revolutionäre Vorhut führte 1918 und 1919 mutige Kämpfe zur Entfesselung der sozialistischen Revolution. Als 1920 im Kapp-Putsch die Gegenrevolution einen Schlag gegen die demokratische Republik führte, stand die Arbeiterklasse in einmütiger Geschlossenheit für ihre Verteidigung auf. Sie wurde jedoch von den rechten sozialdemokratischen Führern im Bielefelder Abkommen gehindert, gründlich mit der Konterrevolution aufzuräumen. 1921 und 1923 führte die Vorhut der Arbeiterklasse gegen die erstarkende Reaktion revolutionäre Kämpfe, die ebenfalls mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer niedergeschlagen wurden. In allen diesen Kämpfen standen also die rechten sozialdemokratischen Führer an der Seite der Konterrevolution. Sie organisierten militaristische Banden zur Niederschlagung der Arbeiter und bahnten damit der teilweisen und zeitweiligen Wiedererholung des Kapitalismus den Weg (1924—1929), die das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus ermöglichte. Statt eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse zu betreiben und damit die Voraussetzung für die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung zu schaffen, betrieben die sozialdemokratischen Führer ihre verderbliche Koalitions politik mit den bürgerlichen Parteien. Die Koalitions politik beruhte auf der Spaltung der Arbeiterbewegung und

machte die Sozialdemokratische Partei zu einer Vollstreckerin der reaktionären bürgerlichen Politik.

Das gleiche Ergebnis hatte auch die nach dem Kapp-Putsch von den Gewerkschaften aufgestellte Theorie der Wirtschaftsdemokratie, nach der Kapital und Arbeit vom Betrieb bis zum Reichswirtschaftsrat als gleichberechtigt auftreten sollten. Diese angebliche Wirtschaftsdemokratie sollte allmählich zum Sozialismus führen. Durch ihre arbeiterfeindliche Politik vertieften die rechten Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die Spaltung der Arbeiterbewegung und ermöglichten das Anwachsen und den Machtantritt des Faschismus.

Obwohl die rechten sozialdemokratischen Führer diese arbeiterfeindliche Politik mit sozialistischen Phrasen zu verschleiern suchten, gerieten sie immer mehr in Gegensatz zu großen Teilen der sozialdemokratischen Parteimitglieder, die die Rückkehr zum Klassenkampf forderten. Innerhalb der Sozialdemokratie gruppierten sich linke Elemente, die gegen die Politik der rechten Führer kämpften und für die Einheitsfront der Arbeiter eintraten. Sie vermochten sich jedoch in der SPD nicht durchzusetzen.

18. Die Kommunistische Partei Deutschlands stand in allen Kämpfen an der Spitze der revolutionären Arbeiterklasse und führte einen erbitterten Kampf um die sozialistische Revolution. Aber sie beging dabei eine Reihe schwerer politischer Fehler, die dazu beitrugen, den Sieg der Arbeiterklasse zu vereiteln. Sie ließ sich durch Provokationen zu Kämpfen verleiten, ohne die Mehrheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes hinter sich zu haben. Dadurch wurde die Vorhut geschlagen. 1923 beging die kommunistische Parteiführung rechtsopportunistische Fehler, indem sie die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen zu parlamentarischen Machinationen herabwürdigte und es unterließ, die Massen in den Kampf zu führen. Damit verscherzte sie die revolutionäre Situation. Die Kommunisten unterschätzten jahrelang die Arbeit in den Gewerkschaften und unter den Bauernmassen, sie verstanden nicht die Bedeutung des Kampfes um die nationale Befreiung von den Fesseln des Versailler Vertrages und erleichterten damit den Faschisten ihre nationale Demagogie. Die

Kommunisten führten den Hauptstoß gegen den bürgerlich-demokratischen Staat von Weimar und gegen die Sozialdemokratie auch noch zu einer Zeit, als bereits der Faschismus die Hauptgefahr geworden war. Der sektiererische Neumann-Flügel hinderte die KPD, die Einheitsfrontpolitik konsequent durchzuführen und einen ideologischen Kampf um die von den Nazis irreführten Massen zu führen. Alle diese Fehler erwuchsen daraus, daß die Kommunistische Partei Deutschlands sich noch nicht zu einer wirklichen Partei des Marxismus-Leninismus entwickelt hatte.

19. Unter der Führung Ernst Thälmanns begann die Kommunistische Partei Deutschlands, diese Fehler zu überwinden. Sie fand jedoch infolge der alten Fehler in ihrem Bemühen, die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden, keinen Glauben und kein Entgegenkommen bei den Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die alle Bemühungen der KPD als taktische Manöver bezeichneten. Selbst als die KPD nach der Absetzung der preußischen Regierung Braun-Severing am 20. Juli 1932 einen gemeinsamen Generalstreik mit dem einzigen Ziel vorschlug, den Papen-Putsch rückgängig zu machen, als auch die sozialdemokratischen Arbeiter stürmisch den Massenkampf gegen Papen forderten, gingen die sozialdemokratische und die Gewerkschaftsführung auf den kommunistischen Vorschlag nicht ein, sondern vertrösteten die Massen auf die nächsten Wahlen und den Staatsgerichtshof. Am 30. Januar 1933, beim Machtantritt Hitlers, wiederholte sich das gleiche. So kam nicht einmal die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zustande. Die Arbeiterbewegung blieb gespalten, und der Faschismus trat seine blutige Herrschaft an.

III. Lehren der Novemberrevolution und der Weimarer Republik

20. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen ihre Ziele nur im schärfsten Kampf gegen den in- und aus-

ländischen Imperialismus erreichen können. Denn ein Bündnis mit diesem müßte mit innerer Notwendigkeit zur Wiedererweckung der alten Kräfte, zur Wiedererstarkung des Imperialismus und damit zu neuen Krisen und Kriegen führen. An der Spitze des Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte in der ganzen Welt gegen den Imperialismus und Krieg steht seit der siegreichen Sozialistischen Oktoberrevolution die Sowjetunion. Die Partei dieser siegreichen Revolution, die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), ist die führende Kraft in der internationalen Kampffront gegen den Imperialismus. Daraus ergibt sich, daß ebenso wie in allen anderen Ländern die revolutionäre und fortschrittliche Bewegung in Deutschland nur im engsten Bündnis mit der Sowjetunion, dem ersten sozialistischen Lande und dem festen Bollwerk des Friedens, sowie unter voller Anerkennung der durch 50jährige geschichtliche Erfahrung bestätigten führenden Rolle der KPdSU(B) und der von ihr geführten Sowjetunion siegen kann.

Die Entwicklung seit dem Zusammenbruch des Hitlerregimes hat unter den Bedingungen der militärischen Besetzung diese Erfahrung erneut bestätigt. Weil in der Ostzone die Arbeiterbewegung und die fortschrittlichen demokratischen Kräfte die Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht besaßen, weil sie sich in ihrem Kampfe auf das von der sozialistischen Sowjetunion geführte, demokratische, antiimperialistische Lager orientierten, darum konnten sie die Herrschaft der Junker und Monopolkapitalisten brechen, eine neue demokratische Ordnung aufbauen und den Weg einer friedlichen Entwicklung beschreiten.

Demgegenüber wurde in West- und Süddeutschland unter aktiver Förderung der westlichen Besatzungsmächte wiederum der verhängnisvolle Weg wie 1918 beschritten. Unter Führung der Schumacher und Ollenhauer hat die SPD erneut die verderbliche Politik der rechten Führer von 1918 aufgenommen. Wie diese damals, sind die rechten SPD-Führer im Westen und in Berlin von einem blindwütenden Haß gegen die Sowjetunion beseelt. Sie setzen die Lügenhetze der Nazis gegen die Sowjetunion — die ein untrügliches Merkmal der Reaktion ist — mit großem Eifer fort und besorgen damit die Geschäfte des

Monopolkapitals und der Reaktion. Durch ihre Anerkennung des Marshallplanes unterwerfen die rechten SPD-Führer das deutsche Volk dem Dollarimperialismus und verraten damit seine nationale Souveränität. Die unvermeidliche Folge einer solchen Politik ist das Wiedererstarken der imperialistischen Reaktion in diesen Teilen Deutschlands und die Bedrohung durch einen neuen Weltkrieg.

21. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß es keine Harmonie zwischen der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten einerseits und dem Kapitalismus und seinen Trabanten andererseits geben kann. Die auf eine solche Klassenharmonie begründete Koalitionspolitik führt unvermeidlich zur Entmachtung der Arbeiterklasse und zur Festigung der Macht der Finanzkapitalisten.

Ungeachtet dieser geschichtlichen Erfahrung hat die von Schumacher und Neumann geführte SPD unter dem Druck der westlichen imperialistischen Besatzungsmächte und mit Unterstützung der von ihr kontrollierten Gewerkschaften die Spaltung der Arbeiterklasse aufrecht erhalten. Sie hat daher auch die Koalitionspolitik wiederaufgenommen und damit die Spaltung vertieft. Die Folgen dieser Politik zeigen sich darin, daß in Westdeutschland und Westberlin die Arbeiterschaft wieder politisch ausgeschaltet wurde und die Gewerkschaften zur Ohnmacht verurteilt sind. Mit der Phrase vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ versuchen die SPD-Führer ihre reaktionäre Rolle zu verschleiern und die Arbeiter zu betrügen. Das Ergebnis dieser Politik der SPD-Führer ist, daß die alten Konzernherren und Reaktionäre ihre Herrschaft befestigen konnten und ihre Positionen schon wieder zum Raubzug gegen das werktätige Volk ausnutzen. Der Staat, der im Westen wiederaufgerichtet worden ist, ist kein demokratischer, sondern ein reaktionärer Staat, der die Herrschaft des Monopolkapitals sichert. Die Wiederaufrichtung der reaktionären Herrschaft in Westdeutschland bedeutet, daß dort die demokratische Ordnung und der Sozialismus nur durch den revolutionären Massenkampf errungen werden können.

Demgegenüber wurden in der Ostzone Deutschlands die Lehren aus der geschichtlichen Erfahrung gezogen. Die Einheit der Arbeiterklasse wurde auf der Grundlage des Klassenkampfes hergestellt. Dadurch war es möglich, unter Führung der Arbeiterklasse eine Politik des Blocks aller fortschrittlichen antifaschistischen Kräfte zu betreiben, die die alten Machtgruppen ausschaltet. Damit wurde die Grundlage für ein wahrhaft demokratisches Regime errichtet, das den werktätigen Massen den entscheidenden Einfluß sichert. Der Klasseninhalt der staatlichen Ordnung wurde damit in der sowjetischen Besatzungszone grundlegend geändert. Der damit beschrittene Weg ist kein besonderer deutscher Weg zum Sozialismus, der ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus möglich machen könnte. Der Versuch, einen solchen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus zu gehen, würde dazu führen, das große historische Beispiel der Sowjetunion zu mißachten, die Grundlagen des Marxismus-Leninismus über die Fragen des Sieges des Sozialismus aufzugeben. Es würde ein Abgleiten auf den westeuropäischen Schein-Sozialismus, das heißt in den Opportunismus und Nationalismus sein. Unser Weg zum Sozialismus ist ein revolutionärer Weg, der die Möglichkeit erschließt, über die Vollendung der demokratischen Erneuerung hinauszugehen und die politische Herrschaft der Arbeiterklasse als Voraussetzung für den Sozialismus zu errichten.

22. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß allein die Arbeiterklasse fähig ist, die Massen im Kampf um die Entwicklung der demokratischen Ordnung und um den Sozialismus zu führen. Der Verzicht auf diese führende Rolle der Arbeiterklasse führt unweigerlich zum Abbau der Demokratie und zur Herrschaft der imperialistischen Reaktion. Auch diese Lehre wurde von der SPD unter Führung Schumachers und Neumanns in den Wind geschlagen. Unter Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterbewegung setzten sie die Koalitionspolitik fort, in der sie zu einem bloßen Anhängsel der reaktionären bürgerlichen Parteien wurden.

In der Ostzone haben die klassenbewußten Sozialdemokraten und Kommunisten den Schwur gehalten, den sie unter dem Hitlerregime

im Kerker, Konzentrationslager und in den illegalen Widerstandsgruppen leisteten: der Spaltung der Arbeiterbewegung für alle Zeiten ein Ende zu bereiten. Die Arbeiterklasse ist durch die Überwindung der Spaltung bedeutend gestärkt worden und hat sich damit den entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung errungen. Die Aufgabe besteht jetzt darin, die Einheit der Arbeiterklasse ideologisch, politisch und organisatorisch zu festigen. Dabei ist keine ideologische Kompromißlerei zu dulden. Nur so kann die Arbeiterklasse ihre führende Rolle verwirklichen.

23. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß die Arbeiterklasse den Kampf um Demokratie und Sozialismus nur erfolgreich führen kann, wenn sie ein enges Bündnis mit allen schaffenden Schichten des Volkes, mit den werktätigen Mittelschichten und Intellektuellen in der Stadt, besonders aber mit den werktätigen Bauern eingeht.

Auch diese Lehre wurde von der SPD Schumachers und Neumanns mißachtet. Sie verzichtete auf den Kampf um eine demokratische Bodenreform und betreibt Koalitionspolitik mit dem Junker Schlange-Schönungen. Durch diese Politik treibt sie die Bauernmassen erneut in die Arme der Reaktion.

Demgegenüber wurden in der Ostzone die Junker enteignet und der Boden unter die landarmen Bauern und Umsiedler verteilt. Dadurch wurde zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein festes Bündnis zwischen dem Proletariat und der werktätigen Bauernschaft angebahnt, das durch eine richtige Bauernpolitik der Partei gefestigt werden muß. Durch die Bodenreform hat die Demokratie eine feste Grundlage im Dorfe erhalten.

24. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß nur die Arbeiterklasse im Verein mit ihren Verbündeten in der Lage ist, den Kampf um die nationalen Interessen des Volkes erfolgreich zu führen. Dieser Kampf widerspricht in keiner Weise den internationalen Pflichten der Arbeiterklasse, denn der Kampf um die Einheit Deutschlands ist zugleich ein Kampf gegen Imperialismus und Kriegshetze.

Darum hat sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an die Spitze der Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden gestellt, in der heute alle wahrhaft nationalen Kräfte unseres Volkes zusammengefaßt sind. Diese Bewegung vertritt heute das nationale Interesse des deutschen Volkes, seine tiefe Sehnsucht nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die durch die Westmächte und ihre Lakaien zerrissen wurde.

Der fortschreitende politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in der Ostzone ist das wirksamste Mittel im Kampf um die Einheit Deutschlands, denn er zeigt dem ganzen deutschen Volke, welche großen Erfolge es erringen kann, wenn es von imperialistischer Bevormundung frei ist.

Durch die bornierte Gegnerschaft und die niedrigen Verleumdungen, mit denen die Schumacher, Ollenhauer, Neumann und Konsorten diese Volksbewegung für Einheit und gerechten Frieden verfolgen, beweisen sie, daß sie auch in dieser Hinsicht nichts aus der Novemberrevolution 1918 gelernt haben. Wie damals die rechten sozialdemokratischen Führer, so opfern heute wieder die Schumacherleute die nationalen Interessen des deutschen Volkes und leiten damit Wasser auf die Mühle der Revanchepolitiker und chauvinistischen Kriegshetzer.

25. Die Erfahrungen der Novemberrevolution 1918 und der Weimarer Republik lehren, daß die Arbeiterklasse nicht siegen kann ohne eine Partei, die es versteht, die Klasse und die Massen für den revolutionären Kampf zu mobilisieren, zu organisieren und in diesem Kampfe zum Siege zu führen. Es muß eine Partei sein, in der die besten Elemente der Arbeiterklasse vereinigt sind, die auf dem Boden der revolutionären Theorie des Marxismus-Leninismus steht und in der eine auf Überzeugung beruhende straffe Disziplin aller Mitglieder besteht. Es muß eine Partei sein, die auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, in der durch Entfaltung der Kritik und Selbstkritik alle feindlichen und schädlichen Elemente ausgemerzt werden, eine Partei, die sich durch ihr Vorbild die Sympathien der breiten Massen des werktätigen Volkes erwirbt und die

es versteht, die Mehrheit der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu erobern. Das Fehlen einer solchen Partei im Jahre 1918 war die entscheidende Ursache für die Niederlage der revolutionären Arbeiterschaft.

Darum besteht die wichtigste Lehre der Novemberrevolution 1918 heute für uns darin, unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zu einer solchen revolutionären Kampfpartei des Marxismus-Leninismus zu gestalten.

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Einleitung: Die Notwendigkeit des Studiums der Revolution von 1918	9
I. Kapitel: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung bis zum Eintritt in die Epoche des Imperialismus	13
1. Der glanzvolle Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Eintritt in die Epoche des Imperialismus	13
2. Die Gefahren des Aufstiegs	15
II. Kapitel: Der Übergang zum Imperialismus und dessen Einwirkungen auf die deutsche Arbeiterbewegung	17
1. Der Übergang zum Imperialismus	17
2. Der Einfluß des Imperialismus auf die Lage der deutschen Arbeiterklasse	21
3. Der Einfluß des Imperialismus auf die innere Struktur der Arbeiterklasse	23
4. Der Einfluß auf die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung	29
5. Der Einfluß des Imperialismus auf die Ideologie der Arbeiterklasse	30
III. Kapitel: Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkriege	34
1. Die drei Strömungen in der deutschen Sozialdemokratie	38
2. Der unzulänglich geführte Kampf gegen die Opportunisten	42
3. Die Frage des politischen Massenstreiks	44
4. Die Stellung zur Kolonialfrage und zum imperialistischen Kriege	46

	Seite
IV. Kapitel: Der 4. August – der offene Bruch mit dem Marxismus und der internationalen Solidarität	47
1. Der Bruch mit dem Marxismus	47
2. Der 4. August 1914 — die logische Folge früherer Schwächen und Fehler der Partei	48
3. Die Haltung der Massen am 4. August 1914	51
4. Der 4. August 1914 — der Tag der offenen Spal- tung der Arbeiterbewegung	52
V. Kapitel: Die Zuspitzung zur vorrevolutionären Situation	54
1. Das Anwachsen der oppositionellen Haltung während des Krieges	54
2. Der Widerstand der führenden Partei- und Ge- werkschaftsfunktionäre gegen den revolutionären Aufschwung	58
3. Die Bedeutung der Burgfriedenspolitik	60
4. Die Frage des Übergangs zum Sozialismus	61
5. Der revolutionäre Aufschwung und die Massen	62
VI. Kapitel: Die Novemberrevolution	66
1. Die Lage beim Ausbruch der Novemberrevolution	66
2. Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiter- klasse im November 1918	69
VII. Kapitel: Der Kampf um die Durchführung der Revolution	71
1. Die Rolle der Räte in der Revolution	71
2. Die Möglichkeiten einer Weiterführung der Revo- lution mit Hilfe der Räte	79
3. Die Niederringung der Räte	82
VIII. Kapitel: Die Auswirkungen der Fehler und Schwächen der deutschen Arbeiterbewegung in der Re- volution	88
1. Die Auswirkung des Reformismus in der No- vemberrevolution	88

2. Die Auswirkungen der Verbürgerlichung der deutschen Sozialdemokratie in der Novemberrevolution	104
3. Die Auswirkungen der Preisgabe der marxistischen Staatstheorie	104
4. Die Auswirkungen der Kautskyschen Theorie über die Übergangswirtschaft	113
5. Die Auswirkungen der falschen Einschätzung des Imperialismus	129
6. Die Auswirkungen der Fehler der linken Unabhängigen, des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei	134
IX. Kapitel: Die Bedeutung der Fehler in der Novemberrevolution	104
1. Die Fehler und Schwächen der Weimarer Verfassung	104
2. Die Bedeutung der marxistischen Staatstheorie	113
3. Die richtige Beurteilung der Fehler	129
4. Die Lehren für den politischen Kampf der Gegenwart	134
Anhang: Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung	145
Entschließung des Parteivorstandes vom 16. September 1948	145